

E N T W I C K L U N G S Z U S A M M E N A R B E I T

Bundesministerium
für auswärtige Angelegenheiten

Drei-Jahres Bericht

Bundesministerium für
auswärtige Angelegenheiten
Sektion Entwicklungs-
zusammenarbeit

Bericht des Bundesministers für
auswärtige Angelegenheiten über die
Österreichische Entwicklungs-
zusammenarbeit 1994 - 1996

GZ 502.250.1/0001e-VII.4a/97

Verleger und Vervielfältigung:
Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
Sektion Entwicklungszusammenarbeit
A-1014 Wien, Minoritenplatz 9
Tel. 01/53115-4462, Fax: 01/53 666-4462
Redaktionelle Gestaltung: Dr. Rudolf Holzer

In diesem Bericht wurde auf die zusätzliche Verwendung der weiblichen Formen (wie Expertinnen; Fachfrauen) aus Gründen der besseren Lesbarkeit bewußt verzichtet.
Im Sinne des Gleichbehandlungsgesetzes wurden Ausdrücke wie Akteure, Vertreter etc. geschlechtsneutral und als für beide Geschlechter zutreffend verwendet.

INHALTSVERZEICHNIS

1. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit - Entwicklungs partnerschaft im neuen globalen Kontext	3
2. Leistungen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Berichtszeitraum	7
2.1 Volumen	7
2.2 Qualitätsverbesserung	16
2.2.1 Grundsatzziele	16
2.2.2 Programmansatz	16
2.2.3 Organisationsentwicklung und Koordination	18
3. Schwerpunkte der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit	20
3.1 Geografische und sektorielle Konzentration	20
3.1.1 Zentralamerika	21
3.1.1.1 Nicaragua	21
3.1.1.2 Costa Rica, El Salvador und Guatemala	25
3.1.2 Sahelraum Westafrikas	27
3.1.2.1 Kap Verde	27
3.1.2.2 Burkina Faso	31
3.1.2.3 Senegal	36
3.1.3 Ostafrika	38
3.1.3.1 Äthiopien	38
3.1.3.2 Uganda	41
3.1.3.3 Burundi, Tansania, Kenia und Ruanda	45
3.1.4 Südliches Afrika	49
3.1.4.1 Mosambik	49
3.1.4.2 Namibia und Simbabwe	52
3.1.4.3 Republik Südafrika	52
3.1.5 Himalaja-Hindukusch	54
3.1.5.1 Bhutan	54
3.1.5.2 Nepal und Pakistan	57
3.1.6 Westsahara, Palästina, Kambodscha, Vietnam	59
3.1.7 Nationalinitiative Wald - 3. Welt	63
3.2 Entwicklungszusammenarbeit in der EU und multilateral	67
3.2.1 Europäische Union	67
3.2.2 Vereinte Nationen	72
3.2.3 Multilaterale Finanzhilfe	77
3.3 Bildungszusammenarbeit	82

3.4	Schuldenerleichterungsmaßnahmen	84
3.5	Konzessionelle Finanzierungen im Rahmen des österreichischen Ausfuhrförderungsverfahrens	84
3.6	Evaluierung	85
4.	Partner der Entwicklungszusammenarbeit	88
4.1	Projektträgerorganisationen	88
4.2	Kofinanzierung mit Nichtregierungsorganisationen	90
4.2.1	Kofinanzierung NRO - EU - BMaA	90
4.2.2	Kofinanzierung NRO - BMaA	92
4.3	Informations-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit	93
4.4	Entwicklungspolitischer Beirat	99
4.5	Koordinationskommission für Entwicklungszusammenarbeit	100
4.6	Entwicklungspolitischer Unterausschuß des Nationalrates	100
5.	Anhang	103
a)	Österreichische ODA-Leistungen 1994-96 (Quelle: ÖFSE)	
b)	Anhang des DAC-Berichtes "Das 21.Jahrhundert gestalten – Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit"	
c)	BSP und Bevölkerung der LDC (Quelle: DAC-Bericht 1996) und "DAC List of Aid Recipients" (Quelle: DAC)	

1. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit – Entwicklungspartnerschaft im neuen globalen Kontext

“Die Hauptaufgabe besteht jetzt darin, die Vision konkreter auszustalten und sie in die Tat umzusetzen. Welche Form diese Anstrengungen annehmen sollten, wird sich aus einem wohlüberlegten Prozeß des Dialogs ergeben müssen, der die Gedanken und Meinungen der Entwicklungsländer und ihrer Bevölkerung respektiert. Es wird notwendig sein, daß wir unsere Denk- und Verhaltensmuster ändern – und zwar im Rahmen sehr viel koordinierter Anstrengungen, als dies bisher der Fall war.”

(Aus dem Bericht 1996 des Vorsitzenden des Entwicklungsausschusses/DAC der OECD, James H. Michel, Seite 1).

Tabelle 1
Österreichische Entwicklungszusammenarbeit - ODA Performance der DAC Länder 1996

Land	in Mio. US-\$	in % des BNP
Australien	1121	0,30
Belgien	913	0,34
Dänemark	1772	1,04
Deutschland	7801	0,33
Finnland	408	0,34
Frankreich	7451	0,48
Großbritannien	3199	0,27
Irland	179	0,31
Italien	2416	0,20
Japan	9439	0,20
Luxemburg	82	0,44
Kanada	1795	0,32
Niederlande	3246	0,81
Neuseeland	122	0,21
Norwegen	1311	0,85
Österreich	557	0,24
Portugal	218	0,21
Schweden	1999	0,84
Schweiz	1026	0,34
Spanien	1251	0,22
USA	9377	0,12
Gesamt DAC	55485	0,25
davon EU-Mitglieder:	31293	0,37

Auf Basis aktueller Preise und Wechselkurse

Quelle: ÖFSE

Die Erklärung des Entwicklungsausschusses der OECD "Das 21. Jahrhundert gestalten - Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit" aus dem Jahre 1995 (siehe Anhang) beinhaltet zwei fundamentale Aspekte:

1. Sie bekräftigt die Notwendigkeit integrierter Entwicklungsstrategien, die bestimmte Schlüsselemente beinhalten:
 - Funktionierende politische Rahmenbedingungen, die ein Wachstum stabiler Volkswirtschaften begünstigen, mit ausreichendem Gestaltungsraum für den privatwirtschaftlichen Sektor sowie ein vertretbarer Zustand der öffentlichen Haushalte
 - Investieren in soziale Entwicklung, besonders was die Bereiche Erziehung und Ausbildung betrifft, grundlegende Gesundheitsversorgung und entsprechende Bevölkerungsprogramme
 - Stärkung der Beteiligung von Bürgern am politischen und wirtschaftlichen Leben, vor allem jener der Frauen; Abbau sozialer Ungleichheiten
 - Demokratieförderung: gute Staatsführung mit einer funktionierenden öffentlichen Verwaltung, ausgebaute demokratische Selbstkontrolle, Schutz der Menschenrechte und generelle Rechtsstaatlichkeit
 - Umweltverträgliche Praktiken
 - Abwendung potentieller Konflikte, Begrenzung der Militärausgaben sowie Wiederaufbau und friedensbildende Maßnahmen mit dem Ziel einer längerfristigen Aussöhnung und Entwicklung.
2. Die primäre Verantwortung (einschließlich der finanziellen) von Regierungen, Institutionen und Bürgern der Entwicklungsländer für diese Schlüsselemente der angeführten Entwicklungsstrategien wird respektiert. Von den externen Akteuren wird erwartet, daß sie die Stärkung der einheimischen Kapazitäten unterstützen, notwendige ergänzende Mittel zur Verfügung stellen sowie koordinierte und kohärente Maßnahmen durchführen, die einer Entwicklung förderlich sind, echte Partnerschaft ist gefragt.

Die jährlich abgehaltenen, hochrangig besetzte Tagung des Entwicklungsausschusses (DAC) stand auch 1996 unter dem Eindruck tiefgreifender Veränderungen in den Entwicklungsländern und der kritischen Bewertung der Entwicklungszusammenarbeit. Die von leitenden Beamten der OECD-Mitgliedsstaaten ausgearbeitete, von der Tagung verabschiedete Strategie: "Shaping the 21st Century: The Contribution of Development Co-operation" wurde auch vom OECD- Ministerrat im Mai 1996 unterstützt. Diese Strategie sieht folgende, von allen DAC-Mitgliedern und damit auch Österreich mitgetragene, konkrete Zielsetzungen vor: Reduktion der extremen Armut in den Entwicklungsländern um die Hälfte bis 2015; Elementarschulbildung in allen Ländern bis 2015; bewiesener Fortschritt in der Frage der Gleichheit der Geschlechter und Befähigung von Frauen durch Beseitigung der Ungleichheit der Geschlechter im primären und sekundären Schulwesen bis 2005; Reduktion der Säuglings- und Kindersterblichkeitsraten um zwei Drittel und Verringerung der Müttersterblichkeit um drei Viertel bis 2015; Zugang zum primären Sektor des Gesundheitswesens für alle, sobald als möglich und nicht später als bis 2015 einschließlich Verfügbarkeit zuverlässiger Mittel der Familienplanung für alle Personen im entsprechenden Alter; Anwendung umweltgerechter nationaler Entwicklungsstrategien in allen Ländern bis 2005,

um sicherzustellen, daß der gegenwärtige Trend bezüglich des Verlusts der Naturgüter - Waldbestand, Fische, frisches Wasser, Klima, Boden, Artenvielfalt, Ozonschicht - und die Anhäufung gefährlicher Substanzen spätestens bis 2015 rückgängig gemacht wird.

Es wird anerkannt, daß solche Ziele nur in Zusammenarbeit mit den Partnerländern (EL) selbst erreicht werden können, die man für diese Zielsetzungen gewinnen muß. Kohärenz der Aktion und Koordination aller EZA-Akteure ist mehr denn je notwendig. Ferner ist partizipatorische Entwicklung und verantwortungsvolle Regierung (Participatory Development and Good Governance) die bisher bewährteste Methode zur Erreichung obiger Ziele.

Ende 1996 fand erstmals die Überprüfung der DAC-Liste statt: Die in der Spalte HICS (High Income Countries) angeführten Länder Bermuda, Caymaninseln, Chinese Taipei, Falklandinseln, Hongkong, Israel und Zypern wurden, wie vorgesehen, per 1. Jänner 1997 in den Teil II der DAC-Liste überstellt, bezüglich der Schema-B-Länder (Development Threshold Zone) einigte man sich darauf, nach Ablauf von drei Jahren Gibraltar, Korea, Libyen und die Jungferninseln in den Teil II zu überstellen.

In den Grundsätzen wird weiter betont, daß prophylaktische Maßnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu einer Eindämmung potentieller Konflikte beitragen sollten, zumal die Interdependenz zwischen Friedensbewahrung, Konfliktverhütung und Entwicklungszusammenarbeit zunehmend anerkannt wird. Eine eigens eingesetzte Arbeitsgruppe widmete sich diesem Aspekt der präventiven Diplomatie auch im Entwicklungszusammenarbeitskontext. Verstärktes Augenmerk wird den Frauen und ihrer Integration in den Entwicklungsprozeß gewidmet werden, um auf diese Weise die sozialen Strukturen zu stärken.

Realistischerweise sind bei der Umsetzung der Grundsätze die Auswirkungen der weltweiten budgetären Schwierigkeiten der öffentlichen Haushalte ins Kalkül zu ziehen. Deshalb wurde beim DAC-High-Level-Treffen im Mai 1996 die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel zumindest auf dem derzeitigen Niveau unterstrichen, allenfalls könne dies durch Förderung der Erbringung privater Leistungen geschehen, wobei der effizienten Nutzung der Mittel in den Entwicklungsländern höchstes Augenmerk zu schenken sei. Auf die Gefahr der weiteren Erosion der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit wurde ebenfalls hingewiesen.

Österreich arbeitete aktiv in diesem Donor-Gremium mit, das sich zunehmend neben der bilateralen auch mit der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik beschäftigte. Jedes DAC-Land wird in regelmäßigen Abständen, d.h. alle 2 – 3 Jahre, einer eingehenden Prüfung unterzogen. Die Länderprüfung Österreichs erfolgte im März 1996.

Im Rahmen dieser Länderprüfung wurde im Vergleich zu den vergangenen Jahren eine größere Programmkoherenz festgestellt, die durch eine verstärkte Schwerpunktlanderkonzentration erreicht worden war. Beanstandet wurden die seit Jahren andauernde vergleichsweise unzureichende Personalausstattung der zuständigen EZA-Verwaltung, ein zu hoher Bindungsgrad der Mittelvergabe sowie die mangelnde Strukturkoherenz auf Grund einer Vielzahl von staatlichen EZA-Akteuren (zu viele Ministerien zuständig): BMaA (zum

Prüfzeitpunkt lediglich für ca. 15% des Entwicklungshilfeaupkommens verantwortlich), BMF (Exportförderung, Beiträge zu multilateralen Finanzorganisationen), BMI (Flüchtlingswesen), BMWV (indirekte Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern) und NRO (mit sehr hohen Administrativkosten) etc. Grundsätzlich kritisiert wurde der hohe Anteil an Exportförderung, Flüchtlingskosten sowie der für Ausländer angerechneten Studienplatzkosten.

Das österreichische Engagement im Rahmen der internationalen Entwicklungspolitik hat sich dieser Leitlinien als Grundlage der eigenen Strategien bedient. Die geografische Konzentration auf die ärmsten Staaten der Erde (LDCs) und die damit einhergehende sektorelle Schwerpunktsetzung, die den obengenannten Schlüsselementen konform ist (Demokratieförderung, Gesundheitswesen, Bildung, Förderung von Klein- und Mittelbetrieben usw.) sowie die Berücksichtigung sogenannter Querschnittsthemen (Gender, Umwelt usw.) ist Ausdruck der österreichischen Position im internationalen Kontext. Mittelpunkt des programmatischen Ansatzes der österreichischen Entwicklungspolitik bleibt die Armutsbekämpfung auf der Grundlage von Partnerschaft und Eigenverantwortung der Betroffenen. Der Begriff der "Solidarität" könnte so wieder zum zentralen Anknüpfungspunkt für die entwicklungspolitischen Visionen an der Schwelle des 21. Jahrhunderts werden.

2. Leistungen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Berichtszeitraum

2.1 Volumen

Seit den siebziger Jahren verpflichten sich die Industriestaaten im Rahmen der Vereinten Nationen – darunter auch Österreich –, für die Entwicklungszusammenarbeit nach Möglichkeit 0,7% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aufzuwenden. Auch Österreich hatte wiederholt bekräftigt, dieses Ziel bis 1991 verwirklichen zu wollen. Seit 1985 erklärte Österreich, es würde zur Erreichung des 0,7%-Zieles länger brauchen. Als Zwischenziel wurde der OECD-Durchschnitt anvisiert. Parlament und Regierung beschlossen, sowohl Quantität als auch Qualität der österreichischen Beiträge anzuheben und schrittweise dem internationalen Standard anzunähern.

Im Jahr 1991 hatte Österreich erstmals den OECD-Durchschnitt für öffentliche Entwicklungshilfe von 0,33% des Bruttoinlandsproduktes erreicht. Auch 1993 konnte Österreich mit 0,30% des BIP den OECD-Durchschnitt erreichen, dies jedoch nur, da international die staatliche Entwicklungshilfe zurückging und somit der Durchschnitt sank. 1994 lag Österreich mit 0,33% über dem OECD-Durchschnitt von 0,29%. Die öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (ODA – Official Development Assistance) Österreichs beliefen sich 1994 auf 7,483 Mrd. öS. Dies bedeutete eine Steigerung um 1,16 Mrd. öS im Vergleich zu 1993.

Das für 1995 beschlossene Sparbudget bewirkte Einschränkungen, die auch den Bereich der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit betrafen. Allerdings wurden Kürzungen im bilateralen Bereich durch die durch den EU-Beitritt notwendig gewordenen Zahlungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit (ca. 849 Mio. öS) im Gesamtleistungspaket der österreichischen ODA prozent- und zahlenmäßig ausgeglichen. Die Gesamtleistungen Österreichs beliefen sich auf 7,73 Mrd. öS bei gleichem Prozentsatz des Anteils am BNP.

Der prozentuelle Anteil der ODA am Bruttonationalprodukt betrug 1996 nur mehr 0,24% und lag damit knapp unter dem OECD-Durchschnitt (der allerdings seinerseits inzwischen auf 0,25% gesunken war).

Dieser Nettorückgang der ODA 1996 war, bei steigendem BNP, vor allem auf den starken Rückgang der als ODA gemeldeten Komponenten Rahmen II-Kredite (1996 522 Mio öS, 1995 1.723 Mio öS) und Internationale Finanzinstitutionen (1996 133 Mio öS, 1995 816 Mio öS) zurückzuführen. Was den Rückgang der Rahmen II-Kredite betrifft, so ist anzumerken, daß erstmals eine seit langem vom Entwicklungsausschuß der OECD (DAC) aber auch von österreichischen Nichtregierungsorganisationen geforderte und vom BMaA seit einigen Jahren umgesetzte strengere Meldepraxis zu greifen begann. Der Rückgang der Beiträge zu internationalen Finanzinstitutionen war ausschließlich durch die Zufälligkeiten der Abrufungstermine für zugesagte Beträge bedingt. Signifikant (aber nicht unerwartet) war schließlich auch der Rückgang der Aufwendungen für „de-facto“ Flüchtlinge.

Tabelle 2**Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen (ODA) 1994 – 1996 in Mio. öS**

Art der Leistung	1994	1995	1996
Bilaterale Zuschüsse	4.044	3.800	3.733
Programm- und Projekthilfe BMaA	1.054	977	1.094
Budgetfinanzierte Programm- und Projekthilfe	996	876	1.052
ERP-finanzierte Programm- und Projekthilfe	58	101	43
Aufwendungen für Asylwerber	116	96	119
Aufwendungen für "de-facto Flüchtlinge" (Bund+Länder)	1.279	1.006	783
Indirekte Studienplatzkosten	723	715	678
Zinsreduktionen	282	389	392
ODA anderer Ressorts, Bundesländer + Gemeinden und Verwaltungsaufwendungen	589	617	667
Bilaterale Kredite	2.073	1.843	627
davon: Rahmen-II-Kredite ^{1*}	1.984	1.723	522
Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit	1.365	2.087	1.533
UN- und sonstige Organisationen	402	375	405
Internationale Finanzinstitutionen	964	863	133
EU-Beiträge	0	849	995
ODA-AUFWENDUNGEN	2.255.385	2.345.089	2.416.000
BNP in Mio. ÖS	2.255.385	2.345.089	2.416.000
ODA in % des BNP	0,33%	0,33%	0,24%

Quelle: ÖFSE

* Für die Rahmen-II-Kredite ab dem Jahr 1996 wurde als hypothetischer Durchschnittswert der Median der Jahre 1991 bis 1994 (1,314 Mrd. öS) angenommen. Die tatsächlichen Beträge oszillieren um diesen Wert mit beträchtlichen Abweichungen. Die Ursache für die starken Schwankungen der vergangenen Jahre lag in den differenzierten Rückzahlungsprofilen der Kredite an die Empfängerländer und in den gewährten Umschuldungen. Darüber hinaus hat sich Österreich auf Anregung der OECD entschlossen, die Möglichkeit für eine Änderung der Meldepraxis betreffend die indirekten Studienplatzkosten zu prüfen.

Programm- und Projekthilfe für Afrika

Die Leistungen für Länder in Afrika aus dem Budget für Programm- und Projekthilfe stiegen von 428 Mio. öS im Jahr 1994 über 411 Mio. öS 1995 auf eine Summe von 617 Mio. öS im Jahr 1996. Die Steigerung von ca. 200 Mio öS im Vergleich zum Vorjahr ist vor allem auf eine Weltbank-Kofinanzierungsmaßnahme für Ghana zurückzuführen, die 1995 an die Kontrollbank überwiesen, jedoch erst 1996 in die Statistik aufgenommen wurde. Der Betrag von 57 Mio öS, der aus dem Budget der Programm- und Projekthilfe in den Multilateralen Entschuldungsfonds für Uganda eingezahlt wurde, trägt ebenfalls zur Erhöhung der für Afrika gemeldeten Leistungen bei. Dieser Fonds, in den Beiträge einzelner Geberländer eingezahlt werden, wird Uganda zur Verfügung gestellt, damit es die von den internationalen Finanzinstitutionen geforderten Kreditrückzahlungen leisten kann. Die zeitgerechten Rückzahlungen sind Voraussetzung für die Gewährung eines multilateralen Schuldenerlasses durch die Finanzinstitutionen.

Bereits 1994 war Uganda Hauptempfängerland der Programm- und Projekthilfe, gefolgt von Tansania, Mosambik und Kap Verde. 1995 war dies Tansania, gefolgt von Kap Verde und Uganda. 1996 stand Uganda (137,42 Mio. öS) an der Spitze der Empfängerländer, gefolgt von Ghana (104,45 Mio. öS), Tansania (83,94 Mio. öS) und Burkina Faso (43,08 Mio. öS). In Tansania lag das Hauptgewicht 1996 auf dem Sektor des Eisenbahnbau, im Bereich der Gesundheitsversorgung sowie auf Milchviehhaltung und Gewerbeförderung. In Burkina Faso lagen die Schwerpunkte 1996 auf den Sektoren Berufsbildung, Gewerbeförderung und Landwirtschaft.

Programm- und Projekthilfe für Lateinamerika

Die Mittel für Lateinamerika sind seit 1994 um 50 Mio öS gesunken, wobei davon fast 30 Millionen Schilling auf eine Reduktion der Mittel für das Hauptempfängerland Nicaragua zurückzuführen sind. 1996 wurden für Nicaragua Mittel in der Höhe von 91,14 Mio öS eingesetzt (1994: 122,49 Mio. öS). Die Schwerpunkte der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit mit Nicaragua lagen in den Bereichen Bioenergie, Berufsbildung, Gesundheit sowie Land- und Forstwirtschaft.

Programm- und Projekthilfe für Asien

Hauptempfängerland der Programm- und Projekthilfe in Asien war im Berichtszeitraum Bhutan (1996: 41,61 Mio. öS). Die Schwerpunkte der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in diesem Land liegen im Bau von Wasserkraftwerken und Projekten der Forstwirtschaft.

Programm- und Projekthilfe nach Regionen

Der Anteil Afrikas stieg im Berichtszeitraum von 40,6% der aufgewendeten Mittel im Jahr 1994 auf über 56,4% 1996. In diesen Jahren verringerte sich der Anteil der Hilfe für Asien von 14,9% auf 12,8% und jener für Lateinamerika von 21,0% auf 15,7%. Die unter "nicht zuordenbar" zusammengefaßten Mittel (s. Tabelle 6) beziehen sich auf Maßnahmen wie die Arbeit der Betreuungsorganisationen für Studierende aus Entwicklungsländern, die Kosten von Fachpersonal u.a. der Entsendeorganisationen und Informations- und Bildungsarbeit in Österreich.

Tabelle 3
Programm- und Projekthilfe für Afrika 1994 – 1996

	1994		1995		1996	%
nördlich d.Sahara:	16,72	3,87	20,09	3,89	15,13	2,45
davon: Ägypten	4,88	1,13	2,67	0,52	4,74	0,77
Marokko	4,65	1,08	2,00	0,39	1,83	0,30
Tunesien	3,00	0,69	1,10	0,21	4,00	0,65
unspez.	4,19	0,97	14,32	2,78	4,57	0,74
südlich d.Sahara:	411,04	95,98	381,72	89,26	601,40	97,40
davon: Angola	2,00	0,47	0,60	0,12	0,27	0,04
Äthiopien	2,64	0,62	20,55	3,98	18,57	3,01
Burkina Faso	32,20	7,52	29,71	5,76	43,08	6,98
Burundi	16,53	3,86	14,20	2,75	16,45	2,66
Côte d'Ivoire					0,09	0,01
Gambia	0,00	0,00	0,00	0,00	0,30	0,05
Ghana	0,70	0,16	0,45	0,09	104,45	16,92
Guinea					0,38	0,06
Guinea Bissau	3,00	0,70	2,15	0,42	0,15	0,02
Kamerun	5,00	1,17	2,00	0,39	2,88	0,47
Kap Verde	43,15	10,08	54,93	13,33	30,09	4,87
Eritrea					0,04	0,01
Kenia	23,85	5,57	10,95	2,66	30,87	5,00
Malawi	0,30	0,07	0,00	0,00	1,00	0,16
Mali	2,60	0,61	2,00	0,49	2,25	0,36
Mauritius					0,08	0,01
Mosambik	50,37	11,76	30,24	7,34	24,20	3,92
Namibia	7,46	1,74	14,45	3,51	9,32	1,51
Nigeria	0,70	0,16	0,30	0,07	2,43	0,39
Rep. Südafrika	8,30	1,94	10,40	2,52	8,36	1,35
Ruanda	13,73	3,21	17,45	4,24	20,09	3,25
Sambia	2,94	0,69	4,80	1,17	2,08	0,34
Senegal	31,63	7,39	20,19	4,90	29,75	4,82
Sierra Leone					0,07	0,01
Simbabwe	4,33	1,01	19,08	4,63	11,06	1,79
Sudan					1,55	0,25
Tansania	54,78	12,79	70,04	17,00	83,94	13,59
Togo					0,27	0,04
Uganda	96,67	22,57	52,42	12,73	137,42	22,25
Zaire	2,30	0,54	0,27	0,07	4,53	0,73
südl. Sahara n. a.	5,86	1,37	4,54	1,10	15,38	2,49
Afrika, sonstige	0,51	0,12	8,73	2,12	0,95	0,15
AFRIKA gesamt:	428,27	100,00	410,54	99,66	617,48	100,00

Aufgrund der erstmaligen Zuordnung der vergebenen Stipendien zu den einzelnen Ländern sind in der Statistik 1996 mehr Länder enthalten als in den Vorjahren.

Quelle: ÖFSE

Tabelle 4**Programm- und Projekthilfe für Lateinamerika 1994 – 1996**

Land	1994		1995		1996	
	%		%		%	
Argentinien					0,40	0,04
Bolivien	5,44	2,46	2,76	1,48	5,64	0,52
Brasilien	11,08	5,00	13,26	7,11	11,66	1,07
Chile	12,04	5,44	7,84	4,20	13,95	41,27
<i>Costa Rica</i>	13,22	5,97	5,13	2,75	1,96	0,18
Cuba					0,38	0,03
Dom. Republik					0,07	0,01
Ecuador	3,72	1,68	0,00	0,00	0,27	0,02
<i>El Salvador</i>	23,76	10,73	26,38	14,14	17,92	1,64
<i>Guatemala</i>	16,97	7,66	24,41	13,08	17,05	1,56
Kolumbien	4,30	1,94	1,61	0,86	5,33	0,49
Jamaica					0,04	0,00
Mexiko	1,55	0,70	0,50	0,27	1,37	0,12
Nicaragua	122,49	55,30	102,62	55,01	91,14	8,33
Panama	1,93	0,87	1,93	1,03	1,20	0,11
Paraguay					0,12	40,01
Peru	0,12	0,05	0,11	0,06	1,59	0,15
Venezuela					0,36	0,03
LA unspez.	4,90	2,21	0,00	0,00	1,15	0,10
Gesamt	221,52	100,00	186,55	100,00	171,59	15,68

Quelle: ÖFSE

Tabelle 5**Programm- und Projekthilfe für Asien 1994 – 1996**

	1994	1995		1996	
		%		%	%
Afghanistan	0,00	0,00	0,00	0,00	4,58 3,28
Armenien					0,08 0,06
Bangladesh					1,39 0,99
Bhutan	60,27	38,30	38,99	37,96	41,61 29,74
China	1,05	0,67	0,00	0,00	5,79 4,14
Indien	0,00	0,00	0,40	0,39	2,78 1,99
Indonesien	1,40	0,89	4,30	4,19	6,54 4,67
Iran					7,32 5,23
Irak					0,24 0,17
Israel	14,60	9,28	1,81	1,76	1,72 1,23
Georgien					0,15 0,11
Jordan					0,27 0,19
Jemen	1,60	1,02	0,00	0,00	0,82 0,59
Kambodscha	6,12	3,89	0,40	0,39	0,86 0,61
Korea, Republic of					0,31 0,22
Zypern					0,09 0,06
Laos	0,00	0,00	3,50	3,41	0,00 0,00
Libanon					0,32 0,23
Mongolei					0,10 0,07
Myanmar (Burma)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,28 0,20
<i>Nepal</i>	<i>14,17</i>	<i>9,00</i>	<i>15,71</i>	<i>15,29</i>	<i>21,53 15,39</i>
Pakistan	8,29	5,27	5,04	4,91	3,10 2,22
Palästina	18,33	11,65	16,49	16,05	15,86 11,34
Philippinen	2,34	1,49	0,56	0,55	0,66 0,47
Seychellen					-0,89 -0,64
Sri Lanka	0,00	0,00	0,00	0,00	1,20 0,86
Syrien					0,20 0,14
Taiwan					0,03 0,02
Thailand	7,54	4,79	9,18	8,94	16,21 11,59
Vietnam	13,00	8,26	0,00	0,00	6,63 4,74
Asien unspez.	8,67	5,51	6,34	6,17	0,07 0,05
Gesamt	157,38	100,00	102,72	100,00	139,88 100,00

Quelle: ÖFSE

Tabelle 6**Aufteilung der Programm- und Projekthilfe nach Regionen 1993 – 1996**

Region	1993		1994		1995		1996	
	in Mio. S.	%						
Europa*	105,1	8,8	0,00	0,00	0,00	0,00	5,31	0,5
Afrika	539,2	45,3	428,27	40,6	411,95	47,7	617,48	56,4
Asien	148,8	12,5	157,38	14,9	102,72	9,5	139,88	12,8
Lateinamerika	206,8	17,4	221,53	21,0	186,55	17,3	171,59	15,7
Ozeanien	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	0,3	0,00	0,0
Kontinent/Land zuordenbar	999,9	84,0	807,18	76,6	704,22	65,1	934,26	85,4
nicht zuordenbar**	190,0	16,0	247,03	23,4	273,01	25,2	160,13	14,6
Programm- und Projekthilfe gesamt	1189,9	100,0	1054,21	100,0	977,23	100,0	1094,39	100,0

* 1996: Türkei

**Maßnahmen in Österreich, inkl. Stipendiaten und Entwicklungshelfer

Quelle: ÖFSE

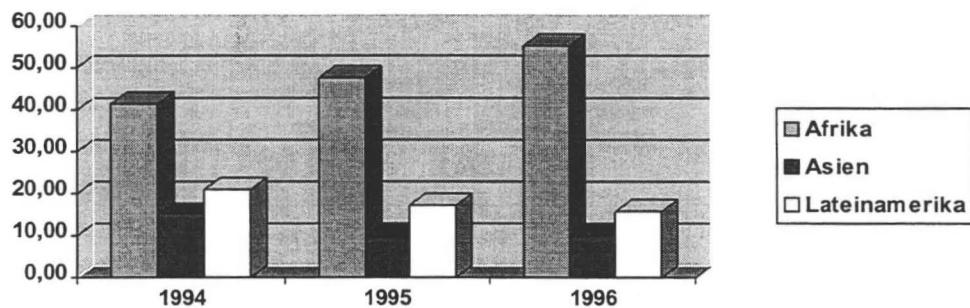
Grafik**Aufteilung der Programm- und Projekthilfe nach Regionen 1994 – 1996
in Prozenten**

Tabelle 7

Programm- und Projekthilfe für Schwerpunkt- und Kooperationsländer 1994 –1996

		1994		1995		1996	%
Schwerpunkt- länder	Uganda	96,67	9,17	52,42	5,36	137,42	12,56
	Nicaragua	122,49	11,62	102,62	10,50	91,14	8,33
	Burkina Faso	32,20	3,05	29,71	3,04	43,08	3,94
	Bhutan	60,27	5,72	38,99	3,99	41,61	3,80
	Kap Verde	43,15	4,09	54,93	5,62	30,09	2,75
	Mosambik	50,37	4,78	30,24	3,09	24,20	2,21
	Äthiopien	2,64	0,25	20,55	2,10	18,57	1,70
	Ruanda*	13,73	1,30	17,45	1,79	20,09	1,84
Kooperations- länder	<i>Tansania</i>	54,78	5,20	70,04	7,17	83,94	7,67
	<i>Kenia</i>	23,85	2,26	10,95	1,12	30,87	2,82
	<i>Senegal</i>	31,63	3,00	20,19	2,07	29,75	2,72
	<i>Nepal</i>	14,17	1,34	15,71	1,61	21,53	1,97
	<i>El Salvador</i>	23,76	2,25	26,38	2,70	17,92	1,64
	<i>Guatemala</i>	16,97	1,61	24,41	2,50	17,05	1,56
	<i>Burundi*</i>	16,53	1,57	14,20	1,45	16,45	1,50
	<i>Simbabwe</i>	4,33	0,41	19,08	1,95	11,06	1,01
	<i>Namibia</i>	7,46	0,71	14,45	1,48	9,32	0,85
	<i>Pakistan</i>	8,29	0,79	5,04	0,52	3,10	0,28
	<i>Costa Rica</i>	13,22	1,25	5,13	0,52	1,96	0,18
	Schwerpunktländer gesamt	421,52	39,98	346,91	35,50	406,20	37,12
	Kooperationsländer gesamt	214,99	20,39	225,58	23,08	242,97	22,20
	Schwerpunkt- und Koopera- tionsländer gesamt	636,51	60,38	572,49	58,58	649,17	59,32
	Programm- u. Projekthilfe ges.	1054,21	100,00	977,23	100,00	1094,39	100,00

* Aufgrund des Bürgerkrieges wurde das Programm für Ruanda vorübergehend suspendiert. Aus Gründen der statistischen Kontinuität ist Ruanda jedoch durchgehend in der obigen Liste der Schwerpunktländer enthalten. Ähnliches gilt für das Kooperationsland Burundi, mit dem die Kooperation nach dem Militäraufstand eingestellt wurde.

Quelle: ÖFSE

Tabelle 8**Aufteilung der Programm- und Projekthilfe 1996 nach Länderstatus**

Länderstatus	Mio. öS
Least Developed Countries (LDCs)	443,66
Low Income Countries (LICs)	253,12
Lower Middle Income Countries (LMICs)	152,26
Upper Middle Income Countries (UMICs)	11,65
High Income Countries (HICs)	1,58
n.a. (u.a. Maßnahmen in Österreich)	232,12

Welches Land als Entwicklungsland gilt, wird vom DAC der OECD in einer Länderliste taxativ aufgezählt. In dieser Aufstellung scheinen außer den Entwicklungsländern auch die sogenannten Übergangsländer auf.

Die Entwicklungsländer werden aufgeteilt in Länder

- mit geringem Einkommen
(LICs – Low Income Countries, BNP/Kopf 1992: < 675 US\$)
- mit geringem bis mittlerem Einkommen
(LMICs – Lower Middle Income Countries, BNP/Kopf 1992: 676 - 2695 US\$)
- mit mittlerem bis hohem Einkommen
(UMICs – Upper Middle Income Countries, BNP/Kopf 1992: 2696 - 8355 US\$)
- mit hohem Einkommen
(HICs – High Income Countries, BNP/Kopf 1992: > 8355 US\$).

Eine Untergruppe der LICs sind die LDCs (Least Developed Countries – am wenigsten entwickelte Länder; s. Tabelle im Anhang): Die Gruppe der LDCs wird von der UNO definiert. Drei Indikatoren bestimmen die Zuordnung von Entwicklungsländern zu den LDCs:

- BIP/Kopf unter 355 US\$
- Industriequote am BIP unter 10%
- Alphabetisierungsquote unter 20%.

45 % der aus dem Budget der Programm- und Projekthilfe des BMaA geförderten Projektsumme wurden für Projekte in LDCs, 24,7% in other LICs, 15,4% in LMICs und 0,17% in HICs verwendet.

2.2 Qualitätsverbesserung

2.2.1 Grundsatzziele

Die Entwicklungspolitik Österreichs ist ein Bestandteil der auf Sicherheit und Stabilität gerichteten Außenpolitik der Bundesregierung und ist als Element einer abgestimmten österreichischen Gesamtpolitik zu sehen, die mit den anderen Industrie- und Entwicklungsländern insbesondere das Ziel der globalen Friedenssicherung gemeinsam hat.

Die Kernprobleme vieler Entwicklungsländer sind vor allen Armut, Krankheit und Mangel an Zugang zu lebensnotwendiger Bildung und Ausbildung, Zerstörung der natürlichen und sozialen Lebensräume, soziale Ungerechtigkeit sowie verschiedenste Formen der Unterdrückung, die oft in gewaltsame Konflikte münden.

Weder finanzielle Transfers noch vereinzelte Projektansätze allein können diese Probleme bewältigen. Die Regierungen der Partnerländer könnten wesentlich leichter geeignete politische, soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen schaffen, wenn die Industrieländer ihre bilaterale und multilaterale Gesamtpolitik kohärent gestalteten. Gefordert sind also eine weltweite Partnerschaft und geteilte Verantwortung. Diesen Forderungen versuchte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit der letzten Jahre gerecht zu werden.

Die österreichische Entwicklungspolitik hat eine umfassende strukturpolitische Aufgabe zu erfüllen. Die Ziele, die sie verfolgt, sollen globale Zukunftschancen sichern und Auswirkungen von Krisen- und Notsituationen verringern. Die wesentlichen Grundsatzziele der österreichischen Entwicklungspolitik der letzten drei Jahre waren:

- a) Armutsbekämpfung
- b) Demokratie und Friedenssicherung
- c) Soziale Entwicklung der Wirtschaft
- d) Erhaltung und Förderung des natürlichen Lebensraumes
- e) Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Entwicklungsprozeß
- f) Wege zur Partnerschaft.

2.2.2 Programmansatz

Seit Anfang der neunziger Jahre wurde die Finanzierung von bilateralen Maßnahmen auf geografische Schwerpunkte konzentriert. Die Erarbeitung von mittelfristigen Programmen der Entwicklungszusammenarbeit mit Schwerpunkt- und Kooperationsländern wurde im Berichtszeitraum fortgesetzt. Gleichzeitig wurden Einzelmaßnahmen außerhalb dieses Kernprogrammes beschränkt bzw. abgebaut.

Die geografische Schwerpunktsetzung umfaßt folgende Planungs- und Managementinstrumente, die in den letzten Jahren in den Schwerpunkt- bzw. Kooperationsländern installiert wurden:

- Landesprogramme der Entwicklungszusammenarbeit mit dem Partnerland;
- indikative Kooperationsprogramme für jeweils drei Jahre (Abkommen mit dem Partnerland);

- Landessektorprogramme zur inhaltlichen Steuerung der konkreten Vorhaben;
 - operative Jahresprogramme basierend auf standardisierter Projektfortschrittsanalyse.
- Ein Beispiel für eine bereits gelungene Implementierung dieses Instrumentariums in die alltägliche bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit einem Schwerpunktland sind die Programme für Kap Verde.

Die Sektorprogrammierung geschah unter Einbeziehung der wesentlichen Institutionen der Partnerländer, aber auch in Zusammenarbeit mit österreichischen Trägern unter der Leitung von Sektorfachleuten. Maßgeblich für die Definition der Sektorprogramme sind gesicherte Erfahrungen lokaler und österreichischer Trägerorganisationen. Landessektorprogramme steuern die Mittelwidmung für einzelne Vorhaben und sichern durch wechselseitige Ergänzungen deren Wirksamkeit.

Die Programmarbeit führte mittelfristig zu wenigen, aber substantiellen Landessektorprogrammen (max. zwei in Kooperationsländern, max. vier in Schwerpunktländern). Die Beendigung einer relativ hohen Anzahl von Einzelprojekten bzw. deren Einbindung in die neu konzipierten Landessektorprogramme bildete einen Schwerpunkt der programmativen Arbeit der letzten drei Jahre.

Sogenannte Querschnittsthemen ergänzen den programmativen Ansatz bzw. bilden einen integrierten Bestandteil desselben. Hierzu zählen vor allem die Umweltaspekte in Programmen und Projekten. Einerseits wurden bewußt Aktivitäten mit unmittelbaren ökologischen Zielen gesetzt. Andererseits wurde eine ökologische Überprüfung der einzelnen Sektoraktivitäten begonnen und eine standardisierte Erfassung der Auswirkungen von Programmen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit auf die Umwelt eingeführt.

Diesbezüglich wurden die Anregungen des DAC-Berichts zu Österreich aufgenommen und eine Umweltverträglichkeitsprüfung von Projekten während des Jahres 1997 einer praktischen Erprobung unterworfen. Diese bildet nun einen festen Bestandteil der Programm- und Projektgestaltung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

Neben einer Reihe von Einzelvorhaben wurde im Programm der Österreichischen Nationalinitiative Wald – Dritte Welt (“Regenwaldprogramm” der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit) aktiv die Umwelt gefördert (siehe Pkt. 3.1.7).

Ein weiteres wichtiges Thema ist der österreichische Beitrag zur Beseitigung von gesellschaftlicher Benachteiligung von Frauen im Entwicklungsprozeß (“Gender”-Aspekt). Die spezifische Lebenssituation von Frauen und Männern ist in den Programmen und Projekten so zu berücksichtigen, daß sozial und wirtschaftlich ungleiche Bedingungen durch die Kooperation verringert werden und Chancengleichheit verwirklicht werden kann.

Das BMaA hat in den letzten Jahren eine Reihe von “gender-gerechten” Programmen und Projekten unterstützt. Einzelne Projekte widmen sich gezielt diesem Schwerpunkt (z.B.: Mosambik: Unterstützung von Frauenkooperativen in der Region Sofala; Äthiopien: Frauenechtskonferenz und Frauentrainingsprogramm im Bereich Berufsbildung; West-Sahara: Ausbildung von Kindergärtnerinnen). Auch bei den Trägerorganisationen ist in den vergangenen Jahren verstärkt ein Umdenken dahingehend festzustellen, daß derartige Aspekte bei Projektkonzeptionen nicht mehr nur als Pflichtübung verstanden werden.

2.2.3 Organisationsentwicklung und Koordination

Sowohl in der multilateralen als auch der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit hat sich eine auf einzelne Länder zielende Programmierung und Planung allgemein eingebürgert. Programme definieren systematisch Qualitätskriterien zur Bewertung von Einzelmaßnahmen. Landesprogramme sollen

- den Rahmen für Fördermaßnahmen definieren
- Transparenz der Entscheidungsfindung für den Einsatz von Budgetmitteln sichern
- Prioritäten setzen
- Förderkriterien für Programm- und Projektauswahl klären
- die Partner aktiv beteiligen
- die Effizienz durch Bündelung von Einzelmaßnahmen steigern
- Maßnahmen mit anderen Gebern abstimmen
- den administrativ-logistischen Aufwand optimieren

Die strategische Planung der letzten Jahre orientierte sich – entsprechend den oben skizzierten Grundsätzen – an einem Volumen jährlicher Auszahlungen von je 40 – 80 Mio. öS für Schwerpunktländer und etwa je 20 Mio. öS für Kooperationsländer. Berücksichtigt werden muß hierbei, daß sich die Politik der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in einem Übergangsstadium bewegt und einige dieser Zielsetzungen noch nicht zur Gänze oder erst im abgelaufenen Jahr erreicht wurden.

Bei Verzicht auf neue, kapitalintensive Infrastrukturprojekte sollte mit dieser Größenordnung ein sinnvolles Programmvolume aufrechterhalten werden können. Ein Ausgleich der Leistungen innerhalb der 19 Zielländer wurde bereits in Angriff genommen, weiters wurden für die Regionen der geografischen Konzentration auch regionale Budgets eingeführt.

Im Globalbereich sollen nach Abschluß laufender Vorhaben vor allem kofinanzierte Projekte mit NRO durchgeführt werden. Für Kofinanzierungen in Schwerpunkt- und Kooperationsländern werden 10% der Budgetlinien bereitgehalten.

Zur Organisationsentwicklung zählt auch die Förderung von Trägerstrukturen, verstärkt auch von Organisationen in den Entwicklungsländern.) inklusive des regelmäßigen Dialogs Mit jenen Partnern, die einen bedeutenden Teil ihres Programms aus Mitteln der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit finanzieren, werden mindestens zweimal jährlich strukturierter Programmgespräche über die Prioritäten, die Qualität des Leistungsangebots und über entsprechende Arbeitsprogramme geführt.

Schwerpunkt der Bemühungen auf diesem Gebiet war im Berichtszeitraum die Dezentralisierung. Praktisch alle Geberländer verlagerten in den letzten Jahren das Programm- und Projektmanagement in Richtung Partnerländer. Sogenannten "Vor-Ort-Strukturen" in Form von Regionalbüros kommt zentrale Bedeutung als Anlaufstellen im Programm- und Projektzyklus zu.

Regionalbüros der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (die meisten wurden im Berichtszeitraum eingerichtet) befinden sich in Addis Abeba/Äthiopien, Beira/Mosambik,

Kampala/Uganda, Managua/Nicaragua, Ouagadougou/Burkina Faso, Praia/Kap Verde und Thimphu/Bhutan. Die operative Abwicklung soll schrittweise vor Ort verlagert werden.

Neben der regelmäßigen administrativen Rechnungsprüfung von Vorhaben der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit wurde ein qualitätsbezogener Dialog zur Optimierung von Programmen und Projekten geführt. Der Evaluierungsansatz der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit hat eine prozeßbegleitende und unterstützende Funktion. Evaluierungsergebnisse werden außerdem zur Standardisierung von organisatorischen und administrativen Abläufen verwendet.

Für die Verbesserung und Sicherung der Qualität der Leistungen in allen Stadien des Managementzyklus ist die Einführung von durchgängigen Indikatoren und Formaten wesentlich und dringlich. Die internationale Kooperation im Entwicklungsausschuß (DAC) der OECD, der EU und der UN ermöglichte im Berichtszeitraum eine Einbindung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in die Erfahrungen anderer Geber.

3. Schwerpunkte der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit

3.1 Geografische und sektorelle Konzentration

Für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit Österreichs gilt folgende geografische Konzentration (festgelegt 1992) auf Schwerpunkt- und Kooperationsländer in fünf Schlüsselregionen:

ZENTRALAMERIKA

Schwerpunktland: NICARAGUA

Kooperationsländer: Costa Rica, El Salvador, Guatemala

SAHELRAUM WESTAFRIKAS

Schwerpunktländer: BURKINA FASO, KAP VERDE

Kooperationsland: Senegal

OSTAFRIKA

Schwerpunktländer: ÄTHIOPIEN, UGANDA, RUANDA (vorübergehend suspendiert)

Kooperationsländer: Burundi (Kooperation nach Militärputsch eingestellt), Tansania, Kenia

SÜDLICHES AFRIKA

Schwerpunktland: MOSAMBIK

Kooperationsländer: Namibia, Simbabwe

HIMALAJA-HINDUKUSCH

Schwerpunktland: BHUTAN

Kooperationsländer: Nepal, Pakistan

Dazu kommen neben dem generellen globalen Streubereich noch Sonderprogramme für einzelne Länder bzw. Regionen wie etwa

- Palästina
- West-Sahara
- Republik Südafrika.

1996 befanden sich unter den 20 größten Empfängerländern der Programm- und Projekthilfe die Schwerpunkt- und 7 der insgesamt 10 Kooperationsländer* (1994: 7 Schwerpunkt- und 7 Kooperationsländer; 1995: 7 Schwerpunkt- und 8 Kooperationsländer). Seit 1993 beträgt der Anteil der Mittel, die für Projekte in Schwerpunkt- und Kooperationsländern verwendet werden, rund 60% (1993: 59%, 1994: 60,38%, 1995: 58,58%, 1996: 59,15%).

* Nach Suspendierung der Kooperation mit Ruanda bzw. Burundi.

3.1.1 Zentralamerika

3.1.1.1 NICARAGUA

Zahlen - Daten - Fakten

Regionalbüro:

Cooperación Austriaca para el Desarrollo - Oficina Regional de Cooperación Técnica
Embajada de Austria en Guatemala

Leitung: Gesandter für Entwicklungszusammenarbeit DI Hans Georg Danninger

Anschrift: Apartado Postal 3173, Managua, Nicaragua

Kontakt: Tel: 00505/2 66 33 16; Fax: 00505/2 66 34 24

E-mail: eaustria@ibw.com.ni

Chronologie:

Im Rahmen des 1993 vereinbarten Konsultationsmechanismus besuchte der für Entwicklungszusammenarbeit zuständige Sektionsleiter, Botschafter Dr. Georg Lennkh, im Oktober 1994 Nicaragua und unterzeichnete ein bilaterales Kooperationsabkommen über 528 Mio. öS für den Zeitraum 1994 - 97. Danach wird Österreich weiterhin in den Bereichen integrale Gesundheitsversorgung, Wasser- und Energiewirtschaft (Bioenergie), Umwelterhaltung im Gebiet des tropischen Regenwalds, ländliche Entwicklung und Landwirtschaft sowie Förderung von Kleinunternehmen tätig sein. Die österreichischen Exporte erhöhten sich 1994 auf 21,1 Mio. öS (+ 28,3%), die Importe auf 70,1 Mio. öS (+58,7%).

1995 wurde die Sektor- und Schwerpunktpolitik fortgesetzt, daneben gab es juristische Hilfestellung bei der Lösung der Eigentumsproblematik betreffend Grund und Boden. Im Länderprogramm wurden zwei Sektoren zu Schwerpunkten erklärt: ländliche Entwicklung und Kleingewerbe. Weiters besuchten Sektionsleiter und -stellvertreter Nicaragua und Guatemala. Die österreichischen Exporte betrugen 15,2 Mio. öS (-6,6% gegenüber 1994), die Importe 68,7 Mio. öS (-10,9%).

Auch 1996 besuchten Sektionsleiter und -stellvertreter Nicaragua und Guatemala. Es erfolgten die Verabschiedung des Dreijahresprogrammes, sowie die Ausarbeitung der Landessektorprogramme für Landwirtschaft und Kleingewerbe. Die autonome Atlantikregion wurde zum regionalen Schwerpunkt erklärt. MR DI Hans Georg Danninger löste Ende des Jahres Dr. Johannes Schachinger als Leiter des Regionalbüros ab. Ein Besuch von Frau Staatssekretärin Dr. Benita Ferrero-Waldner wurde für Jänner 1997 vorbereitet.

Während des gesamten Berichtszeitraumes war die österreichische Zusammenarbeit mit Nicaragua geprägt durch die starke Präsenz von österreichischen NRO, von denen drei Vor-Ort-Strukturen besitzen. Diese arbeiten wiederum zunehmend mit lokalen NRO zusammen, sodaß im Berichtszeitraum die Anzahl der österreichische Experten zurückging.

Programm- und Projektarbeit 1994 – 96

Zwischen Österreich und Nicaragua hat sich seit etwa 15 Jahren ein dichtes Netz der Entwicklungszusammenarbeit auf allen Ebenen gebildet. Ein mittelfristiges Kooperationsprogramm, das 1994 unterzeichnet wurde, definiert den bilateral und mit anderen Gebern abgestimmten Rahmen für Leistungen.

Die Sektorschwerpunkte im Berichtszeitraum waren:

- ländliche Entwicklung
- Kleingewerbe und -industrie
- Berufsbildung
- Gesundheit.

Gemeinsame Ziele der Zusammenarbeit sind: Unterstützung und Vertiefung der demokratischen Ordnung; Förderung eines anhaltenden Wachstums der Volkswirtschaft; gerechte Verteilung des Wohlstandzuwachses; Sicherstellung von Dienstleistungen des öffentlichen Sektors und Garantie des nichtdiskriminierenden Zugangs zu solchen Diensten; Erhöhung des Lebensstandards der am meisten benachteiligten Gesellschaftsgruppen.

Länderübergreifende Sektorschwerpunkte (d.h. auch für die Kooperationsländer maßgeblich) waren:

- Frauenförderung
- Demokratieförderung
- Armutsbekämpfung
- Ökologische Entwicklung.

Von Interesse ist neben der Tatsache, daß das Regionalbüro in Managua bereits auf eine relativ lange Dauer seiner Existenz zurückblicken kann, die starke Präsenz von österreichischen Trägerorganisationen vor Ort (teilweise mit eigenen Büros und einem mehr oder minder großen Stab österreichischer und einheimischer Mitarbeiter).

Die Verringerung der Budgetmittel für die Region Mittelamerika im Jahr 1994 hat vor allem das Schwerpunktland Nicaragua selbst getroffen (von ca. 121 Mio. öS auf ca. 93 Mio. öS im Berichtszeitraum). Durch effizienten Einsatz der verbliebenen Mittel konnte ein Qualitätsverlust der Programm- und Projektarbeit vermieden werden. Auch eine weitere Konzentration bei den Sektoren erfolgte, vor allem in jenen Bereichen, in denen Österreich innerhalb der internationalen Gebergemeinschaft führend ist.

Bildung/Forschung/Universitätskooperation

Mit dem übergeordneten Ziel der Förderung des lokalen Berufsbildungssystems sowie der Kapazitäten von Institutionen und Organisationen wurde ein Sektorprogramm entwickelt. Wichtigste Punkte darin: Bildungsprogramme in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der Wirtschaft; Grundschulprogramme; Erwachsenenbildung; Capacity building; Universitätskooperation; Ausbau der Süd-Süd-Stipendienprogramme.

Gesundheit

Hier waren die Schwerpunkte Dezentralisierung der Gesundheitsdienste, Basisgesundheitsprogramme, Trinkwasser- und Abwasserprojekte sowie AIDS-Präventivprogramme.

Gewerbeförderung

Im Mittelpunkt standen die Armutsbekämpfung durch die Stärkung ökonomischer Strukturen (vor allem um den Schrumpfungsprozeß des kleinbetrieblichen Sektors aufzuhalten), sei es durch Finanzdienstleistungen, Technologieförderung, technische Ausbildung oder Vernetzung von Betrieben.

Ländliche Entwicklung

Beiträge vor allem zu

- Nutzung alternativer Energiequellen
- Abfall- und Abwasserbewirtschaftung
- Landreform
- Bekämpfung ländlicher Armut durch Förderung produktiver Arbeitsplätze und Reaktivierung lokaler Ökonomien.

Wichtige Einzelprojekte

Herausragendes Einzelprojekt der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Land ist das Bioenergieprogramm, das ca. ein Drittel des Gesamtbudgets beansprucht. Es geht hierbei um eine Anlage, in der einheimische Nüsse zu Biodiesel verarbeitet werden. Die an dieses Projekt gekoppelten Bioklär- bzw. Kompostieranlagen sollen der Verbesserung der Gesundheitsvorsorge dienen.

Konzentration

Die bestehende geografische Konzentration auf Rio San Juan und die (vom Staat selbst vernachlässigten) Atlantikregion wurde fortgesetzt, wobei hierbei vor allem das Potential demokratisch legitimierter Gemeindestrukturen und Basisinstitutionen gefördert wird (Capacity building für Gemeinden, Frauenorganisationen etc.). Inwieweit die seit Ende 1996 veränderte politische Situation in Nicaragua (nach der Wahl von Alemán zum Präsidenten) auch Auswirkungen auf die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit haben könnte, wird sich noch zeigen. Erste Anzeichen (Kürzung der Bildungsausgaben, Entwicklungszusammenarbeitsgelder werden in normales Budget gerechnet etc.) gibt es bereits.

Projektübersicht Nicaragua

PROJEKT- TRÄGER	NR	PROJEKT	SUMME 1996
ADC Austria	1519-00/93	Konsulentenleistungen für die Sektoren Wasser- und Energieversorgung	150.000,00
ADC Austria	1622-00/94	Integrales Forstprojekt "Tuapí"	1.000.000,00
ADC Austria	1420-00/92	Förderprogr. für Interessenvertr. der Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe	1.400.000,00
Austropunkt	1649-00/94	Reserva "Esperanza Verde" (Grundstücksankauf als Basis für Naturpark)	40.600,00
Austropunkt	1626-00/94	"Palma Africana", SI-A-PAZ	400.000,00
Austropunkt	1644-00/95	SI-A-PAZ, Nachhaltige Holzwirtschaft in der Pufferzone	1.000.000,00
Austropunkt	1731-00/96	Programmpaket SI-A-PAZ, Río San Juan, Nicaragua; Strategieentwicklung	2.700.000,00
CICUTEC	1704-00/95	Diffusion agroökologischer Technologien (Revista ENLACE)	1.200.250,00
IIIZ	1273-00/95	Koordination von Vorhaben privater Organisationen	100.000,00
IIIZ	1473-01/95	Fachausbildung für Studenten aus Nicaragua in Brasilien: Süd-Süd-Koop.	115.277,26
IIIZ	1271-00/92	Planung eines Basisgesundheitsdienstes u. integrale Gesundheitsvorsorge	233.319,99
IIIZ	1473-00/93	Süd-Süd-Kooperation/Drittlandstipendien	250.000,00
IIIZ	1741-00/95	Vor-Ort-Struktur Nicaragua/El Salvador	300.000,00
IIIZ	1078-01/94	Ländliche Entwicklung (Bloque)	2.000.000,00
IIIZ	1078-02/94	Ländliche Entwicklung (Imkerei) in Boaco und Matagalpa	2.150.769,00
IIIZ	1271-00/96	Integrale Gesundheitsversorgung in Matagalpa	2.834.752,00
IIIZ	1078-04/96	Förderung der ländlichen Entwicklung	3.175.000,00
IIIZ	1078-00/94	Ländliche Entwicklung (UNAG und NITLAPAN)	6.832.459,00
INRA	1608-01/96	Titulierung von Bauernland (Subprojekt 3: El Rama)	3.101.174,00
KFS	1498-00/93	Alphabetisierungs- und Bildungsprogramm Ciudad Sandino, Managua	350.000,00
KFS	1505-00/93	Rehabilitation von Behinderten aus dem Bürgerkrieg	466.647,00
KFS	1505-01/96	Rehabilitation von Behinderten aus dem Bürgerkrieg (Fortsetzung)	584.588,00
KFS	1307-00/93	Zeitschrift zur Unterstützung der Demokratisierungsprozesse	1.000.000,00
KFS	1774-00/96	Trinkwasserversorgung in 31 Ortschaften Nicaraguas	1.568.125,00
KFS	1498-01/96	Alphabetisierungs- und Erwachsenenbildungsprogr. Ciudad Sandino	2.100.000,00
n.a.	1608-01/95	Titulierung von Bauernland (Subprojekt 2: Nueva Guinea, El Almendro)	2.572.325,00
Nord-Süd-Institut	1742-00/95	Vor-Ort-Struktur	350.000,00
Nord-Süd-Institut	1706-00/96	Förderung von Fraueninitiativen II	1.700.000,00
Nord-Süd-Institut	1721-00/96	Ausbildung v. Humanressourcen f. Reaktivierung v. Kleinunternehmen	2.000.000,00
ÖED	1661-00/94	Ausbildung von Volksschullehrern (RAAN)	1.100.000,00
ÖED	1778-00/96	Universität der Karibikküste (URACCAN)	1.775.000,00
ÖED	1495-00/93	Fachausbildung für Studenten in Mexico	1.800.000,00
ÖED	1494-00/96	Integrales Gesundheitsprogramm Rio Prinzapolka u. Puerto Cabezas	2.284.225,00
ÖED	1041-02/96	Verbesserung der technischen Ausbildung des IPLS in León	5.000.000,00
ÖED	1653-00/94	Gesundheitsprogramm in der Region Atlantica Norte	5.531.800,00
RB Managua	1608-00/94	Titulierung Bauernland	249.016,59
RB Managua	1751-00/95	Weiterbildung von Gesundheitspersonal in der RAAN	1.000.075,00
Sucher & Holzer	1149-00/90	Durchführbarkeitsstudie zur Verarbeitung von Jicaro-Früchten	138.831,34
Sucher & Holzer	0930-00/95	Förderung des Ausbaus eines Bioenergieprogramms, Teil 1/95	4.000.000,00
Sucher & Holzer	0930-01/96	Förderung des Ausbaus eines Bioenergieprogrammes	8.000.000,00
Sucher & Holzer	0930-02/96	Förderung des Ausbaus eines Bioenergieprogrammes, Teil 2/96	10.000.000,00
Sucher & Holzer	0930-00/96-	Förderung des Ausbaus eines Bioenergieprogrammes	10.000.000,00
Uni Salzburg	1623-00/94	Nord-Süd-Kooperation mit Universität LEON	453.700,00
Uni Klagenfurt	1508-00/96	Zusammenarbeit der Universität Klagenfurt mit d. UCA Managua	135.000,00
GESAMT			93.142.834,18

3.1.1.2 COSTA RICA, EL SALVADOR und GUATEMALA

Länderübergreifende Schwerpunktsektoren

- Frauenförderung
- Demokratieförderung
- Armutsbekämpfung
- Ökologische Entwicklung

COSTA RICA

In Costa Rica wurden vor allem das berufsbildende Schulwesen, der Ökotourismus und der Aufbau arbeitsmedizinischer Strukturen im Berichtszeitraum gefördert. Österreich war weiters am gemeinsamen Naturschutzprojekt im Becken des Rio San Juan beteiligt.

EL SALVADOR

Vor der Beendigung des mehr als zehnjährigen Bürgerkrieges durch den Friedensvertrag von Chapultepec am 16. Jänner 1992 förderte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit punktuelle Aktivitäten von NROs. Das Programm leistete Beiträge zum Aufbau einer demokratischen Gesellschaft und staatlicher Strukturen beitragen, mit dem Ziel, sozialen Ausgleich über alle Bevölkerungsschichten hinweg zu gewährleisten. Vorrang hatten Vorhaben zur Friedenssicherung und Demokratisierung (Wahlvorbereitung, Rechtshilfe u.a.), der Energiewirtschaft und der ländlichen Entwicklung.

GUATEMALA

In der Kooperation mit Guatemala bemühte sich die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit im besonderen um die Vorhaben kleiner, lokaler und basisorientierter Initiativen. Themenbereiche sind ländliche Entwicklung, Förderung benachteiligter Gruppen (z.B. Grundschulerziehung in indigenen Sprachen), Förderung von Mikrounternehmen, Stärkung demokratischer Strukturen. Regionale Schwerpunkte bildeten bei all diesen Aktivitäten das westliche Hochland und das nördliche Tiefland (Petén).

Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen der Regierung und der Guerilladachorganisation URNG am 29.12.1996 in Guatemala-Stadt ging der vorläufig letzte bewaffnete Konflikt Zentralamerikas nach 36jähriger Dauer zu Ende. Der im Ministerrang stehende Leiter der staatlichen Planungsbehörde Segeplan, Mariano Rayo Muñoz, führte am 18.11.1996 in Wien bilaterale Gespräche über den wirtschaftlichen Aufbau des Landes nach dem Ende des Bürgerkrieges.

Projektübersicht

LAND	PROJEKTTRÄGER	NR	PROJEKT	SUMME 1996
Costa Rica	Nord-Süd-Institut	1547-00/93	Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz	1.500.000,00
Costa Rica	Regenwald d. Öst.	1554-00/93	Ökotourismus in La Gamba	280.000,00
Costa Rica	WWF Österreich	1557-01/95	Sozialprogramm für ländliche Gemeinden	200.000,00
GESAMT				1.980.000,00
El Salvador	DOKW	1567-00/93	Konsulentenleist./Rehabilitierung v. Kleinwasserkraftwerken	1.840.000,00
El Salvador	IIZ	1369-01/96	Förderung der ländlichen Entwicklung	2.137.948,00
El Salvador	IIZ	1369-00/96	Förderung der ländlichen Entwicklung	6.423.499,00
El Salvador	KFS	1723-00/95	Betreuung von Straßenkindern in San Salvador	500.000,00
El Salvador	Nord-Süd-Institut	1737-00/96	Demokratisierungsprogramm für El Salvador II	6.000.000,00
El Salvador	ÖED	1680-00/94	Fachausbildung für Kriegsversehrte der FMLN, Stipendien	1.400.000,00
El Salvador	ÖED	1685-00/94	Ländliche Entwicklung im Nordosten von Chalatenango	2.000.000,00
GESAMT				20.301.447,00
Guatemala	Ass.Amigos Guat.	1422-00/92	"Kajib-Noj"-Schule für die Maya-Kiché-sprechende Bevölkerung	1.000.000,00
Guatemala	ADC Austria	1164-01/94	Unterstützung von Mikro- und Kleinunternehmen	1.000.000,00
Guatemala	CARE Österreich	1549-00/94	Stabilisierung der Neusiedlungszone durch Landvermessung	118.734,00
Guatemala	CARE Österreich	1549-00/96	Stabilisierung der Neusiedlungszone durch Landvermessung	700.000,00
Guatemala	IIZ	1350-00/95	Konsument und Umwelt in Zentralamerika	120.000,00
Guatemala	IIZ	1405-00/92	Integrales Progr.f.physische u.mentale Rehabilitation v. Kindern	137.234,38
Guatemala	IIZ	1549-00/95	Ländliche Entwicklung im Petén	154.456,00
Guatemala	IIZ	1080-00/95	Ländliche Entwicklung, Jahresprogramm des IIZ	3.261.715,63
Guatemala	IIZ	1080-01/96	Entwicklungsprogramm für ländliche Regionen	3.500.000,00
Guatemala	IIZ	1080-00/96	Entwicklung in ländlichen Regionen	7.000.000,00
Guatemala	Nord-Süd-Institut	1540-00/96	Förderprogramm für Maya-Völker	3.000.000,00
GESAMT				19.992.140,01

3.1.2 Sahelraum Westafrikas

3.1.2.1 KAP VERDE

Zahlen – Daten – Fakten

Regionalbüro

Representação da Cooperação Austríaca para o Desenvolvimento

Leitung: Mag. Markus Repnik

Anschrift: C.P. 288, Praia; Cabo Verde

Kontakt: Tel: 00238/61 31 18, Fax: 00238/61 45 40

E-mail: eza.kapverde@magnet.at

Chronologie

Kap Verde ist Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und Fokusstaat im Rahmen des "Afrika 2000"-Programmes des BMaA. Im Februar 1994 wurde ein Ressortabkommen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1993 – 1995 unterzeichnet, im Rahmen dessen die österreichische Städtepartnerschaften Beiträge zur Elektrifizierung der Stadt Pedra Badejo und zur Entwicklung des Telekommunikationswesens leisteten. Im Rahmen der Städtepartnerschaft "Deutsch-Wagram - Calheta" wird vor allem der Infrastrukturaufbau in Calheta und auf der gesamten Insel Santiago gefördert. Die österreichischen Exporte stiegen in diesem Jahr um 356,1% auf 13,8 Mio. öS, die Importe blieben gering. 17 kapverdische Stipendiaten studierten 1994 in Österreich. Bedingt durch den tragischen Tod des österreichischen Koordinators DI Franz Hartl mußte die Stelle des Regionalbüroleiters neu besetzt werden. Mag. Markus Repnik trat diesen Posten an.

1995 wurden im Rahmen des Nahrungsmittelhilfe-Abkommens 5000 Tonnen Getreide geliefert. Der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Wolfgang Schallenberg, führte von 14. - 17. Mai 1995 in Kap Verde politische Gespräche und besuchte österreichische EZA-Projekte. Verträge über die Finanzierung der Verlegung eines Seekabels zur Verbesserung der Fernmeldeverbindungen zwischen den neun Inseln und über die Errichtung eines Stipendienfonds, der Kapverdiern von Österreich finanzierte Studien in Drittländern ermöglicht, wurde unterzeichnet. Der bilaterale Handelsverkehr blieb gering. Rund 20 kapverdische Stipendiaten studierten in Österreich. Einige Handwerker besuchten Fortbildungskurse in Österreich.

Die Anfang des Jahres 1996 bereits zum zweiten Mal völlig regulär durchgeführten demokratischen Wahlen bestätigten die bisherige Regierung und ihren Kurs. Außenminister Amilcar Lopes stattete Österreich im Juni 1996 einen offiziellen Besuch ab. Hierbei wurde ein Kooperationsprogramm für die Jahre 1996-1998 unterzeichnet. Erste Schritte zur Eröffnung einer Botschaft in Wien wurden unternommen. Aus den Mitteln der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit wurden ca. 50 Mio. öS für Bildungs- und Ausbildungsprojekte, Unterstützung der Gemeinden (Dezentralisierung) sowie zur Förderung von Klein- und Mittelbetrieben u.a. bereitgestellt. Kap Verde war beim Festival "Sura za Afrika" mit einer der bekanntesten Musikgruppen des Landes und einer Menschenrechtsexpertin vertreten.

Programm- und Projektarbeit 1994 – 96

Das 1. Kooperationsabkommen mit der kapverdischen Regierung (Dauer 1993 - 95) zeigte einen starken regional begrenzten (Regionen Santa Cruz, Santiago), aber multilateral geförderten Ansatz. Im Berichtszeitraum wurden enorme Fortschritte in der Umsetzung der Programmpolitik der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit erzielt. Das neue Kooperationsprogramm (PAC 1996 - 98) bringt nun eine Weiterentwicklung des Programmansatzes, sowohl inhaltlicher wie struktureller Art.

Inhaltlich

Die Konzentrationspolitik von einem regionalen zu einem sektoriellen Ansatz wurde auf die anderen Gemeinden der Insel erweitert, wobei die drei Sektoren

- Förderung von Klein- und Mittelbetrieben
 - Bildung/Ausbildung
 - Stärkung dezentraler Kapazitäten
- die Programmrioritäten definieren.

Strukturell

Strukturverbesserungen auf österreichischer Seite (Regionalbüro, Landessektorreferenten etc.) entsprechen solche bei den kapverdischen Partnern. Ein eigener Programmierungsplan wurde von Kap Verde ausgearbeitet und vorgelegt. Ein indikatives Kooperationsprogramm (PIC), das nicht zuletzt die in Frage kommenden Sektoren festlegt, gibt die gemeinsame Schwerpunktsetzung vor. Jährliche Arbeitsprogramme (PACs) definieren Projekte und Budgets im einzelnen.

10 Mio öS werden pro Jahr für Nahrungsmittelhilfe zur Verfügung gestellt. Bis 1995 wurde dies über das "World Food Programme" abgewickelt. Seit 1996 erfolgt die Unterstützung in Form einer Budgetbilanzzahlungshilfe. Kap Verde kauft so billiger als der Geber ein und trägt auch selbst die Entscheidung über die Art der gelieferten Nahrungsmittel (Getreide etc.). Dies stärkt die Selbstverantwortung des kapverdischen Partners.

Mit der Einführung der drei Landessektorprogramme wurden auch Landessektorreferenten bestellt, die in ihrer Arbeit sowohl die österreichische Politik unterstützen wie auch auf die kapverdischen Bedürfnisse eingehen sollen. Einmal jährlich findet pro Sektor ein Sektorgruppenworkshop statt, an dem sämtliche betroffenen nationalen Organisationen und Regierungsstellen teilnehmen. Es erfolgt eine Bedarfserhebung, welcher österreichische Beitrag möglich und sinnvoll wäre. Für jedes laufende Projekte wird einmal pro Jahr eine Projektberichtsanalyse vorgelegt (auch zur Kontrolle des Projekt-“Timings”). Jeweils im Oktober/November wird das Jahresprogramm für das nächste Jahr unterzeichnet.

1996 betrugen die Budgetmittel (inkl. Nahrungsmittelhilfe) ca. 60 Mio. öS. Die Overheadkosten für Koordination beliefen sich auf ca. 4 Mio. öS. 90% der Mittel werden für die bilaterale technische Zusammenarbeit aufgewendet, ca. 10% betreffen den Bereich der NRO-Kofinanzierung.

Bildung/Ausbildung

Tradition hat das Stipendienprogramm. Doch hat sich auch hier einiges verändert. Früher wurden kapverdische Studenten nach Österreich geschickt (Erlernen der deutschen Sprache notwendig). Heute wird in Abstimmung mit anderen wichtigen Gebern (USA, Schweiz, Niederlande) die Kofinanzierung nationaler Stipendienfonds in kapverdischer Eigenverantwortung angestrebt. Einzige Auflage hierbei: Studien in Ländern des "Südens" (etwa Brasilien) sollen primär ins Auge gefaßt werden.

Förderung von Klein- und Mittelbetrieben

Früher wurde in diesem Bereich die Einzelbetriebsförderung forciert, heute stehen Sektorförderungsprojekte (etwa für Tischlerei) im Vordergrund, abgestimmt mit der internationalen Gebergemeinschaft und mit einem Regionalansatz versehen.

Förderung dezentraler Strukturen

Im Mittelpunkt stehen dabei "Public Management", Dezentralisierung, Gemeindeentwicklung und Wasserversorgung. Wurde früher ein regionaler Ansatz mit einer Gemeinde im Mittelpunkt verfolgt, so gibt es nun zwei Projekte für sämtliche ländliche Gemeinden mit den Schwerpunkten

- Aufbau technischer Planungsbüros der Gemeinden
- Aufbau der Wasserver- und -entsorgungsunternehmen der Gemeinden

Wichtige Einzelprojekte

Das zuvor beschriebene Szenario der Projektarbeit auf Grundlage eines systematischen Programmansatzes erübriggt das Herausstreichen einzelner Projekte dieses Gesamtkomplexes. Im Mittelpunkt vieler dieser Bemühungen steht natürlich die institutionell-infrastrukturelle Stärkung der Gemeinden (vor allem in der Region Santa Cruz und Calheita auf der Insel Santiago, wo der Großteil der Bevölkerung lebt).

Projektübersicht Kap Verde

PROJEKTTRÄGER	NR	PROJEKT	SUMME 1996
ADC Austria	1691-00/94	Information und Ausbildung von Basisinitiativen im Bezirk Santa Cruz	84.067,39
ADC Austria	1565-00/93	Regionalentwicklung Santa Cruz und Calheta	147.768,83
ADC Austria	1127-00/94	Flußverbauung Ribeira Sta. Cruz - Ph. III	500.000,00
ADC Austria	1448-00/92	Brunnenrehabilitierung im Flusstal Santa Cruz	1.300.000,00
Austroconsult GmbH	1427-00/94	Seekabel, Ausschreibung	1.950.000,00
Austropunkt	1092-00/94	Entsendung eines österr. Koordinators für EZA	2.500.000,00
Cooperacao Austriaca	1786-00/96	Postgradualer Kurs zu Forschungskonzepten u. Methoden d. Sozialwiss.	250.075,00
ECOTEC	1348-00/92	Förderung d. Aufbaus des techn. Planungsbüros d. Gemeinde Santa Cruz	90.000,00
ECOTEC	1401-00/95	Autonomer Gemeindedienst Santa Cruz, Wasser-Energieversorgung	1.000.000,00
Fleck Elektro GmbH.	1045-01/93	Ausbau der Stromversorgung in Pedra Badejo	939.092,07
IIZ	1065-00/90	Handwerkliche Ausbildung Jugendlicher im Zentrum Sao Jorginho	538.000,00
Koop.ministerium CV	1752-00/95	Drittlandstipendienprogramm Brasilien	75,00
PTT Kap Verde	1672-00/94	Telekommunikation: interinsuläre Seekabelverbindung	14.024.693,00
STP Calheta/Dt. W.	1070-00/95	Nachbetreuung Interbetao	100.000,00
STP Calheta/Dt. W.	1070-00/96	Nachbetreuung Interbetao, Aufstockungsfinanzierung	110.000,00
STP Pedra Badejo	0957-00/96	Integriertes Schulprojekt Santa Cruz: Lehrerfortbildung u. Sanierung	1.500.000,00
Sucher & Holzer	0959-00/88	Ausbildung und Bauberatung (Einsatzverlängerung)	1.000.000,00
TRAIN	1753-00/95	Ausbildung f. Ausbildner u. Berater von Kleinst-Untern.	200.000,00
TRAIN	1753-00/96	Ausbildung f. Ausbildner u. Berater von Kleinst-Untern.	3.000.000,00
GESAMT			29.233.771,29

3.1.2.2 BURKINA FASO

Zahlen - Daten - Fakten

Regionalbüro

Coopération Autrichienne pour le Développement - Bureau de Coordination

Leitung: Dr. Mohammad Khorchidi

Anschrift: 01 BP 106, Ouagadougou 01, Burkina Faso

Kontakt: Tel.: 00226/31 28 44, Fax: 00226/31 28 45

E-mail: coop.autriche@fasonet.bf

Chronologie

Burkina Faso ist nicht nur Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, sondern auch Fokusstaat des Konzepts "Afrika 2000" der österreichischen Außenpolitik. Aufgrund des bilateralen Rahmenabkommens über die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, technischem und sozialem Gebiet (unterzeichnet 1993) wurde im Mai 1994 der österreichische Vorschlag für das Sektorprogramm "Technisches Unterrichtswesen und Berufsbildung" erstattet. Mit diesem Programm, für dessen Finanzierung ein Betrag von ca. 22,5 öS vorgesehen ist, soll innerhalb von drei Jahren die Situation am Ausbildungssektor verbessert werden.

Der bilaterale Handelsverkehr blieb im Brichtszeitraum gering.

Der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Wolfgang Schallenberg, stattete von 22.-25. Mai 1995 Burkina Faso einen offiziellen Besuch* ab und unterzeichnete ein Resortabkommen. Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des technischen Unterrichtswesens und der Berufsbildung regelt ein jährliches Aide-mémoire über die bilaterale Kooperation. Am 11. Dezember dieses Jahres wurde das Centre Austro-Burkinabé (früher CAB, nun CFTP Bruno Buchwieser) in einer feierlichen Zeremonie an die burkinische Regierung übertragen. Die Übergabe erfolgte in Anwesenheit von MR DI Stachel und Botschafter Dr. Jäger.

Am 9.Okttober 1996 unterzeichnete Staatssekretärin Dr. Benita Ferrero-Waldner das oben erwähnte Aide-mémoire anlässlich eines Besuches des Ministers für mittleren und höheren Unterricht und wissenschaftliche Forschung, Mélégué Maurice Traoré. Außenminister Ablassé Ouédraogo stattete vom 14. bis 15.Okttober 1996 Österreich einen Arbeitsbesuch ab und wurde dabei auch von Vizekanzler Dr. Wolfgang Schüssel empfangen. Am 31. Oktober 1996 wurde das Koordinationsbüro der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in Anwesenheit von Außenminister Ablassé Ouédraogo und Sektionsleiter Botschafter Dr. Georg Lennkh offiziell eröffnet. Dieser besprach mit den zuständigen Fachministern auch Fragen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in Burkina Faso. Ende Oktober wurden drei im Rahmen des Konzeptes "Afrika 2000" finanzierte Botschaftsprojekte (Ausstattung von Schulen mit Möbeln, Wiederaufforstung) offiziell übergeben. Im Rahmen des Festivals "Sura za Afrika" kamen mehrere Wissenschaftler und Künstler aus Burkina Faso zu Wort.

* Dabei wurden eine Bücherspende an die Germanistikabteilung der Universität Ouagadougou überreicht sowie das CAB, das lokale Büro von HOPE'87 und verschiedene andere Projekte besichtigt.

Programm- und Projektarbeit 1994–96

Die beiden großen Bereiche der Projektarbeit der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in Burkina Faso sind folgende Sektoren bzw. Sektorprogramme:

- Technisches Unterrichtswesen und Berufsbildung
- Landwirtschaft und integrierte ländliche Entwicklung

Bildung/Ausbildung:

Österreich ist seit mehr als 30 Jahren in Burkina Faso im Bereich des technischen Unterrichtswesens und der Berufsbildung tätig. Vor mehr als 25 Jahren wurde etwa das “Centre Austro-Burkinabé”, eine Handwerkerschule der ÖJAB (Österreichische Jungarbeiterbewegung) mit angeschlossenem Internat, eröffnet. Zu den wichtigsten Projekten im Berichtszeitraum zählten in diesem Sektor:

- Ausbildung von technischen Lehrern aus Burkina Faso im Land und in Österreich – 3. und 4. Lehrgang (jeweils mit einer Dauer von insgesamt 4 Jahren)
- Unterstützung des Centre Austro-Burkinabé
- Übergabe der Schule an die burkinischen Behörden
- Unterstützung einer weiteren technischen Schule in Ouagadougou durch Werkzeug- und Maschinenlieferungen (Centre d’Enseignement Technique)
- Ländliche Handwerksförderung (Schmiede, Tischler, Mechaniker)
- Entsendung einer Germanistin an die Universität von Ouagadougou
- Machbarkeitsstudie gemeinsam mit der Schweizer Agentur KODIS (und mit Unterstützung von Burkina Faso), inwieweit die zukünftige Ausbildung technischer Lehrer zur Gänze in Burkina Faso stattfinden kann (mit vorübergehender Unterstützung durch österreichische Experten im Land)
- Machbarkeitsstudie gemeinsam mit Swiss-Contact (und ebenfalls mit Unterstützung der burkinischen Behörden) über die Umgestaltung des ehemaligen Centre Austro-Burkinabé zu einem Ausbildungszentrum in Zusammenarbeit mit Klein- und Mittelbetrieben (“Formation sur place”; Ausbildung nach den ökonomischen Bedürfnissen)
- Unterstützung beim Aufbau der Bibliothek des Germanistikinstitutes der Universität Ouagadougou
- Germanistenfortbildung in Österreich
- Fortbildung technischer Lehrer (in Form von Süd-Süd-Stipendien in Côte d’Ivoire)

Österreich nimmt auch eine führende Rolle innerhalb der EU-Gebergemeinschaft ein, was die Bemühungen der zuständigen Generaldirektion VIII für den Sektor Bildung in Burkina Faso betrifft. Die österreichische Entwicklungszusammenarbeit nimmt hier gemeinsam mit den Niederlanden Koordinierungsaufgaben wahr, wie überhaupt die zunehmende Koordinierung mit sämtlichen Gebern immer mehr im Mittelpunkt auch der programmatischen Überlegungen steht.

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Als Weiterentwicklung langjähriger Projekterfahrung wurden folgende Programmteile definiert:

- Aufbau einer integrierten technischen Infrastruktur für die ländliche Entwicklung
- Umweltschutz
- Integrierter Ressourcenschutz und -nutzung

Dazu sind erforderlich:

- Erhebung des Bedarfes, der Art und des Umfangs an Wartung, Reparatur und innovierter Technologie (Machbarkeitsstudien)
- Sensibilisierung der Bevölkerung auf Dorfebene (MARP)
- Technische und betriebswirtschaftliche Aus- und Fortbildung der Handwerker und des Bedienungspersonals technischer Einrichtungen (marktwirtschaftlich angepaßt)
- Aufbau, Organisation und Betreuung einer integrierten technischen Infrastruktur
- Ausbildung und Serviceleistungen von Einrichtungen zugunsten der ländlichen Bevölkerung

In den achtziger Jahren wurden mit der Einrichtung polyvalenter Werkstätten synergetische Beziehungen zur ländlichen Entwicklung hergestellt. Seit 1993 werden drei "Centres de Promotion Rurale (CPR)" unterhalten. Ziel dieser Förderung ist es, der Migration der jungen Leute in die Städte entgegenzuwirken. Seit Oktober 1996 ist in Kourittenga/Koupéla das Projekt "Agriculture durable" (PAD) installiert, das auf den Prinzipien der standortgerechten Landwirtschaft und des ökologischen Landbaus aufgebaut ist und basisorientiert arbeitet.

In den nördlichen Sahelprovinzen Yatenga und Sourou startete die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit zusammen mit lokalen NRO ein Projekt zur integrierten Ressourcenbewirtschaftung und Aufforstung. In den Provinzen Houet, Kenedougou und Comöé werden im Rahmen des Projektes "Unterstützung der natürlichen Ressourcenbewirtschaftung" Aktivitäten im Bereich ressourcenerhaltende Bewirtschaftung zur Verbesserung der ökologischen und ökonomischen Lage der Bevölkerung durchgeführt. Bei all diesen Aktivitäten stehen vor allem Frauen als Zielgruppe im Mittelpunkt der Bemühungen.

Wichtige Einzelprojekte

Das wohl wichtigste (und auch von den Budgetmitteln umfangreichste) Projekt der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit war in den neunziger Jahren die Ausbildung von technischen Lehrern in Burkina Faso und Österreich. In bisher vier Lehrgängen wurden Fachkräfte in folgenden Bereichen ausgebildet:

- Maschinenbau
- Elektrotechnik
- Elektronik
- Wartungstechnik
- Stahlbau

- Holztechnik
- Kfz-Technik

Ein Lehrgang ist für die Dauer von 4 Jahren konzipiert und sieht folgende Phasen vor:

- 1. Jahr in Burkina Faso an einem staatlichen Institut (nicht zuletzt zur Vorbereitung auf den Unterricht in Österreich mit einem Sprachintensivkurs in Deutsch)
- 2. und 3. Jahr Ausbildung in Österreich (angelehnt an die Lehrpläne der Höheren Technischen Lehranstalten)
- 4. Jahr Pädagogisches Praktikum in Burkina Faso

Die zukünftige Ausbildung der technischen Lehrer soll aller Wahrscheinlichkeit nach ausschließlich in Burkina Faso durchgeführt werden (s. o. Machbarkeitsstudie).

Projektübersicht Burkina Faso

PROJEKT- TRÄGER	NR	PROJEKT	SUMME 1996
Austroprojekt	1413-00/93	Förderung ländlicher metallbearbeitender Betriebe (PERCOMM)	1.000.000,00
Austroprojekt	1119-00/96	" 30000 Charrues", Standortgerechten Landwirtschaft in Kouritenga	4.000.000,00
Austroprojekt	1413-00/96	Förderung ländlicher Handwerksbetriebe (PERCOMM IIa)	4.284.000,00
EWA	1515-00/93	Ausbildungs- und Servicewerkstatt Kiembara	206.670,00
EWA	0966-00/96	Handwerkerförderung in den Provinzen Yatenga und Sourou	600.000,00
EWA	1502-00/93	Nachhaltige Waldbewirtschaftung in Houet und Comoe	700.000,00
EWA	1711-00/96	Integrierte Ressourcenbewirtschaftung in der Region Boromo	1.900.000,00
EWA	1501-00/93	Integrierte Ressourcenbewirtschaftung und Aufforstung	2.000.000,00
EWA	1502-00/96	Nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen im Südwesten	4.000.000,00
HOPE 87	1801-00/96	Praxisbezog. Aus- und Weiterbildungszentren für junge Kleinbauern	2.000.000,00
IIZ	1730-00/95	EZA-Koordinationsbüro	767.000,00
KFS	1465-00/93	Ausbildung ländlicher Handwerker	273.000,00
KFS	1564-00/96	Wasserversorgung und Erosionsschutz der Region Gourcy	1.000.000,00
ÖFSE	1728-00/96	Studien für techn. Lehrerausbildung und Orientierung des CETFP	862.200,00
ÖJAB	1728-00/95	Übergabe des Centre Austro-Burkinabé in Ouagadougou	48.770,10
ÖJAB	0269-00/94	Beitrag zu den Betriebsmitteln und Investitionen des CAB	161.685,86
ÖJAB	1234-00/96	Lehrlingsausbildung für Kraftwerker , Zusatzfinanzierung	335.729,51
ÖJAB	0269-00/96	Beitrag zu Betriebsmitteln des Centre d'Enseignement Technique	792.670,00
ÖJAB	0990-01/96	Ausbildung von technischen Lehrern aus Burkina Faso, 4. Lehrgang	4.000.000,00
ÖJAB	0990-00/96	Ausbildung von technischen Lehrern aus Burkina Faso; 4. Lehrgang	5.550.737,00
RegBüro	1846-00/96	Technisches Unterrichtswesen und Berufsbildung	8.820.000,00
GESAMT			43.302.462,47

3.1.2.3 SENE GAL

Zahlen – Daten – Fakten

Chargé du programme sectoriel national

Claudio Tognola

Anschrift: 24, Bd. El Hadji Djili Mbaye, B.P. 3247, Dakar, Sénégal

Kontakt: Tel.: 00221/823 91 82, Fax: 00221/821 03 09

E-mail: ctognola@telecomplus.sn

Der Senegal ist ein Kooperationsland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.. Die im Jahressektorprogramm 1995 definierte "Gemeinwesen-Entwicklung" war aus den vier Teilbereichen

- Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen
- Handwerkerförderung
- Wasserwirtschaft
- Gesundheit und Hygiene

zusammengesetzt. Bis Ende 1996 unterhielt die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit ein Koordinationsbüro in Dakar, welches den durch ARGE-COPA-BMaA gemeinsam für 1996 definierten Sektor "Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen (GRN) mit dem Ansatz der Gemeinwesen-Entwicklung in einem Umfeld der Regionalisierung" umsetzte. Mit der Schließung des Koordinationsbüros wurde der Sektor für 1997 auf "Ressourcenschutz und -nutzung" (GRN) konzentriert, der durch einen Landessektorreferenten abgedeckt wird. Die Servicefunktionen werden nun von der Österreichischen Botschaft wahrgenommen.

Neben diesem Schwerpunktsektor wird aufgrund ihrer erfolgreichen Tätigkeit, ENDA-Santé im Bereich der medizinischen Erforschung und gleichzeitigen Verbreitung von traditionellen Heilpflanzen weiterhin als wichtiger Träger einer nachhaltigen Entwicklung im Land gefördert.

Da die Zusammenarbeit im Senegal nur auf NRO-Ebene erfolgt, ist der partnerschaftliche Ansatz weitaus weniger formal und direkter, als dies in der Zusammenarbeit mit Regierungen der Fall ist. Als spiegelbildliche Struktur der "Arbeitsgemeinschaft der Österreichischen EZA-Trägerorganisationen im Senegal" (ARGE) haben sich die senegalesischen NRO zur Organisation COPA (*Conseil des Organisations Partenaires d'Autriche*) zusammen geschlossen, die in etwa halbjährlich abgehaltenen Zusammenkünften Information und strategische Weiterentwicklungen im Sektor abstimmt.

Projektübersicht Senegal

PROJEKT- TRÄGER	NR	PROJEKT	SUMME 1996
ADC	1007-02/95	EZA-Programmentwicklung und Koordination Österreich - Senegal	67.596,57
ADC	1007-03/96	EZA-Programmentwicklung und Koordination Österreich - Senegal	1.950.000,00
Caritas Ibk.	1828-00/96	Förderung der Region Louga, Brunnen- u. Mühlenbau u. Ausstattung	800.000,00
ENDA	1006-00/95	Beitrag zu d. Aktions-, Verwaltungs- und Organisationskosten ENDA	12.000.150,00
EWA	1209-00/91	Planungsgruppe für praktische Ressourcen- und Raumbelebung	335.700,00
EWA	1153-00/93	Gewerbeförderung Werkstatterrichtung für Wasserpumpenreparatur	428.561,00
EWA	0979-00/93	Sahelwerkstatt NOTO/THIES (Ph. II)	474.545,00
EWA	1499-00/93	Ressourcenmanagement THIES: Bewässerung und Aufforstung	1.000.000,00
EWA	1399-00/92	Werkstatt N'DIOUM	1.000.000,00
EWA	1791-08/96	Handwerkerförderung Region Louga; Kofinanzierungsvorhaben	1.462.500,00
EWA	1500-00/93	Integriertes Ressourcenmanagement N'DIOUM-SENEGAL	1.500.000,00
EWA	1209-01/96	Planungsgruppe für Raum- und Ressourcenbewirtschaftung Louga	2.700.000,00
HOPE 87	1471-01/96	Solare Trocknung von Obst und Gemüse in der Casamance	1.100.000,00
IIZ	1004-00/92	Traditionelle Heilmethoden und Unterstützung von Basismedizin	253.707,00
IIZ	1004-01/96	ENDA Heilpflanzen und traditionelle Medizin	667.592,65
IIZ	0918-00/94	Ländliches Entwicklungsprogramm "Actions Casamance"	4.500.000,00
ÖRK	1471-00/93	Integrierte ländliche Bewässerung	144.400,00
GESAMT			30.384.752,22

3.1.3 Ostafrika

3.1.3.1 ÄTHIOPIEN

Zahlen - Daten - Fakten

Regionalbüro

Austrian Development Cooperation - Austrian Coordination Bureau

Leitung: Dr. Leonhard Moll

Anschrift: P.O.Box 11 553, Addis Abeba, Ethiopia

Kontakt: Tel.: 002511/71 26 44, Fax: 002511/71 26 44

E-mail: austrian.dev@telecom.net.et

Chronologie

Äthiopien ist ein wichtiges Empfängerland vieler OECD-Mitgliedsstaaten und der EU. Im Gleichklang mit der internationalen Gebergemeinschaft ist Äthiopien auch Fokusstaat der österreichischen Afrikapolitik und "jüngstes" Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (seit 1993). Im Jänner 1994 reiste der stellvertretende Sektionsleiter, DI Günther Stachel, nach Äthiopien und traf dort mit dem zuständigen Planungsminister Dr. Mohamed und dem Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Dr. Mejid zu Gesprächen zusammen. Hierbei wurde die Grundlage für die zukünftige Kooperation gelegt. Im April reiste der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Wolfgang Schallenberg, nach Addis Abeba. Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit war erst im Anlaufen und konzentrierte sich in diesem Jahr auf Fact-finding-Missionen von Experten und den beabsichtigten Abschluß eines Kooperationsabkommens.

Das seit 1995 vorbereitete Landesprogramm sieht als Schwerpunktregionen Amhara (Tourismus/Umweltschutz und Landwirtschaft/Viehzucht) und Somali (Gesundheitswesen und Landwirtschaft/Viehzucht vor). Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützte überdies Aktivitäten hinsichtlich der Energieversorgung, Demokratisierung, ländlicher Basisentwicklung sowie der Wissenschaftskooperation. Im Rahmen des Konzeptes "Afrika 2000" wurden zahlreiche Kleinprojekte durchgeführt (u.a. Unterstützung einer Aids-Hilfe-Organisation, Bereitstellung von Saatgut für die von einer Flutkatastrophe betroffene Region Kelafo).

Im Mai 1996 stattete der äthiopische Außenminister Seyoum Mesfin an der Spitze einer hochrangigen Delegation Österreich einen offiziellen Besuch ab (29. - 31.Mai). Vizeminister Dr. Mulatu Teshome vom Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit unterzeichnete im Verlauf dieses Besuches ein erstes bilaterales Rahmenabkommen über Entwicklungszusammenarbeit. Die Delegation führte Gespräche über politische, wirtschaftliche und EZA-Fragen mit österreichischen Vertretern und besuchte das Friedensforschungszentrum in Stadtschlaining. Im Oktober wurde ein Projektabkommen über eine Machbarkeitsstudie im Bereich der Viehzucht für Nord-Gonder und über ein ökologisches Tourismusprojekt in den Semien Mountains unterzeichnet. Im selben Monat reiste der österreichische Koordinator nach Äthiopien aus. Wiederum wurden auch zahlreiche Kleinprojekte (u.a. ein Handbuch für äthiopische Parlamentarier, die Renovierung des Hagir Fikir Theaters und ein Solarzellenversuchsprojekt für Dorfschulen) durchgeführt.

Programm- und Projektarbeit 1994 – 96

Äthiopien wurde 1993 als Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ausgewählt. Bisherige Schwerpunkte der Zusammenarbeit betrafen den Energie- und den Gesundheitssektor (Errichtung zweier Gesundheitszentren) sowie verschiedene Beratungs- und Ausbildungsaktivitäten.

Am Aufbau eines Landesprogrammes wird gearbeitet. Die Basis dafür bildet das im Jahr 1995 an äthiopische Regierungsstellen übergebene "Aide-mémoire", das folgende Schwerpunktregionen und -sektoren für die zukünftige Zusammenarbeit identifiziert:

- Region 5: Gesundheitswesen und Viehzucht
- Region 3: Tourismus/Umweltschutz und Viehzucht
- Energie: Wasserkraft
- Dezentralisierung und Demokratisierung
- Ländliche Basisentwicklung
- Wissenschaftskooperation auf Grundlage bestehender Instrumente.

Erste Implementierungsschritte in den genannten Sektoren erfolgten bereits. Im Bereich Landwirtschaft und Tourismus wurden die Vorbereitungsphasen abgeschlossen. Eine Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen und Institutionen, vor allem mit jenen der Regionalregierungen, wird angestrebt, aber auch internationale wie lokale NRO sollen wichtige Kooperationspartner sein.

Zu den oben bereits angeführten inhaltlichen Schwerpunkten

- Energie
- Gesundheit
- Landwirtschaft
- Tourismus

kommen noch die für die Programm- und Projektarbeit der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in Äthiopien wichtigen Querschnittsthemen

- Frauen
- Demokratieförderung (capacity building)

Wichtige Einzelprojekte

Energie

Ausbildungsprogramm für Ingenieure, Techniker und Manager der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft (EELPA) in Äthiopien und Österreich.

Gesundheit

Beteiligung Österreichs am "Sector Investment Programm Gesundheit" der äthiopischen Regierung gemeinsam mit anderen Geberländern unter Federführung der Weltbank.

Landwirtschaft

Integriertes Viehzuchtprogramm in Nord-Gonder zur Verbesserung der Einkommenslage der bäuerlichen Bevölkerung durch Erhöhung der Produktivität der Viehhaltung und Vermarktung der Produkte.

Tourismus

Naturorientierter Tourismus in den Semien Mountains mit dem Ziel der Erhaltung des Nationalparks durch eine Strategie einer ausgewogenen Entwicklung von angepaßtem Tourismus, Naturschutz und Verbesserung der Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung.

Querschnittsthemen

Neben der Unterstützung einer Frauenkonferenz (einberufen vom ständigen Unterausschuß für Frauenfragen im äthiopischen Parlament), an der neben den Parlamentarier mehr als 200 Personen teilnehmen werden, verdient vor allem ein gezieltes Frauentrainingsprogramm im Bereich Berufsbildung in der Region Tigray Beachtung.

Projektübersicht Äthiopien

PROJEKTTRÄGER	NR	PROJEKT	SUMME 1996
ADC Austria	1716-00/95	Technische Unterstützung d. Wahlbeobachtung (Donor Election U.)	58.223,40
CARE Österreich	1729-00/95	Awash Basisgesundheitsversorgung	600.000,00
DOKW	0924-00/91	Entsendung von Beratern an die EELPA	500.000,00
IIEP	1099-00/96	Stipendien zur Ausbildung von Bildungsplanern am IIEP in Paris	691.497,32
IIZ	1773-00/96	Koordinationsbüro der EZA in Addis Abeba	1.640.906,00
KFS	1734-00/96	Programm z. Integration v. Ex-Soldaten u. arbeitslosen Jugendlichen	1.900.000,00
KFS	1638-00/94	Ländliches Entwicklungsprogramm	2.000.000,00
MSF Ärzte o. Grenzen	1808-00/96	Tuberkuloseprogramm, Region Somali	1.710.500,00
ÖSKF	1836-00/96	Grundlagenbibliothek für das EIIPD	300.000,00
School of Public Health	1054-00/96	Postpromotionelle Ausbildung für Ärzte aus Entwicklungsländern	333.333,00
UNDP Addis Abeba	1800-00/96	Capacity building für das äthiopische Parlament	533.750,00
UNICEF	1835-00/96	Basisgesundheitsversorgung in der Region Somali	5.400.000,00
GESAMT			15.668.209,72

3.1.3.2 UGANDA

Zahlen - Daten - Fakten

Regionalbüro

Austrian Development Cooperation - Regional Bureau for Development Cooperation
Austrian Embassy

Leitung: Botschaftsrat und Rat für Entwicklungszusammenarbeit Mag. Anton Mair

Anschrift: Crusader House / 3, Portal Avenue, Annex, 3rd Floor, P.O.Box 7457
Kampala, Uganda

Kontakt: Tel.: 00256/41/23 51 03, Fax: 00256/41/23 51 60

E-mail: wmong@imul.com

Chronologie

Uganda ist Fokusstaat im Rahmen des Konzeptes "Afrika 2000" und Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Im EZA-Regionalbüro in Kampala erfolgt die Koordination für Uganda, Ruanda, Burundi, Tansania und Kenia. Der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Wolfgang Schallenberg, besuchte vom 12.bis 14. April 1994 Kampala. Der ugandische Staatspräsident Yoweri Museveni stattete mit einer Delegation Österreich von 25. bis 28. Mai 1994 einen Arbeitsbesuch ab. Dabei erfolgte die Unterzeichnung eines mittelfristigen Kooperationsabkommens. Die österreichischen Exporte betrugen 1994 26,6 Mio. öS (-70,1%), die Importe 42,5 Mio. öS (+200,2%).

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit konzentrierte sich ab 1995 auf die Bereiche Wasser, Entwicklung des privaten Sektors, Dezentralisierung und Distriktentwicklung in Kisoro sowie Ausbildung. Im Rahmen von Kultur- und Wissenschaftsabkommen gibt es einen regen Austausch.

Auch 1996 wurde die eingeleitete Sektorpolitik fortgesetzt, wobei bei der Gewerbeförderung eine Konzentration auf die Branchen Leder- und Textilverarbeitung erfolgte und dabei die Schwerpunkte Managementtraining und Organisation von Kleinkrediten gesetzt wurden.

Programm- und Projektarbeit 1994 – 96

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit konzentrierte sich im Berichtszeitraum auf folgende sektorelle Schwerpunkte:

- Unterstützung des privaten Sektors (Private sector development)
- Demokratieförderung (Good governance)
- Wasser
- Bildung/Ausbildung
- Entschuldung

Privatsektor

Die Unterstützung des privaten Sektors wurde aufgebaut und konsolidiert. Die Zielsetzung dabei ist die Einleitung dezentraler Wirtschaftswachstumsprozesse. Die Gewerbeförderung konzentrierte sich im wesentlichen auf die Branchen Leder und Textil, wobei einerseits Managementtraining und andererseits die Vergabe von Kleinkrediten im Vordergrund standen.

Demokratieförderung

Österreich leistete einen Beitrag zur Unterstützung bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung 1994 und bei den Präsidentschaftswahlen 1996. Begleitende Maßnahmen in diesem Bereich waren die Unterstützung weiblicher Abgeordneter in der verfassungsgebenden Versammlung und die Ausbildung sogenannter „paralegals“, rechtskundiger Leute in ländlichen Gebieten zur Umsetzung der Verfassung. Das Rechtswesen erfuhr Unterstützung durch den Druck von Gesetzesresten und die Mithilfe Österreichs bei einer Reform des öffentlichen Dienstes und bei den Bemühungen des Landes zur Dezentralisierung der Verwaltung. Ein regionales Entwicklungsprogramm, das mit Beginn 1996 in Kraft trat, hat seinen regionalen Schwerpunkt im SW des Landes (in der Region Kisoro). Die österreichischen Beiträge bilden hierbei einen Teil des Distriktsbudgets. Die eigenverantwortliche Verwendung der Mittel soll eine selbstbestimmte Politik der Menschen im Distrikt fördern. Zur besseren Umsetzung wird jährlich ein Seminar veranstaltet.

Wasser

Gemeinsam mit der Weltbank wurde ein umfangreiches Projekt für 18 Städte im SW des Landes gestartet. Darüber hinaus steht die Fertigstellung der Rehabilitierung der Wasserversorgung von Kampala im Mittelpunkt der Bemühungen innerhalb dieses Sektors. Dieses war und ist bisher das größte Projekt in Uganda.

Bildung/Ausbildung

Ein lokales Stipendienprogramm, das seit 1996 von einer österreichischen NRO vor Ort abgewickelt wird, sieht, bei Bereitschaft, in ländlichen Gebieten zu arbeiten, Post-graduate-Stipendien vor.

Entschuldung

Ziel ist die Formulierung einer Schuldenstrategie für Uganda, zusammen mit anderen Gebern. Der österreichische Beitrag hierzu belief sich bisher auf ca. 57 Mio öS. Die in den letzten Jahren dafür gesetzten Maßnahmen sollen fortgeführt werden.

Wichtige Einzelprojekte

Tradition besitzt das österreichische Engagement im Bereich Wasserver- und -entsorgung. Nach entsprechenden Maßnahmen zur Unterstützung von Vorhaben im Raum der Hauptstadt Kampala wurde nun ein Projekt im SW des Landes (dem regionalen Schwerpunkt der österreichischen Aktivitäten) gestartet, das helfen soll, die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung von 12 Kleinstädten sicherzustellen.

Das bereits erwähnte Stipendienprogramm für "Post-graduate-Stipendien" hat folgende Voraussetzungen der Bewerber zur Grundlage:

- Studienabschluß
- 5 Jahre Praxis in ländlichen Gebieten
- soziale Förderungswürdigkeit
- 50% Frauenanteil

So soll gewährleistet bleiben, daß die Zielsetzungen der gemeinsam mit den verantwortlichen ugandischen Stellen erarbeiteten Programmpolitik im Bereich Bildung auch tatsächlich erreicht werden.

Projektübersicht Uganda

PROJEKTTRÄGER	NR	PROJEKT	SUMME 1996
ADC Austria	1189-01/95	Regionalbüro Kampala, Personaleinsatz W. Welzig	293.390,87
ADC Austria	1756-00/95	Förderung von Aus- u. Fortbildungsmaßnahmen/Wissenschaftskoop.	300.000,00
ADC Austria	1709-01/96	South Western Towns Water and Sanitation Project, Kisoro	1.000.000,00
ADC Austria	1189-00/95	Regionalbüro Kampala	1.000.000,00
ADC Austria	1709-02/96	South Western Towns Water and Sanitation Project, Kisoro	1.500.000,00
ADC Austria	1813-00/96	Start-your-Business-Programm zur Kleinunternehmerförderung	2.000.000,00
ADC Austria	1708-00/96	Distriktentwicklungsprogramm Kisoro (PhaseII)	5.000.000,00
Austropunkt	1652-00/94	Experten/Kleinst- und Kleinunternehmensförderungsprogramm	2.480.000,00
CARE Österreich	1417-00/96	Landwirtschaftliches Beratungsprogramm	3.000.000,00
DI Bergthaler	1709-00/95	South Western Towns, Water and Sanitation - Vorbereitung	77.650,00
ECOTEC	1830-00/96	Förderaktivitäten zugunsten v.Mikro-, Klein- u. Mittelbetrieben	4.000.000,00
IBRD	1833-00/96	Investitionsförderung in Uganda	5.000.000,00
IIEP	1099-00/96	Stipendien zur Ausbildung von Bildungsplanern am IIEP/Paris	345.748,68
ITM Krems	1056-00/94	Ausbildung von Fremdenverkehrsinstruktoren	100.347,39
ITM Krems	1056-00/95	Ausbildung von Fremdenverkehrsinstruktoren aus Uganda	751.400,00
ITM Krems	1056-00/96	Ausbildung von Fremdenverkehrsinstruktoren aus Uganda	1.815.120,00
KFS	1723-33/96	Technische Berufsausbildung in Soroti, Uganda	789.400,00
KMB/Bruder in Not	1038-00/92	Erhaltung von Nebenstraßen im Subdistrict MITYANA	142.269,06
Kolpingwerk	1461-01/96	Landw.Beratungsprogr. zum Ölfruchtanbau und Speiseölherzeugung	205.033,00
n.a.	1763-00/95	Errichtung eines Market Promotion Centre (USSIA)	3.000.000,00
n.a.	1854-00/96	Beitrag zu Multilateral Debt Fund	57.000.000,00
Nord-Süd-Institut	1660-00/96	Frauenrelevante Rechtsaspekte und Rechtsbildungsprogramm	1.463.480,00
School of Public Health	1054-00/96	Postpromotionelle Ausbildung für Ärzte	666.667,00
TB Weidel	1310-00/92	Consultant/Rehabilitationsprojekt Wasserversorgung Kampala	200.000,00
TB Weidel	1293-01/94	Kleinwasserkraftwerk ISHASHA	580.504,83
Ug. Ministry of Finance	1670-02/96	Kreditprogramm PRIDE	7.000.000,00
Ug. Ministry of Finance	1670-01/96	Kreditprogramm FINCA	8.000.000,00
Ug. Supreme Court	1343-00/95	Beitrag zur Förderung der Rechtspflege (Phase III)	150.150,00
Ug. Supreme Court	1343-00/96	Förderung der Rechtspflege durch Reproduktion von Gesetzestexten	1.000.000,00
UIA	1674-00/94	Aufbau eines dezentralen Beratungsbüros	444.075,00
UNDP Kampala	1577-00/96	Österreichischer Beitrag zur Durchführung von Wahlen	4.694.925,00
UNICEF	1812-00/96	Verbesserung der präventiven Gesundheitsdienste	9.951.000,00
UNIDO	1392-01/95	Experteneinsatz zur Schuhherzeugung	44.763,34
UNIDO	1392-00/96	Förderung des Ledersektors in Uganda	9.237.207,60
VIDC	1512-00/93	Entwicklungstheater - Ndere Troupe	578.000,00
WUS Austria	1440-00/96	4. Postgraduiertenlehrgang Frauenrechte	1.428.194,00
GESAMT			135.239.325,77

3.1.3.3 BURUNDI, TANSANIA, KENIA und RUANDA

BURUNDI

Die 1993 eingeleitete Demokratisierung der Gesellschaft ist unterbrochen und eine Rückkehr zur Demokratie wahrscheinlich auf viele Jahre hinausgeschoben. Dennoch versuchte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit, in den Jahren 1994/95 eine sektoruell begrenzte Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten, dies vor allem bei Vorhaben der Infrastruktur und der ländlichen Entwicklung. Aus Sicherheitsgründen wurden diese Aktivitäten 1995/96 abgebrochen, die begonnenen Projekte sistiert. Derzeit gibt es keinerlei Aktivitäten der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Land.

TANSANIA

Für das Kooperationsland Tansania existieren 2 Leitsektoren der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit:

- Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte
- Gesundheitsversorgung und Community development im Distrikt Ngorongoro.

Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte

Hier erfolgt eine Konzentration auf die Grundnahrungsmittel Milch, Fleisch und Getreide. Einzelne Projekte sind:

- Frischmilchversorgung Dar es Salaam
- Trainingsprogramm für Fleischer (Schlachthof Arusha)
- Unterstützung von Frauengruppen bei Kleinprojekten
- Test von Getreidemühlen (Pilotprojekt)
- Solarrocknung von Obst und Gemüse

Gesundheitsversorgung und community development

Regionaler Schwerpunkt ist der Norden des Landes. Einzelne Projekte und Programmschwerpunkte sind:

- Unterstützung von 2 Spitätern
- Primary Health Care Programm (Programm für Basisgesundheitsversorgung)
- Projekte der Wasserversorgung (Dammbau)
- Einrichtungen im Primär- und Sekundarschulwesen
- Veterinärmedizinische Dienste

Im Berichtszeitraum wurde das größte österreichische EZA-Projekt, die Oberbauinstandsetzung der TAZARA-Eisenbahn weitergeführt. Dabei konnten die entscheidenden Engpässe in der Logistik durch gezielte Technische Hilfe beseitigt und eine gut funktionierende Managementeinheit aufgebaut werden, sodaß nun die Schweißarbeiten nach Plan verlaufen.

KENIA

Historisch gesehen gibt es enge Beziehungen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit zum Kooperationsland Kenia. Bislang konzentrierten sich die Aktivitäten der Entwicklungszusammenarbeit in Kenia auf folgende Sektoren:

- Wasserver- und -entsorgung
- Berufsbildung
- Ländliche Entwicklung

Wasserver- und -entsorgung

Wasser bildet den absoluten Leitsektor der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in diesem Land. Zwei wichtige Projekte sind hierbei vor allem zu nennen:

Wasserversorgung Kitui: Dieses Projekt (Versorgung der Stadt Kitui, 200.000 Ew.) wurde Anfang der neunziger Jahre gestartet. Durch Änderungen und Verzögerungen entstanden Mehrkosten, die nun zum Teil durch die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit abgedeckt werden müssen. Nachdem die kenianische Seite budgetäre Vorsorge für die von ihr zu erbringenden Leistungen getroffen hat, soll das Projekt 1998 zu einem Abschluß gebracht werden.

KWAHO: Die Zusammenarbeit mit dieser im Bereich Wasser und Hygiene tätigen kenianischen NRO hat eine langjährige und erfolgreiche Geschichte. Ein Hauptcharakteristikum der KWAHO ist ihr Arbeitsansatz: die Bildung, der Aufbau und die Organisation von sogenannten Wasserkomitees haben absolute Priorität, erst dann beginnt die Implementierung der Wasserversorgungseinrichtungen. Bedingt durch den Ausstieg des bisherigen Hauptfinanciers, einer englischen NRO, schlitterte die KWAHO in eine Krise. Österreich – mittlerweile Hauptgeber der KWAHO – unterstützt diese in ihrem Reorganisationsprozeß. Mittelfristig sollen von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr als 30% des Gesamtbudgets der KWAHO finanziert werden.

Berufsbildung

Aus dem umfangreichen Engagement der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit wären vor allem drei Projekte zu nennen:

Starehe: Einrichtung eines EDV-Lehrganges an der für Waisenknaben gegründeten Internatsschule.

Handwerkerausbildung Kilima Mbogo: Dieses Projekt kann insofern als sehr erfolgreich bewertet werden, als sich das Ausbildungszentrum mittlerweile selbst finanzieren kann.

Kerio Valley: In diesem Projekt geht es sowohl um landwirtschaftliche Ausbildung als auch um ländliche Entwicklung in diesem Gebiet. Auf diese Weise wurde Schulabgängern der Aufbau landwirtschaftsbezogener Unternehmen ermöglicht.

Ländliche Entwicklung

Magarini: Zusammenarbeit mit dem Kenya Freedom from Hunger Council. Mittlerweile existiert für dieses Projekt eine EU-Kofinanzierung.

Greenbelt Movement: Dieses Projekt mit Schwerpunkt Umweltschutz und Frauenförderung wurde ursprünglich im Rahmen des Regenwaldprogramms unterstützt, wird aber mittlerweile dem Landesbudget zugerechnet.

RUANDA

Ruanda ist ein ehemaliges Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Nach dem Genozid 1994 kamen alle Aktivitäten zum Erliegen. Im August 1994 wurde nochmals versucht, die Arbeit wiederaufzunehmen, besonders im Bereich ländliche Entwicklung (Hausbau) und Aussöhnung der verfeindeten Volksgruppen. Ende 1995 wurden alle noch tätigen Experten von NROs aus Ruanda ausgeflogen. Erst im Juli 1997 wurde anlässlich eines Besuches die Kooperation wiederaufgenommen. Schwerpunktsektoren sind Wasserversorgung und Normalisierung des sozialen Lebens.

Projektübersicht

PROJEKT- TRÄGER	NR	PROJEKT	SUMME 1996
RUANDA			
AAI Wien	1368-00/95	Fachausbildung für Angehörige von Schwerpunktregionen	267.000,00
AAI Wien	1368-00/96	Fachausbildung für Angehörige von Schwerpunktregionen	500.000,00
ARP	1693-02/95	Integrierte Rehabilitierung, Weiterführung ARP	840.240,00
TB Weidel	1693-00/94	Flüchtlings- und Vertriebenenhilfe Nordruanda	585.000,00
TB Weidel	1693-01/94	Flüchtlings- und Vertriebenenhilfe Nordruanda	675.500,00
UNHCHR	1845-00/96	Menschenrechtsbeobachtung UN Field Operation Ruanda	5.000.000,00
UNHCR	1852-00/96	Beitrag an UNHCR für Aufnahme von Rückkehrern in Ruanda	9.900.000,00
GESAMT			17.767.740,00
BURUNDI			
ARP	1720-00/95	Reintegration von Vertriebenen in Burundi	200.000,00
ARP	1720-01/96	Programm zur landwirtschaftlichen Produktionsförderung	1.000.000,00
ARP	1720-03/96	Not- und Katastrophenhilfe für die Opfer des Konfliktes in Zaire	2.800.000,00
ARP	1720-02/96	Kommunale Regionalentwickl./Humanit.Hilfe und Konfliktpräv.	3.600.000,00
Austuprojekt	0988-00/93	Bauernförderungsprogramm Rumonge (Phase III)	3.000.000,00
DOKW	1235-00/91	Experten für Energieplanung	1.258.961,61
TB Weidel	1510-00/93	Abwasserentsorgung der Stadt Rumonge; 1. Ausbaustufe	2.000.000,00
TB Weidel	1247-00/91	Wasserwirtschaftlicher Rahmenplan	3.000.000,00
GESAMT			16.858.961,61

PROJEKT-TRÄGER	NR	PROJEKT	SUMME 1996
TANSANIA			
ADC Austria	1400-00/92	Ausbau Ersatzteilmanagement für TRC-Bahnbaumaschinen	1.500.000,00
ADC Austria	1179-00/90	Rehabilitierung Tazara; Sicherung Ersatzteilevorsorge für CE:3	2.500.000,00
ADC Austria	1822-00/96	Distriktentwicklungsprogramm Kibondo/Kasulu (Pilotphase)	9.000.000,00
ARGE Svetelsky	1534-00/93	Schienenschweißung TAZARA	27.156.600,00
Austroprojekt	1074-01/94	Community Development Programm Ngorongoro Tanzania	300.000,00
Austroprojekt	1186-01/95	Milchviehgesundheitsprogramm ADRI (Phase II)	400.000,00
Austroprojekt	1074-00/94	Integriertes Gesundheitsprogramm NGORONGORO	930.000,00
Austroprojekt	1186-00/96	Milchviehgesundheitsprogramm ADRI (Phase III)	1.800.000,00
Austroprojekt	1589-01/96	Verbesserung der Frischmilchversorgung in der Region Mara	1.800.000,00
Austroprojekt	1589-00/94	Förderungsprogramm für Milchviehhalter	3.280.000,00
Austroprojekt	1819-00/96	Loliondo and Sale Development Initiatives (LOSADEI)	4.000.000,00
Austroprojekt	1074-01/96	Integriertes Gesundheitsprogramm Endulen (Phase II)	5.000.000,00
Austroprojekt	1074-00/96	Integriertes Gesundheitsprogramm Wasso (Phase II)	6.000.000,00
CARE Österr.	1630-02/96	Jozani Forest - Chwaka Bay, Sansibar	3.700.000,00
HOPE 87	1723-08/96	Integrales Projekt zur Wasserversorgung am Kilimanjaro	350.000,00
IIZ	1072-00/93	Förderung ländliche Entwicklung	45.799,78
IIZ	1072-01/96	Evaluierung des Village-Oriented-Development-Programms	470.000,00
IIZ	1072-00/94	Ländliches Entwicklungsprogramm	1.000.000,00
KFS	1425-00/94	Ausbildungszentrum für Kindergärtnerinnen, Mwanza	1.000.000,00
Sucher & Holzer	0794-00/93	Fleischerausbildung am Schlachthof Arusha	3.900.000,00
UNIDO	1402-00/96	Förderprogramm für Frauen in der gewerblichen Nahrungsmittelverarbeitung	7.566.480,00
GESAMT			81.698.879,78
KENIA			
ADC Austria	1170-00/91	Technisches Schulwesen in Starehe	500.000,00
Austroprojekt	1395-00/96	Landwirtschaftliche Ausbildung Kerio Valley (Phase II)	3.000.000,00
CARE Österr.	1536-00/93	Baumpflanzungen in vier Distrikten	1.200.000,00
CBM	1791-05/96	Augenmedizinische Ausbildung in Kukuyu, Kenia für Ostafrika	834.285,00
DI Harlow	1112-03/95	Trinkwasserversorgung Kitui, Monitoring Consulting	197.200,00
Dr. Krauss	1112-00/92	Trinkwasserversorgung Kitui; Detailplanung und Bauüberwach.	4.800.000,00
IIZ	1067-01/93	Maseno Community Water and Sanitation Project - Ph.III	2.000.000,00
IIZ	1442-01/93	Lower Tana Water and Sanitation Project - Ph. III	3.000.000,00
Kolpingwerk	1062-00/93	Handwerkertrainingszentrum Kilima Mbogo	3.000.000,00
ÖED	1723-10/96	MIRD - Magarini Integrated Rural Development Programme	873.165,00
ÖED	1723-18/96	Water and Sanitation Component of MIRD	956.376,00
PMC-Austria	1112-03/96	Trinkwasserversorgung Kitui, Monitoring Consultant	280.000,00
PMC-Austria	1112-04/96	Trinkwasserversorgung Kitui, Monitoring Consultant	2.500.000,00
PMC-Austria	1112-05/96	Trinkwasserversorgung Kitui: Rohrlieferungen	7.000.000,00
STP Altach	1302-03/95	Trinkwasserversorgung Nyasare	612.900,00
GESAMT			30.753.926,00

3.1.4 Südliches Afrika

3.1.4.1 MOSAMBIK

Zahlen - Daten - Fakten

Regionalbüro

Representação da Cooperação Austríaca para o Desenvolvimento

Leitung: DI Hannes Hauser

Anschrift: Avenida do Centro Comercial 262, Macuti, C.P.1847, Beira, Moçambique

Kontakt: Tel.: 002583/331 31 07, Fax: 002583/331 31 06

E-mail: coopamos@zebra.uem.mz

Liaisonbüro Maputo:

Representação da Cooperação Austríaca para o Desenvolvimento

Anschrift: Rua Fernão Lopes 186, Maputo, Moçambique

Kontakt: Tel.: 002581/149 64 70; Fax: 002581/149 64 704

E-mail: hannes@ians.uem.mz

Chronologie

Mosambik ist Fokusstaat im Rahmen des Konzepts "Afrika 2000" und Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. 1994 lagen die Schwerpunkte der österreichischen Unterstützung bei der Finanzierung von Bahnbaumaschinen und der Entsendung von Fachleuten für deren Instandhaltung sowie für die technische Ausbildung der Angestellten der "Beira Corridor Authority". Weiters liefen Wasserwirtschaftsprojekte am Rio Umbeluzi. Verschiedene Programmissionen dienten nicht zuletzt den Vorbereitungen für die Einrichtung eines Regionalbüros in Beira. Die österreichischen Exporte betrugen 1994 17,2 Mio. öS, die Importe blieben verschwindend gering.

1995 erfolgte die Konzentration auf die Schwerpunktprovinz Sofala und Projekte in den Sektoren Demokratieentwicklung, Landwirtschaft, Wasser sowie Förderung von Mikro-, Klein- und Mittelbetrieben. In der Provinz Manica wurde ein Kreditprogramm finanziert. Im April 1995 nahm eine Koordinatorin der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in Beira ihre Tätigkeiten auf.

1996 wurden die begonnenen Programme und Projekte fortgesetzt. Ende des Jahres erfolgte ein Wechsel in der Leitung des Regionalbüros. DI Hannes Hauser wurde als neuer Koordinator entsandt. In Maputo wurde ein zusätzliches Liaisonbüro der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit eingerichtet. Im Rahmen der EU ist Mosambik ein Pilotland der operationellen Koordinierung, wobei der regionalen Koordination ein besonderes Gewicht zukommt. In diesem Zusammenhang wurde Österreich im Rahmen der EU-Staaten als Fokusland für die Provinz Sofala gewählt.

Programm- und Projektarbeit 1994–96

Mosambik zählt heute zu den fünf ärmsten Ländern der Welt. Der Bürgerkrieg hat die Grundlagen des Staates und der Wirtschaft weitgehend zerstört. Die politische, wirtschaftliche und soziale Zukunft Mosambiks ist von der langfristigen Bewahrung des Friedens, nationaler Wiederversöhnung und raschen Erfolgen in der Armutsbekämpfung abhängig. Im Mittelpunkt stehen hierbei die Demobilisierung von Soldaten, die Wiedereingliederung von Demobilisierten und rückkehrenden Flüchtlingen sowie der Ausbau und das Funktionieren grundlegender, womöglich dezentraler Strukturen des Staates und der zivilen Gesellschaft, um so den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Staates gewährleisten zu können.

In der Kooperation mit Mosambik ist eine auf langfristiges Engagement angelegte, systematische Programmentwicklung prioritär, auch deshalb, um dem in dieser Ausbauphase extrem hohen Planungsbedarf Mosambiks entsprechen zu können. 1994 wurde als erste Stufe der Programmentwicklung eine aktuelle Analyse des Entwicklungsbedarfes und -potentials vor dem Hintergrund österreichischer Kooperationskapazitäten geleistet. Auf ihrer Basis wurden Manica und Sofala als Konzentrationsprovinzen sowie die Sektoren

- Demokratie und zivile Gesellschaft
- Landwirtschaft
- Kleinbetriebsförderung
- Wasserwirtschaft

Unter dem generellen Leitprinzip der

- Demokratieförderung

als Interventionsbereiche der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit festgelegt.

Mehrere Projekte der Demokratieförderung, der Stärkung und Dezentralisierung der Verwaltung sowie der Förderung der zivilen Gesellschaft wurden auf Basis dieser sektoruellen und geografischen Orientierung bereits implementiert. Das bisherige Engagement im Beira-Korridor (Eisenbahn) wurde zunächst abgeschlossen.

Zwischen Mosambik und Österreich existiert seit 1985 ein Kooperationsabkommen. Es enthält jedoch kein Indikativprogramm der Entwicklungszusammenarbeit und soll nach Abschluß der Programmerstellung um dieses ergänzt werden.

1996 lagen die Schwerpunkte in der Bezirksentwicklung (Buzi, Cheringoma) der Provinz Sofala mit den sektoruellen Schwerpunkten:

- Landwirtschaft
- Trink- und Nutzwasser
- Gewerbe
- Demokratie.

Wenngleich die Umsetzung der Landessektorprogramme Landwirtschaft und Wasser eher stetig und langsam anläuft und erst 1998 eine Beschleunigung erfahren wird ("Knackpunkt" ist hierbei u.a. das effektive Voranschreiten der Dezentralisierung relevanter staatlicher Institutionen), sollte 1997 ein bedeutender Umsetzungsschub im Landessektorprogramm Förderung von Mikro-, Klein- und Mittelbetrieben entstehen. Entscheidende Vorbereitungsschritte zur Formulierung wichtiger Vorhaben in den Bereichen Aufbau regionaler

Politikformulierungs- und Förderungsstrukturen, Holzsubsektorförderung, ländlicher Handel und (Mikro-)Kredit sowie Förderung von Frauen als Unternehmerinnen wurden im Berichtszeitraum gesetzt.

Im Leitsektor Demokratieförderung verläuft die Zusammenarbeit im Bereich zivile Gesellschaft dynamischer als im Regierungsbereich. Die Projektarbeit auf Distrikts- und Provinzverwaltungsebene geht, so wie jene auf nationaler Ebene, in welche die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit nur marginal involviert ist, sehr langsam voran. Die Themen Demokratie und Dezentralisierung sind in Mosambik wohl positiv besetzt, allerdings auch gleichzeitig so zahlreichen teilweise kontroversiellen Einschätzungen ausgesetzt, daß eine äußerst vorsichtige bis hemmende Vorgehensweise der Regierung besteht. Neue Partner der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, wie etwa die Journalistengewerkschaften, sowie verschiedene Betreiber von Gemeinschaftsradios in Sofala, konnten gewonnen werden. Für das Hauptziel, die Stärkung der zivilen Gesellschaft in Sofala, konnte schon 1995, im Rahmen von 2 Projekten, die EU-Kommission als Kofinancier österreichischer NRO gewonnen werden.

Wichtige Einzelprojekte

Neben der Reintegration von Vertriebenen standen der Aufbau von Bezirksverwaltungen und die Vorbereitung von Lokalwahlen im Vordergrund. Kleinbäuerliche Strukturen wurden im Kreditwesen und bei der Wasserversorgung unterstützt. Spezielle Maßnahmen sollen Frauen und deren Zusammenschlüssen (Kooperativen) helfen, sich im wirtschaftlichen Sektor zu etablieren.

Projektübersicht Mosambik

PROJEKT-TRÄGER	NR	PROJEKT	SUMME 1996
ADC Austria	1770-00/96	Rehabilitierung Wasserversorgung INHAMINGA	130.000,00
ADC Austria	1697-00/94	Errichtung und Betreuung des EZA-Koordinationsbüros in Beira	1.500.000,00
ARGE Zimbabwe	1785-00/96	Kulturaustausch Österreich-Simbabwe-Mosambik, SADC Music Trail	380.000,00
DI Harlow	0915-00/95	Consultacy Warenimportprogramm	500.000,00
DOKW	0899-00/87	Hochwassersystem und Speicherbewirtschaftung am Rio Umbeluzi	200.000,00
DOKW	0899-00/90	Hochwassersystem und Speicherbewirtschaftung am Rio Umbeluzi	218.237,12
ECOTEC	1695-00/96	Sofortmaßnahmen zur Stärkung der Bezirksverwaltung Búzi	1.350.000,00
ECOTEC	1798-00/96	Förderung des Landhandels - Teil 1	1.500.000,00
ECOTEC	1695-01/96	Sofortmaßnahmen zur Stärkung der Bezirksverwaltung Búzi	2.000.000,00
Nord-Süd-Institut	1735-00/95	Demokratieförderung Sektorprogramm	310.142,30
Nord-Süd-Institut	1815-00/96	Zivildienereinsatz bei österreichischen EZ A-Projekten in Mosambik	600.000,00
Nord-Süd-Institut	1726-01/96	Experteneinsatz für das EU-geförderte Projekt UNAC	750.000,00
Nord-Süd-Institut	1476-00/96	Experteneinsatz bei Radio Mosambik 1996	1.400.000,00
Nord-Süd-Institut	1707-01/96	Capacity building in der Frauenorganisation Amai a pa Banda	2.000.000,00
Nord-Süd-Institut	1802-00/96	Radio Mosambik: Stimme der Frauen	3.000.000,00
PMC-Austria	0915-00/96	Techn. Abwicklung u. Monitoring Consultancy Warenimportprogramm	1.500.000,00
PMC-Austria	1771-00/96	Wasserwirtschaftl. Rahmenvorhaben: "Institutional Support to ARA"	2.662.610,00
UNDP	1732-00/95	Entminierung Mosambik	198.975,00
UNICEF	1570-01/96	Integriertes ländliches Wasserversorgungsprojekt Sofala, Aufstockung	692.290,00
UNICEF	1834-00/96	Verhinderung von Landminenunfällen - Sofala Provinz	5.818.705,20
GESAMT			26.710.959,62

3.1.4.2 NAMIBIA und SIMBABWE

NAMIBIA

In Namibia haben sich seit 1990 zwei Sektoren der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit ergeben:

- Förderung von Kleinbetrieben durch Kleinkreditsysteme, Betriebsberatung und Ausbildung
- Unterstützungen im Rechtsbereich / Förderung der Demokratie.

Die Provinz Kavango im Norden Namibias ist Schwerpunktprovinz, jedoch konzentriert auf Kleinbetriebsförderung.

Primäre Zielsetzungen bei der Umsetzung der Sektorpolitik sind:

- Reduzierung der Arbeitslosigkeit und Armutsbekämpfung in der Region Kavango
- Verbesserung des Rechtszuganges für Frauen und Jugendliche.

SIMBABWE

Der Schlüsselsektor in der Entwicklungszusammenarbeit mit Simbabwe ist die Kleinbetriebsförderung. Damit soll der bedrohlich ansteigenden strukturellen Arbeitslosigkeit entgegengewirkt und ein Beitrag zur sozialen und ökonomischen Stabilisierung des Landes geleistet werden. Projekte mit der Zielrichtung auf Klein- und Mikrounternehmen sowie Kleinbergbau mit Wachstumspotential verbessern den Zugang zu Finanzdienstleistungen und bieten Betriebsberatung, Ausbildung sowie Organisationsentwicklung.

Der zweite Kooperationssektor ist tertiäre Bildung und umfaßt Curriculumentwicklung, Stipendien sowie Beziehungen zwischen der University of Zimbabwe und österreichischen Universitäten.

Primäre Zielsetzungen der Sektorpolitik sind:

- Reduzierung der Arbeitslosigkeit und Armutsbekämpfung
- Entwicklung durch Bildung.

3.1.4.3 REPUBLIK SÜDAFRIKA

Demokratieförderung ist die Programmriorität bei der Zusammenarbeit mit der Republik Südafrika (RSA). Im südafrikanischen Kontext bedeutet Demokratieförderung vor allem Unterstützung bei der Umgestaltung eines repressiven Staates in ein politisches und administratives System, das der bisher ausgeschlossenen Bevölkerungsmehrheit die Teilnahme und die Mitsprache an politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen ermöglicht.

Da die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Republik Südafrika auf die gesamte Region Südliches Afrika weitreichende Auswirkungen hat, wurden seit Jahren (Beginn 1993) durch ein befristetes regionales Sonderprogramm im Rahmen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit Maßnahmen in den Bereichen Demokratieförderung und Aufbau der zivilen Gesellschaft finanziert.

Primäre Zielsetzungen der Sektorpolitik sind:

- Stärkung der lokalen Verwaltung,
- Ermöglichung des Zugang zum Recht,
- Förderung der Teilnahme von Frauen an kommunalpolitischen Strukturen.

Projektübersicht

PROJEKT- TRÄGER	NR	PROJEKT	SUMME 1996
SIMBABWE			
ADC Austria	1816-00/96	Technische Ausbildung ländlicher Handwerker in Simbabwe	1.000.000,00
ADC Austria	1150-00/92	Förderungsprogramm für Chromitkleinbergbauunternehmen	3.000.000,00
CARE Österreich	1723-09/96	Women Finance Trust, Institutionsaufbau	900.000,00
CARE Österreich	1793-00/96	Institutionelle Stärkung: Women's Enterprise Development Trust	1.895.862,00
Nord-Süd-Institut	1723-13/95	Unterstützung der Gewerkschaftszeitung "The Worker"	336.216,00
Nord-Süd-Institut	1423-00/96	Förderzentrum für landwirtschaftl. u.gewerbliche Selbstinitiativen	1.800.000,00
ÖED	1574-00/93	BESA - Kleingewerbeentwicklung	1.873.000,00
GESAMT			10.805.078,00
NAMIBIA			
CARE Österreich	1575-00/93	Gewerbeentwicklung: Trainingsprogramm KAVANGO	1.000.000,00
CARE Österreich	1421-00/93	Kleinkreditprogramm Kavango	2.307.071,50
IIIZ	1248-00/96	Betreuung und Ausbildung jugendlicher Strafgefangener	1.700.000,00
Nord-Süd-Institut	1776-00/96	Juvenile Justice - Reform des Jugendstrafvollzuges	4.064.974,00
UNIDO	1750-00/95	National Africa Leather and Footwear Industry Scheme (NAFLIS)	265.448,27
GESAMT			9.337.493,77
REP.SÜDAFRIKA			
KFS	1260-00/91	CEAP-Stipendienprogramm	58.531,34
KFS	1260-00/93	CEAP-Stipendienprogramm	78.750,00
KFS	1260-02/96	Unterstützung des CEAP-Stipendienprogramms in Südafrika	500.000,00
KFS	1304-00/93	Para Legal Training Programme; Ausbildung von Rechtsberatern	1.400.000,00
Nord-Süd-Institut	1444-01/94	Local Government Transformation and Development	1.000.000,00
Nord-Süd-Institut	1829-00/96	Förderung von sozialen, politischen und wirtschaftlichen Grundrechten	4.400.000,00
Rettet das Kind	1791-06/96	Kofinanzierung Sizanani-Landwirtschaft	300.000,00
Truth&Rec.Comm.	1826-00/96	Beitrag zur Truth and Reconciliation Commission	1.500.075,00
GESAMT			9.237.356,34

3.1.5 Himalaja-Hindukusch

3.1.5.1 BHUTAN

Zahlen – Daten – Fakten

Regionalbüro

Austrian Development Cooperation - Austrian Coordination Bureau (ACB)

Leitung: DI Vladimir Stehlik

Anschrift: P.O.Box 307, Thimphu, Bhutan

Kontakt: Tel.: 00975/22 44 95, Fax: 00975/22 44 96

Chronologie

Bhutan ist das einzige in Asien gelegene Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Österreich unterstützt Bhutan beim Bau von Wasserkraftwerken, bei der Entwicklung seiner Forstwirtschaft und im Bereich des Tourismus. Im Sommer 1994 eröffnete Österreich in Thimphu ein Koordinationsbüro für Entwicklungszusammenarbeit. Der Außenminister von Bhutan, Dawa Tsering, besuchte Österreich von 4.bis 7.Dezember 1994 und führte Gespräche mit Vizekanzler Dr. Erhard Busek, Staatssekretärin Mag. Brigitte Ederer und dem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Wolfgang Schallenberg. Der bilaterale Handelsverkehr blieb 1994 gering. Drei Stipendien wurden an Bewerber aus Bhutan vergeben.

Der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Wolfgang Schallenberg, stattete Bhutan von 2. bis 5.Jänner 1995 einen offiziellen Besuch ab. Außenminister Dawa Tsering besuchte von 30. Oktober bis 2. November 1995 ein weiteres Mal Österreich. Die Projekt- und Programmarbeit wurde fortgesetzt und um den Bereich Denkmalschutz erweitert. Fünf Stipendien wurden an Kandidaten aus Bhutan vergeben.

Das mit österreichischer Hilfe in Rangjung (Ostbhutan) errichtete Kleinkraftwerk wurde am 22. April 1996 offiziell eröffnet. Die Unterstützung in den Schwerpunktbereichen lief auch 1996 weiter. Außenminister Dawa Tsering stattete von 6.bis 8.November Österreich einen offiziellen Besuch ab. Die Zahl der Stipendiaten blieb gleich.

Programm- und Projektarbeit 1994 – 96

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit konzentrierte sich im Berichtszeitraum auf folgende Sektoren:

- Nutzung der Wasserkraft
- Forstwesen
- Wahrung des kulturellen Erbes
- Tourismus.

Nutzung der Wasserkraft

Hier gilt die österreichische Unterstützung vor allem dem Bau von Kleinwasserkraftwerken, von denen eines bereits 1996 seiner Bestimmung übergeben wurde (Rangjung/Ostbhutan). Ein weiteres, in Zentralbhutan gelegenes Kraftwerk, wurde nun ebenfalls mit österreichischer Hilfe in Angriff genommen (erwartete Leistung nach der zweiten Ausbaustufe: 62 MW). Prinzipiell verfolgt die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit in diesem Bereich das Ziel, die bhutanischen Stellen bei ihrer Eigeninitiative zu unterstützen. Für Capacity and institution building wurden 4 Personen aus Bhutan in Österreich zu Kraftwerkstechnikern ausgebildet (in der Lehrwerkstatt der DOKW in Ybbs).

Forstwesen

Kernpunkt ist dabei ein integriertes Forst-Management-Projekt, das helfen soll, den bestehenden (in 3000- 4500 Meter Höhe gelegenen, urwaldähnlichen) Tannengürtel ökonomisch tragfähig zu nutzen, bei dem gleichzeitigen Versuch, ökologische Kriterien streng einzuhalten (umweltschonende Schlägerungstechnologie).

Wahrung des kulturellen Erbes

2 Projekte stehen hierbei im Mittelpunkt:

- Denkmalschutz: Stabilisierung und Rehabilitierung des größten Wehrklosters
- Ausstellungsaktivitäten (große Bhutan-Ausstellung in Österreich)

Tourismus

Bekanntestes Projekt dieses Sektorschwerpunktes ist die Ausbildung von Trekkingführern in Österreich und Bhutan sowie die damit verbundene Kartierung von Trekkingrouten. Generell unterstützt Österreich den bhutanischen "Masterplan" für Tourismus, der unter dem Motto "low quantity - high quality" steht.

Projektübersicht Bhutan

PROJEKTTRÄGER	NR	PROJEKT	SUMME 1996
ABB	1360-05/94	Wasserkraftwerk RANG JUNG; Lieferung d. elektrischen Ausrüstung	1.032.640,00
ABB	1360-51/94	Wasserkraftwerk RANG JUNG; Lieferung d. elektrischen Ausrüstung	1.042.000,00
ADC Austria	1111-00/93	Integrated Forest Management Project Thrum singla (Phase II)	2.890.000,00
ADC Austria	1111-01/94	Integrated Forest Management Project Thrum singla	6.000.000,00
Austropunkt	1627-00/94	Entsendung eines österr. Koordinators für Entwicklungszusammenarbeit	2.278.000,00
Bhutan Finance Min.	1360-02/93	Wasserkraftwerk RANG JUNG	3.001.488,00
Bhutan Finance Min.	1360-02/96	Wasserkraftwerk RANG JUNG; Sanierung eines Rutschhangs	3.000.075,00
Fa. GEPPERT	1360-41/94	Wasserkraftwerk RANG JUNG; Lieferung d. mechanischen Ausrüstung	500.000,00
Fa. GEPPERT	1360-04/94	Wasserkraftwerk RANG JUNG; Lieferung d. mechanischen Ausrüstung	1.090.000,00
ÖJAB	1531-00/93	Lehrlingsausbildung für Kraftwerke	1.000.000,00
TB Bernard	1360-03/93	Wasserkraftwerk RANG JUNG; Bauberatung	200.000,00
TB Bernard	1360-00/92	Wasserkraftwerk RANG JUNG; Projektsteuerung u. Bauüberwachung	400.000,00
TB Bernard	1360-06/94	Wasserkraftwerk RANG JUNG; Bauüberwachung; Leistungserhöhung	1.000.000,00
TB Bernard	1360-03/96	Wasserkraftwerk RANG JUNG; Sanierung eines Rutschhangs	2.000.000,00
TB Bernard	1113-01/93	Wasserkraftwerk BASO CHU; Detailplanung	2.000.000,00
TB Falch	1665-00/94	Sanierung des Tongsa-Dzong (Konzepterstellung)	14.760,00
TB Falch	1665-00/95	Sanierung des Tongsa Dzong und Bewahrung des kulturellen Erbes	500.000,00
TB Falch	1091-01/94	Ausbildungsprogramm für Trekking Guides und Bergführer	1.750.000,00
TB Falch	1665-00/96	Sanierung des Trongsa Dzong	3.000.000,00
TB Weidel	1113-02/96	Kraftwerk BASO CHU - Verlängerung der technischen Assistenz	1.300.000,00
TB Weidel	1113-02/94	Kraftwerk BASO CHU - Bauvorbereitende Maßnahmen	2.200.000,00
TB Weidel	1807-00/96	Technische Assistenz für PWD-Werkstätte	4.000.000,00
Univ. Innsbruck	1591-00/93	Einführung endoskopischer Operationstechniken	16.318,49
Völkerk.museum	1797-00/96	Bhutan-Ausstellung im Museum für Völkerkunde	1.500.000,00
GESAMT			41.715.281,49

3.1.5.2 NEPAL und PAKISTAN

NEPAL

Sektorielle Schwerpunkte in diesem Kooperationsland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit sind:

- Energie
- Tourismus
- Ländliche Entwicklung.

Daneben stehen die Erhaltung von Kulturgütern und die Bewahrung der ökologischen Vielfalt in der Region (vor allem in den Nationalparks) im Mittelpunkt der Bemühungen. Weiters stellt die Erhaltung und Weiterentwicklung der lokalen Medizin (sowohl hinsichtlich der Weitergabe der Erfahrungen als auch der Erhaltung der meist pflanzlichen Rohstoffe) ein ausbauwürdiges EZA-Programm dar.

Energie

Hilfe beim Bau eines Kleinwasserkraftwerks in einem Gebirgstal, Ausarbeitung eines Managementplans. Ein solches Kleinwasserkraftwerk wurde Ende 1995 in Anwesenheit des Generalsekretärs für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Wolfgang Schallenberg, feierlich eröffnet.

Tourismus

Zentral sind hierbei die Bemühungen um einen „sanften“ und umweltverträglichen Tourismus und eine entsprechende Ausbildung (analog zu Bhutan) von Bergführern.

Förderung ländlicher Entwicklung

Hauptanliegen des österreichischen Engagements in diesem Sektor sind eine beginnende Diversifizierung und Verbesserung bei Produktion und Vermarktung sowie eine Verbesserung der Schulbildung der betroffenen Bevölkerung.

Wichtige Einzelprojekte

Das wohl bekannteste Projekt innerhalb des österreichischen Engagements (das sich auch in den Medien steter Präsenz erfreute) ist die Restaurierung des Königspalastes in Patan mit Errichtung eines Museums, die Ende 1996 mehr oder weniger abgeschlossen wurde und Nepal bei seinen Bemühungen zur Wahrung des kulturellen Erbes unterstützen sollte.

PAKISTAN

Kernstück des österreichischen Engagements der vergangenen Jahre bildeten im wesentlichen zwei Bereiche:

- ein Flüchtlingsprogramm
- ein Regionalentwicklungsprogramm.

Flüchtlingsprogramm

Die Unterstützung dieses Programms diente in erster Linie dem Aufbau und der Organisation von Gesundheitsdiensten in den Lagern und der Etablierung einer damit betrauten pakistanischen NRO, die diesen Bereich in Folge nun selbstständig betreuen soll. Das Programm insgesamt ist österreichischerseits im Auslaufen begriffen.

Regionalentwicklungsprogramm

Das Programm umfaßt Tätigkeiten in den Bereichen

- Tourismus
- Wiederaufforstung.

Das Tourismusprojekt sah ursprünglich nur den Bau eines Wintersportzentrums in NW-Pakistan vor (finanziert durch Geschenke und Kredite), wurde aber im Lauf der Jahre adaptiert und die Bemühungen mehr in die Errichtung eines Tourismusausbildungszentrums gelenkt. Weiters läuft ein erfolgreiches Programm für Regionalentwicklung / Einkommensschaffung.

Das Wiederaufforstungsprojekt ist eine gemeinsame Aktivität von Italien (Region Südtirol) und Österreich, wobei die Finanzierung von italienischer Seite erfolgt, Österreich nur die technische Begleitung garantiert.

Projektübersicht

PROJEKT-TRÄGER	NR	PROJEKT	SUMME 1996
NEPAL			
Austroprojekt	1469-00/93	Förderung der Imkerei	2.260.000,00
Fiegel & Spielberger	1326-01/95	NAMCHE BAZAR, Baumaßnahmen	65.000,00
ICIMOD	1219-00/93	ICIMOD - Intern. Center for integrated Mountain Development	2.800.075,00
IIZ	06C7-OC/96	Restaurierung d.Königspalastes/Einrichtung integrierter Museumskomplex	2.575.000,00
KFS	1723-03/96	Integrale Entwicklung für Frauen in den Bezirken Kaski und Morang	879.880,00
Öko-Himal	0908-01/95	Kleinwasserkraftwerk Namche Bazar, begleitende Experteneinsätze	500.000,00
Öko-Himal	1806-00/96	Dorfentwicklung Thametal	1.500.000,00
Öko-Himal	1805-00/96	Förderung von Kleinbauern im Arunatal	2.500.000,00
Öko-Himal	1464-00/93	Sozioökonomische Entwicklung Makalu-Nationalpark	3.000.000,00
Öko-Himal	0908-01/96	Kleinwasserkraftwerk Namche Bazar - Managementberatung	3.500.000,00
GESAMT			19.579.955,00
PAKISTAN			
TB Falch	1016-00/88	Ausstattung SAIDO-Hospital	67.937,03
TB Falch	1784-00/96	Wiederaufforstung und Erosionsbekämpfung im Malam Jabba Resort	1.200.000,00
TB Falch	1290-01/94	Tourismusfachschule SWAT, Beauftragung des "Engineer"	2.000.000,00
GESAMT			3.267.937,03

3.1.6 Westsahara, Palästina, Kambodscha, Vietnam

WESTSAHARA

Nach den Verzögerungen des für die politische Zukunft der Westsahara entscheidenden Referendums unter UN-Aufsicht bleibt die Lage der in den Lagern in der Wüste lebenden sahaurischen Bevölkerung äußerst schwierig. Österreichische Hilfe hat humanitären Charakter und wird wie in der Vergangenheit einerseits der Erhaltung einer minimalen kommunalen Infrastruktur in den Zeltlagern (Energie- und Wasserversorgung, Zelte, Hygiene), andererseits Projekten der Basiserziehung (Kindergarten, Primarschulwesen) gewidmet.

1994 erging der Arbeitsauftrag an eine österreichische NRO zur Erstellung eines 3-Jahres-Programms für die Jahre 1995–97. Dieses wurde im Juni 1995 unterzeichnet und beläuft sich auf ca. 30 Mio. öS an Budgetmitteln. Im Dezember 1994 war ihm eine Fact-Finding-Mission zweier österreichischer Expertinnen vorausgegangen, die eine Neugestaltung des 3-Jahres-Programms aufgrund der vorgefundenen Situation ausarbeiten sollten.

Inhaltliche Schwerpunkte des österreichischen Engagements sind:

- Technische Infrastruktur
- Capacity building
- Bildung

Technische Infrastruktur

Bei der Wasserversorgung (Tankwagen, Wasserpumpen) soll der Ankauf von Ersatzteilen bzw. der Ersatz bestehender Einrichtungen ermöglicht werden. Darüber hinaus wurden Generatoren für die Stromerzeugung (in Krankenhäusern und Internatsschulen) geliefert und Bäckereien in den Lagern unterstützt.

Capacity building

Es wurden Erhebungen für den Schulungsbedarf in der Verwaltung und im technischen Bereich sowie für den Fortbildungsbedarf von Lehrern durchgeführt. Workshops und Studien sollen diese Maßnahmen unterstützend begleiten.

Bildung

Neben dem bereits seit Ende der achtziger Jahre laufenden Projekt der Ausbildung von Kindergärtnerinnen in Österreich wurde das bestehende Schulbuchprojekt auf den Sekundarschulbereich ausgeweitet. Daneben bilden die Renovierung der drei von Österreich erbaute Schulen sowie der Bau und die Ausstattung von Schuleinrichtungen generell Schwerpunkte innerhalb dieses Sektors.

PALÄSTINA

Im Rahmen eines Aide-mémoire aus dem Jahre 1994 hat die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit ihre Bereitschaft zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung im Zuge des Nahost-Friedensprozesses dargelegt. Die anlässlich der Geberkonferenz von Washington (Oktober 1993) zugesagten Mittel von insgesamt rund 200 Mio. öS, die sich aus 40 Mio. öS zum damaligen Zeitpunkt offenen Verpflichtungen und insgesamt 160 Mio. öS zusätzlichen Mitteln für den Zeitraum von fünf Jahren zusammensetzten, werden zur Finanzierung von Vorhaben in den Sektoren

- Gesundheitswesen/Wasser
- Landwirtschaft
- Berufsbildung

verwendet.

Bei einem Treffen zwischen Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky und Präsident Yassir Arafat anlässlich der Konferenz der Mittelmeeranrainer- und nordafrikanischen Staaten (MENA) in Casablanca im November 1994 wurde österreichischerseits eine substantielle Erhöhung der Förderungsmittel (100 Mio. öS) zugesagt, um damit ein Vorhaben des sozialen Wohnbaus zu verwirklichen. Im Herbst 1996 reiste der Leiter der Sektion Entwicklungszusammenarbeit, Dr. Georg Lennkh, zusammen mit Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky nach Palästina, um mit der mittlerweilen formell etablierten Palestine National Authority das Programm der Zusammenarbeit in einem Rahmenabkommen festzuschreiben.

Gesundheitswesen/Wasser

- Finanzierung der laufenden Kosten für eine große NRO im Bereich Gesundheitsdienste für die nächsten 3 Jahre
- Rehabilitierung von Opfern der Intifada (Behinderte)
- Im Rahmen eines Basisgesundheitsprogrammes für Ostjerusalem Errichtung einer Tagesklinik (Polyklinik)
- Errichtung von drei Trinkwasseraufbereitungsanlagen (inkl. Verteilung und Entsorgung von Rückständen)

Landwirtschaft

Österreich ist eines der wenigen Geberländer, das im Sektor Landwirtschaft und ländliche Entwicklung in den palästinensischen Gebieten aktiv geblieben ist. Schwerpunkte der Aktivitäten im Berichtszeitraum waren

- Lagerhaltung, Kühlung, Sortierung, Marketing (u.a. Adaptierung einer Lagerhalle und Einrichtung einer Sortieranlage)
- Einrichtung einer Ausbildungsabteilung bei der Dachorganisation landwirtschaftlicher Genossenschaften
- spezifische Unterstützung von einkommensschaffenden Programmen für Frauen

Berufsbildung

Abgeschlossen wurde ein Ausbildungsprogramm für Servicetechniker in Österreich. In Zukunft soll das Berufsbildungssystem in Palästina selbst gefördert werden. Zu diesem Zweck wurde von Experten eine erste Bestandsaufnahme erstellt, was es überhaupt an entsprechenden Einrichtungen in den palästinensischen Gebieten gibt. Darüber hinaus wird ein effizienter "Institution-building"-Prozeß in Palästina in Gang gesetzt. Österreich engagiert sich bei der Rehabilitierung von zwei bestehenden Ausbildungszentren für Berufsbildung, wobei neue Ausbildungsfächer eingeführt und vor allem Frauen bei der Aufnahme berücksichtigt werden sollen. Von Seiten des Wirtschaftsförderungsinstitutes/WIFI gibt es die Bereitschaft zur Errichtung eines Berufsbildungszentrums im Gaza-Streifen (analog den WIFIs in Österreich). In Kooperation mit dem palästinensischen Arbeitsministerium wurde hierzu eine Feasibility-Studie erstellt.

Wichtige Einzelprojekte

Österreich finanzierte die Erstellung einer Umweltdatenbank für die Westbank, die u.a. die Möglichkeit einer regionalen Kooperation Palästinas in Umweltfragen mit den Nachbarländern eröffnen soll. Die vom Applied Research Institute Jerusalem erstellten Daten werden u.a. im Rahmen eines EU-Projektes zur besseren Nutzung des Jordanwassers effizient eingesetzt werden.

KAMBODSCHA

Ein Beitrag zur Rehabilitierung des Wasserkraftwerkes Kirirom wurde 1990 zugesagt und im Berichtszeitraum schrittweise in Angriff genommen. Dazu zählen die Ausbildung von 4 Kraftwerkstechnikern in Österreich (in der Lehrwerkstatt der DOKW in Ybbs) sowie Planungsstudien. Finanzierung und Bau werden von einem internationalen Konsortium übernommen.

VIETNAM

Kurz vor Umsetzung der geografischen Konzentration auf 19 Länder im Jahr 1993 wurde von Österreich zugesagt, Vietnam bei der Wiederinstandsetzung von Traktoren, die in den frühen 80er Jahren aus Österreich geliefert worden waren, zu unterstützen. Die erste Phase dieses Programms, welche im wesentlichen aus der Lieferung und der lokalen Produktion von Ersatzteilen, Beratungsleistungen und vor allem Ausbildungsmaßnahmen bestand, wurde abgeschlossen.

Projektübersicht

PROJEKT- TRÄGER	NR	PROJEKT	SUMME 1996
WESTSAHARA			
ADC Austria	1434-00/92	Ersatzteile-Notfonds (Polisario)	250.000,00
Nord-Süd-Institut	1690-02/96	Flüchtlingslager Polisario: Bildung und Infrastruktur	6.242.400,00
ÖJAB	1220-00/94	Ausbildung von Kindergärtnerinnen (Fortsetzung)	200.000,00
GESAMT			6.692.400,00
PALÄSTINA			
GÖAB	0910-00/92	Ausbildung von Servicetechnikern	900.000,00
GÖAB	1686-00/95	Basisgesundheitsprogr.d.Union of Palestinian Medical Relief Committees	4.500.000,00
IBRD	1848-00/96	Beitrag zum Johan Jorgen Holst Peace Fund	9.000.000,00
GESAMT			14.400.000,00
KAMBODSCHA			
DOKW	1328-02/94	Wasserkraftwerk Kirirom, Schadensfeststellung	460.000,00
ÖJAB	1531-00/94	Lehrlingsausbildung für Kraftwerker	400.000,00
GESAMT			860.000,00
VIETNAM			
Austroprojekt	1394-00/93	Reparatur von Steyr-Reistraktoren	1.091.600,00
Austroprojekt	1394-00/96	Mechanisierung des Reisanbaus auf gemeinschaftlicher Basis	2.000.000,00
GESAMT			3.091.600,00

3.1.7 Nationalinitiative Wald - 3.Welt

1992 fand in Rio de Janeiro die erste internationale „Konferenz für Umwelt und Entwicklung - UNCED“ statt. Die damals zentralen Themen wie globaler Umweltschutz, der Wert der Biodiversität sowie die Bedeutung des (Regen-)Waldes und der Schutz der indigenen Völker führte zu einer Vielzahl internationaler Initiativen und Maßnahmen. Die von der österreichischen Bundesregierung in diesem Rahmen beschlossene „Nationalinitiative Wald - Dritte Welt“ hatte ein finanzielles Gesamtvolumen von 200 Millionen Schilling, mit denen in den letzten Jahren über dreißig verschiedene Projekte in Lateinamerika sowie Teilen Afrikas und Südostasiens umgesetzt werden konnten.

Bereits einige Zeit vor der UNCED hatte es im österreichischen Nationalrat das Bemühen gegeben, das Problem der zunehmenden Zerstörung der tropischen (Regen-)Wälder zu thematisieren und in diesem Bereich verstärkte Initiativen zu setzen. Damit war eine der wesentlichen politischen Voraussetzungen zum Start dieser Initiative gegeben. Dabei ging es um den Wald als riesigen Kohlenstoffspeicher, als Puffer für das mittelfristige Klima und das globale Wettergeschehen sowie als riesigen und vielfältigen biologischen wie kulturellen Lebensraum. Die zentralen Themen von Rio, wie Biodiversität, globaler Umweltschutz, die teilweise katastrophale Umweltsituation in den Entwicklungsländern und das Prinzip der „nachhaltigen Entwicklung“ (sustainable development) lieferten eine zusätzliche politische Basis für die Ende 1992 gestartete Initiative. Dabei wurde versucht, die Prinzipien von Rio mit den bisherigen Überlegungen zu verbinden, wodurch sich innerhalb des Programmes ein deutliches Segment für die Erhaltung des primären Waldes herausgebildet hat. Damit kam es zu der naheliegenden Konzentration auf den tropischen Regenwald Amazoniens, aber auch auf ähnliche Gebiete in Afrika und Asien.

Das zentrale Ziel: Erhaltung der „Lebenswelt Regenwald“

Unter den tropischen Waldgebieten ist gerade Amazonien das größte zusammenhängende Waldgebiet mit der weltweit bedeutendsten Artenvielfalt, in dem über 380 Völker (ca. 1 Million Menschen) leben. Insgesamt leben in diesem Gebiet, das rund 7 Millionen km² umfaßt und an dem neben Brasilien noch acht andere Staaten Anteil haben, rund 22 Millionen Menschen. Amazonien trägt - trotz der mittlerweile riesigen Verluste an ursprünglicher Waldfläche - 2/3 des globalen tropischen Waldbestandes und des darin vorkommenden Artenreichtums und birgt rund ein Fünftel der globalen Süßwasserreserven. Allein von der geschlossenen Größe her, ist Amazonien das Gebiet mit dem größten Einfluß auf Klima und Wetterdynamik im globalen Maßstab. Der Wald ist gleichzeitig Ort einer immensen biologischen Vielfalt und Heimat unterschiedlichster Kulturen, der durch äußere Einflüsse in den letzten Jahrzehnten extrem gefährdet wurde. So wurden beispielsweise allein im brasilianischen Amazonasgebiet mindestens 12% der Waldfläche (400.000 km²) zerstört. Das zentrale Ziel der Bemühungen in Rahmen dieser Initiative war und ist daher die Erhaltung bzw. der Schutz dieses „Lebensraumes“ (Regen-)Wald.

Der Mensch im Mittelpunkt

Entwicklungs-Zusammenarbeit ist nur gemeinsam mit den jeweils betroffenen Menschen möglich. Mit diesen Bemühungen untrennbar verbunden war und ist daher die Förderung

der im Regenwald lebenden Menschen - im konkreten vor allem der indigenen Völker. Der Ansatzpunkt dazu ist - neben völker- und menschenrechtlichen Aspekten - der Gedanke, daß nur durch eine Wiederherstellung bzw. Sicherung der Einheit zwischen Mensch und Wald dieser Lebensraum nachhaltig geschützt werden kann - und damit auch der Bestand des primären Regenwaldes.

Aus diesem Grund lag ein Schwerpunkt der im Rahmen der Initiative gesetzten Maßnahmen in der Förderung und Sicherung der Lebensgrundlagen der indigenen Völker, die mittelfristig als Garant für den Bestand des Regenwaldes zu sehen sind.

Die Umsetzung im Überblick

Die mehr als 30 Projekte, die im Rahmen der Nationalinitiative Wald - Dritte Welt in Kooperation mit verschiedenen österreichischen Projekträgern sowie Partnerorganisationen vor Ort umgesetzt bzw. konzipiert wurden, konzentrierten sich im wesentlichen auf folgende Bereiche:

Erhalt des primären, ursprünglichen Regenwaldes durch Landsicherung und Förderung der Lebensbedingungen der ansässigen Bevölkerung

Etwa ein Drittel des Gesamtbudgets ist für diesen Bereich aufgewendet worden, dessen konkrete Umsetzung vor allem im Rahmen klassischer Demarkation und Landsicherung (Grenzziehung und rechtliche Anerkennung der Territorien indigener Völker), aber auch in Form begleitender Maßnahmen für die dort ansässige indianische Bevölkerung erfolgte. Diese Maßnahmen der rechtlichen Absicherung (Rechtsdurchsetzung auf Basis gesicherter rechtlicher Mindeststandards) ermöglichen der Bevölkerung eine gesicherte Existenz und bremsen die damit verbundene Gefahr der Abwanderung aus den Waldgebieten.

Beispiele für erfolgreiche Projekte der Demarkation sind etwa die Sicherung der Lebensräume der Ticuna und der Araweté (siehe „Themenheft Regenwald“). Oft ging es neben den Demarkationsaktivitäten auch um Begleitmaßnahmen zur Verbesserung bzw. Wiederherstellung tragbarer Lebensbedingungen der indigenen Bevölkerung (bspw. Unterstützung beim Aufbau von Kommunikationsstrukturen, Rechtshilfe, Erschließung angepaßter Einkommensquellen oder die Förderung von Strukturen zur Selbstorganisation).

Durch diese Maßnahmen ist es u.a. gelungen, für ein Gebiet von mehr als der vierfachen Größe Österreichs sehr gute Voraussetzungen für einen dauerhaften Erhalt des Waldes (als Einheit von Biotop und menschlichem Siedlungsraum) zu schaffen.

Ökologische Rehabilitation von Wald- und Baumstandorten:

Für diesen Bereich (Wiederaufforstung, Ausbildungsaktivitäten, alternative Waldnutzung u.Ä.) wurde ebenso ca. ein Drittel der Budgetsumme aufgewendet.

Förderung und Nutzung von Nicht-Holz-Waldprodukten:

Dieser Bereich umfaßte rund 15% des Gesamtbudgets. Ein beispielhaftes Projekt dafür ist etwa der Versuch, in einem brasilianischen Nationalpark den dort lebenden (nicht-indianischen) Siedlerfamilien durch eine nachhaltige Waldnutzung (im besonderen durch Nicht-Holz-Produkte wie etwa Naturfasern, Öle und Nüsse) neue Einkommensmöglichkeiten zu erschließen.

Weitere Programme in den Bereichen Agroforstwirtschaft, Ökotourismus, u.a.: Rund 5% der Budgetsumme wurde für kleinere Projekte in den Bereichen der traditionellen Agrarforstwirtschaft, der Forstwirtschaft sowie für den Bereich des Ökotourismus verwendet.

Eine oft gestellte Frage ist die, warum sich nicht ein größerer Anteil des Programmes mit technisierter Holzwirtschaft befaßt, ein unbestritten äußerst wichtiger Bereich. Es gibt bereits sehr viele Flächen stark veränderten tropischen Waldes außerhalb indigener Gebiete, in denen eine derartige Forstwirtschaft versucht werden könnte. Dazu bedarf es aber einer umfassenden Feldforschung, die den zur Verfügung stehenden finanziellen Rahmen sprengen würde. Ein kleiner Beitrag der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit besteht aber in der Förderung des „Forest Stewardship Council“, einer Organisation, die sich global für eine sozialverträgliche und nachhaltige Nutzung der Waldressourcen einsetzt. Dieser bemüht sich weltweit darum, ein ökologisches Gütesiegel im Holzhandel einzuführen und kann bereits erste Erfolge aufweisen.

Es ist ermutigend, daß die Überlegungen zur Einheit von Wald und Mensch und damit eine Konzentration auf die Förderung der indigenen Völker auch von anderen Geberländern sowie der EU angestellt werden. Fast alle diese Projekte in Amazonien werden inzwischen auch von anderen Geberländern unterstützt und fortgesetzt.

Auch ist zu erwähnen, daß neben den Projekten in Amazonien bzw. Mittelamerika eine Reihe sehr erfolgreicher Projekte in Afrika (z.B. Green Belt Movement in Kenia) und Südostasien umgesetzt wurden.

Projektübersicht „Nationalinitiative Wald - 3.Welt“

Brasilien	Heilmittel Belem	IIZ	3,75 Mio. öS
Brasilien	Nicht-Holz-Waldprodukte Xapuri	WU-Wien	8,55 Mio. öS
Brasilien	Demarkation Ticuna	VIDC	6,61 Mio. öS
Brasilien	Film über die Ticuna-Demarkation	VIDC	0,76 Mio. öS
Brasilien	Indianisches Forschungszentrum	Global 2000	8,63 Mio. öS
Brasilien	Demarkation Arawete	VIDC	2,65 Mio. öS
Brasilien	Klimabündnis am Rio Negro	IIZ	14,68 Mio. öS
Brasilien	Ökotourismus Silves	WWF	5 Mio. öS
Brasilien	Nicht-Holz-Waldprodukte am Rio Negro	WWF	3,79 Mio. öS
Kolumbien	Alternative Entwicklung am Amazonastiefland	Global 2000	22,43 Mio. öS
Kolumbien	Indigenes Forstprojekt im Amazonastiefland	ITTO	1,8 Mio. öS
Panama	Rechtshilfe Kuna	VIDC	2 Mio. öS
Panama	Demarkation Kuna Yala	VIDC	4,9 Mio. öS
Panama	Demarkation Embera	VIDC	6,4 Mio. öS
Guatemala	Biosphäre für die Itzá-Maya	IIZ	3,24 Mio. öS
Guatemala	Neusiedlungszone Petén	IIZ	2 Mio. öS
Costa Rica	Ökotourismus La Gamba	VRDÖ	5,6 Mio. öS
Costa Rica	Gemeindeprojekt Turrubares	WWF	4,9 Mio. öS
Nicaragua	Forstprojekt Tuapi	adc	4,6 Mio. öS
Nicaragua	Finca Esperanza Verde	Austuprojekt	6,2 Mio. öS
Kenia	Greenbelt Movement	Care	9,9 Mio. öS
Tansania/Sansibar	Schutz des Jozani Forest	Care	7,95 Mio. öS
Senegal	Ökologische Dorfentwicklung	EWA	14,2 Mio. öS
Burkina Faso	Ökologische Dorfentwicklung	EWA	15 Mio. öS
Kamerun	Pygmäen Selbsthilfe	Austuprojekt	9,5 Mio. öS
Laos	Forschungszentrum für Forstnebenprodukte	Care	6,5 Mio. öS
Philippinen	Rechte indigener Völker, Palawan	VIDC	4,3 Mio. öS
Indonesien	Agroforstwirtschaft in Gemeinden	Care	4,9 Mio. öS
Papua Neug.	Forstwirtschaft in Gemeinden	ÖED	5,16 Mio. öS
Global	Ökolabel für Holzprodukte	WWF	10 Mio. öS

3.2 Entwicklungszusammenarbeit in der EU und multilateral

Die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit ist integraler Bestandteil des österreichischen Konzepts der Entwicklungszusammenarbeit. Internationale Organisationen sind wichtige Plattformen des Dialogs zwischen Geber- und Empfängerländern. Weiters bieten sie allen Mitgliedsländern die Möglichkeit, längerfristige Konzepte der internationalen Entwicklungszusammenarbeit mitzustalten. Gestützt auf die Expertise eigener bilateraler Erfahrungen arbeitete Österreich aktiv in den Fonds, Programmen, Ausschüssen und Organisationen der Vereinten Nationen, der OECD, der multinationalen Finanzinstitutionen und der Europäischen Union mit. Ziel dieser Mitarbeit war es, einerseits die österreichischen Konzepte der Entwicklungszusammenarbeit in die internationale Diskussion und Programmplanung einzubringen sowie Partner mit ähnlichen Programmzielen auszumachen und andererseits die Umsetzung der propagierten Programme und damit die ordnungsgemäße Verwendung der österreichischen Mitgliedsbeiträge aktiv zu verfolgen.

3.2.1 Europäische Union

Politikrahmen

Die EU ist derzeit mit Nettozahlungen von etwa 5 Mrd. US \$ der fünftgrößte Geber von EZA-Leistungen im DAC der OECD. 98% der Hilfe waren Zuschüsse (“grants”), 45% – der Europäische Entwicklungsfonds – gingen an die 70 AKP-Staaten (seit April 1997 71 Staaten durch den Beitritt der Rep. Südafrika). 55% wurden aus dem EU-Haushalt bezahlt und stehen zu etwa einem Drittel für Nahrungsmittelhilfe, für humanitäre Hilfe und Demokratiestärkung sowie für Projekte im asiatischen, lateinamerikanischen und im Mittelmeerraum zur Verfügung. Auch die Leistungen an zentral- und osteuropäische Länder fallen unter dieses EU-Budgetkapitel.

Der Vertrag von Maastricht (1992) stellt den allgemeinen Rahmen für die EU-Entwicklungs politik dar. Die Union gestaltet die Beziehungen zu Entwicklungsländern unter folgenden Zielsetzungen:

- Tragfähige wirtschaftliche und soziale Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der ärmsten Entwicklungsländer
- Harmonische Integration in die Weltwirtschaft
- Armutsbekämpfung
- Sicherung und Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten

Auf dem Gebiet der Politikformulierung wegweisend ist die Entschließung des Rates “Horizonte 2000” (1993), deren Umsetzung von den EU-Entwicklungsministerräten laufend bearbeitet wird. Die sektor- und länderspezifischen Leitlinien – Schlußfolgerungen, Resolutionen, gemeinsame Standpunkte und Verordnungen des Rates – sind Grundlage für die Verwaltung der Mittel durch die Kommission.

Das entwicklungs politische Konzept des Maastricht-Vertrages liegt auch dem revidierten IV. AKP-EG-Abkommen von Lomé zugrunde (Beitritt Österreichs infolge der EU-Mitgliedschaft am 4. November 1995).

Das IV. AKP-EG-Abkommen, nach dem Unterzeichnungsort auch Lomé-Konvention genannt, ist ein umfassender Nord-Süd-Dialog, der Handel und Entwicklungszusammenarbeit umfaßt, auf partnerschaftlichen Grundsätzen aufbaut und damit Modellcharakter für die Beziehungen des Nordens zu Entwicklungsländern hat. Dieses regionale Engagement ist auf die ehemals koloniale Struktur einiger EU-Mitgliedstaaten zurückzuführen. Das Abkommen hat eine Laufzeit von 10 Jahren und wurde 1994 bis 1995 einer Halbzeitüberprüfung unterzogen. Neue, wesentliche Impulse waren die Aufnahme der Einhaltung der Menschenrechte als Vertragsziel, eine Flexibilisierung bei der Programmierung (Indikativprogramme) und weitere Handelserleichterungen. Das Finanzprotokoll (8. Europäischer Entwicklungsfonds) enthält die Mittel, die im Rahmen der 2. Fünfjahrestranche des Abkommens an die AKP-Staaten fließen sollen. Im Internen Abkommen wird die Ablaufung des 2. Finanzprotokolls zur Konvention festgelegt. Da das Lomé-IV-Abkommen am 29. Februar 2000 ausläuft, werden Verhandlungen zur Neugestaltung der zukünftigen Beziehungen AKP-EU im Herbst 1998 beginnen.

Besondere Charakteristika der EU-Entwicklungs politik sind deren Anspruch auf Komplementarität und Kohärenz, die über eine verstärkte Koordinierung erreicht werden sollen. Die Wirksamkeit von verstärkter Zusammenarbeit, gegenseitiger Ergänzung und Politikübereinstimmung hängt jedoch letztlich nicht nur von den Initiativen der Europäischen Kommission, sondern auch vom politischen Willen der EU-Mitgliedsstaaten ab. Die EU-Entwicklungszusammenarbeit kann daher weder eindeutig als multi- noch als bilateral angesehen werden.

Österreichische Strategie

Österreichische Zielsetzungen für die Mitgestaltung der EU-Entwicklungszusammenarbeit sind:

- Effizienter Einsatz der EU-Mittel und Transparenz bei deren Vergabe
- Zusammenarbeit mit gleichgesinnten EU-Ländern (etwa Irland und Dänemark)
- Stärkere Einbeziehung der Entwicklungsländer in die Strategieplanung aus dem Lomé-Abkommen
- Vorantreiben der operationellen Koordinierung bis hin zu einer echten Arbeitsteilung zwischen Kommission und den einzelnen Mitgliedsstaaten
- Aktive Teilnahme am EU-Entscheidungsprozeß auf allen Ebenen zu einem möglichst frühen Zeitpunkt (Schwerpunktsetzung gemäß den österreichischen Interessen)

Finanzieller Beitrag

Von den im Jahr 1995 von Österreich an den Haushalt der EU gesamt geleisteten Nettozahlungen in Höhe von 23,6 Mrd. öS wurden ca. 849 Mio. öS (ca. 3,6% des Gesamtbetrages) für Entwicklungszusammenarbeit aufgewendet. 1996 stieg dieser Beitrag auf 995 Mio. öS.

Der 8. EEF – dieser ist der erste EEF, in den Österreich miteinzahlt und aktiv Projekte einbringen kann, – ist mit einem Betrag von 14.625 Mio. ECU ausgestattet. Österreichische Einzahlungen in den Europäischen Entwicklungsfonds von jährlich etwa 800 Mio. öS sind

nicht vor 2000 zu erwarten, da zunächst Restmittel aus vorhergehenden Fonds aufgebraucht werden.

Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Kommission vs. Entwicklungszusammenarbeit der Mitgliedsstaaten?

In der Auseinandersetzung mit multilateralen Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit wirft die Forderung nach verstärkter Koordination immer auch gleichzeitig die Frage nach der Aufgabenteilung auf.

Derzeitige Hauptstrategien der EU, um eine tragfähige, langfristige Entwicklung zu erreichen, sind:

- Verankerung der regionalen Integration
- Reform der Verwaltungsstrukturen
- Aufbau einer friedlichen Zivilgesellschaft
- Operationelle Koordination.

Generell lässt sich im Lichte dieser Prioritätensetzung sagen: Die Politiken von Mitgliedsstaaten und Gemeinschaft im Bereich der Entwicklung ergänzen einander, haben aber unterschiedliche Anwendungsbereiche, Ausgangspunkte und Zielsetzungen. Die Entwicklungspolitiken der einzelnen Mitgliedsstaaten der Union haben historische Wurzeln und sind Ausdruck der besonderen Solidarität mit bestimmten Staaten. Mit ihrer jeweiligen Zielsetzung und Ausprägung sind sie Bestandteil der jeweiligen Außenpolitik der Mitgliedsstaaten. Auch Österreich legte im Berichtszeitraum stets Wert darauf, trotz Beteiligung an der Entwicklungspolitik der EU die eigenständigen Programme weiter zu verfolgen.

Auf der anderen Seite können die Mitgliedsstaaten der EU (auch die stärksten und leistungsfähigsten unter ihnen) die Entwicklungsproblematik vor dem Hintergrund der neuen Interdependenzen zwischen Nord und Süd nicht allein bewältigen. Sie verfügen nicht über die materiellen Mittel, um den gesamten Bereich der Zusammenarbeit, einschließlich der Analyse, der Durchführung, der Überwachung, der Evaluierung und vor allem der Koordinierung mit den zahlreichen internationalen Akteuren effizient zu verwalten. Hierin liegt das Interesse einer von der Kommission koordinierten Entwicklungszusammenarbeit der Gemeinschaft begründet. Die Entwicklungspolitik der Gemeinschaft bietet somit spezifische Vorteile und erweist sich so als Ergänzung zu den Entwicklungspolitiken der einzelnen Mitgliedsstaaten. Sie muß es sich jedoch auch gefallen lassen, von diesen (wie auch von Österreich in den vergangenen beiden Jahren praktiziert) an ihren eigenen Zielen gemessen zu werden, und daß diese Ziele bzw. deren Umsetzung von den Mitgliedsstaaten kritisch hinterfragt werden.

Kohärenz / "Horizonte 2000"

Die Themenbereiche, die in der EU-Entwicklungszusammenarbeit in Umsetzung der Entschließung "Horizonte 2000" im Berichtszeitraum behandelt wurden, sind der Komplex Verbindungen zwischen Soforthilfe, Rehabilitation und Entwicklung, operationelle Koordinierung, Umweltverträglichkeit, dezentralisierte Entwicklung, Migration, Gegenwertfonds, Antipersonenminen, menschliche und soziale Entwicklung, Region der Großen Seen, Konfliktverhütung und Präventivdiplomatie. Nachhaltige Entwicklung und ein reali-

stisches Konzept der Entwicklungszusammenarbeit können dabei Überlappungen mit anderen Politikbereichen nicht aussparen. Indikatoren für Problembereiche der Kohärenz zwischen verschiedenen Politikbereichen der Union sind aber für eine Effizienzsteigerung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit Europas eine unabdingbare Notwendigkeit.

Das Kohärenzgebot ist unter verschiedenen Blickwinkeln zweimal im Unionsvertrag festgeschrieben: Art. C: "Die Union achtet insbesondere auf die Kohärenz aller von ihr ergriffenen außenpolitischen Maßnahmen im Rahmen ihrer Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik. Der Rat und die Kommission sind für diese Kohärenz verantwortlich"; und Art. 130v: "Die Gemeinschaft berücksichtigt die Ziele des Art. 130u (d.h. die Ziele der EU-Entwicklungszusammenarbeit) bei den von ihr verfolgten Politiken, welche die Entwicklungsländer berühren könnten". Österreich unterstützte wiederholt dieses wesentliche Gebot des Maastricht-Vertrages in seinen Statements anlässlich der EU-Entwicklungsministerräte.

Spezifische Probleme entstanden und entstehen beispielsweise bei der Umsetzung in den Bereichen der Landwirtschaft, Fischerei, Wirtschafts-, Handels- und Umweltpolitik (1. Säule) sowie der Beschäftigungs- und Einwanderungspolitik (3. Säule) der Gemeinschaft.

Die neue Ausrichtung der EU-Entwicklungszusammenarbeit in Richtung einer positiven Konfliktprävention und Bemühungen um eine stabile Zivilgesellschaft fordern ein näheres Zusammenrücken mit der politischen Dimension der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (2. Säule). Die Suspension von EZA-Mitteln aufgrund politischer Entwicklungen in den Ländern Ruanda, Sudan, Liberia etc. sind Beispiele für die Verzahnung der beiden Politikbereiche.

Einzelne Politikbereiche/Österreichs Position in der EU – Vorbereitungen auf die EU-Präsidentschaft Österreichs

Die österreichische EU-Präsidentschaft im 2. Halbjahr 1998 und der damit verbundene Eintritt in die sogenannte Troika (vorhergehender, aktueller und nachfolgender Vorsitz) Anfang 1998 erfordern umfassende Vorbereitungsarbeiten, die bereits 1996 begonnen wurden. Einerseits wird Österreich anlässlich der EU-Präsidentschaft den Politikabstimmungsprozeß zwischen den Mitgliedstaaten zu leiten haben, andererseits kann es thematisch die Ausrichtung der europäischen Entwicklungspolitik festlegen und damit international Profil zeigen.

Als Schwerpunkte sind die Eröffnung der Neuverhandlungen von Lomé, der EU-SADC-Gipfel in Wien, Konfliktmanagement, operationelle Koordinierung, Umwelt / Kohärenz, Tourismus und Evaluierung der Entwicklungszusammenarbeit der Union geplant. Grundsätzlich ergeben sich die österreichischen Schwerpunkte jedoch aus dem laufenden Arbeitsfortschritt im Rahmen der Generaldirektionen VIII und I der Kommission. Welche Themen tatsächlich zu einem bestimmten Datum aktiv in einen Behandlungszustand treten, hängt von vielen Faktoren ab. Es liegt dabei in der Natur der Sache, daß technische Verzögerungen und unvorhersehbare politische Ereignisse auftreten.

Zum Thema Neuverhandlungen der Beziehungen AKP-EU/Post Lomé IV wurde eine Expertengruppe am 22. Oktober 1996 eingesetzt, die bis 17. Juli 1997 ein Reflexionspapier zum Thema "Lomé 2000" erarbeitete, das im Herbst 1997 im Rat der Union präsentiert

wird und die Grundlage der österreichischen Position in den Verhandlungen bildet. Neben einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Entwicklungsbegriff der Lomé-Konvention (im Zuge derer eine Erweiterung desselben um die Bereiche Gender- und Umweltgerechtigkeit als Entwicklungsprinzipien gefordert wird), setzten sich Teilnehmer der Expertenrunde vor allem mit folgenden Themenbereichen auseinander:

- Geographie/Struktur der Beziehungen – Regionale Integration – Erweiterung
- Globalisierung – WTO/Handel – wirtschaftliche Differenzierung
- “Partnerschaft” – good governance – Konditionalität – politischer Dialog
- technische Umsetzung – Planungsinstrumente – Formen der dezentralen Kooperation – Transparenz
- Entwicklungspolitische Ausrichtung der Europäischen Union – Kohärenz

Die Quintessenz der Überlegungen mündet in drei Grundforderungen:

- Entwicklungsziele können nur verwirklicht werden, wenn diese von den Partnern gemeinsam mitformuliert werden (flexible Dialogformen in der Partnerschaft);
- die AKP-EU-Beziehungen sollten langfristig WTO-konform (den Grundsätzen der Welthandelsorganisation entsprechend) gestaltet werden;
- Vereinfachung und Flexibilisierung der Instrumente verbunden mit einem sektoriellen Programmansatz in der technischen Zusammenarbeit

Gefordert wird mittelfristig der Ausbau einer klaren europäischen Entwicklungsstrategie.

3.2.2 Vereinte Nationen

Multilaterale technische Hilfe

Globale Probleme wie Umweltzerstörung, Armut und Diskriminierung von Frauen, prägten die Arbeit in den UN-Gremien für Wirtschafts-, Entwicklungs- und Umweltfragen und schlügen sich in einer Reihe von internationalen Großkonferenzen nieder. Durch die stetige Zunahme und Komplexität oben angeführter Probleme und dem mit ihrer Lösung verbundenem riesigen Finanzbedarf, dem eine rückläufige Zahlungsbereitschaft wichtiger Geberländer gegenüberstand, gerieten einige der multilateralen Organisationen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit im Laufe der letzten Jahre zunehmend in finanzielle Schwierigkeiten. Von vielen Geberländern kam scharfe Kritik betreffend die mangelnde Effizienz einiger UN-Organisationen, was dazu führte, daß zum Teil weitgreifende Umstrukturierungsmaßnahmen eingeleitet wurden (Bsp. UNIDO). Dieser Neuordnungsprozeß ist nach wie vor im Gange und scheint bei einigen Organisationen zu vielversprechenden Ergebnissen zu führen. Österreich setzte sich in der Vergangenheit im Rahmen seiner Möglichkeiten für eine Straffung und Effizienzsteigerung der UN-Organisationen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ein und wird dies auch in Zukunft tun.

Bei den Leistungen an die Fonds und Programme der Vereinten Nationen handelt es sich um freiwillige Beiträge. Von der Mitgliedschaft Österreichs bei den Vereinten Nationen und der damit verbundenen Notwendigkeit der Solidarität sowohl mit den Entwicklungsländern als auch mit den anderen Geberländern lässt sich gleichsam eine Zahlungsverpflichtung ableiten. Die österreichischen Leistungen zu den meisten Programmen liegen jedoch weit unter jenen vergleichbarer Länder.

Lediglich bei den Beiträgen zum UNIDO-Industrial Development Fund gehört Österreich zu den wichtigen Gebern, was insbesondere auch als ein Element der aktiven Unterstützung für die in Wien angesiedelte Organisation zu betrachten ist. Den eher niedrigen österreichischen Beiträgen stehen bei einigen Organisationen hohe Rückflüsse in Zusammenhang mit Einkäufen von Waren und der Vermittlung von Dienstleistungen für die Durchführung von Projekten gegenüber.

Tabelle 9

Als ODA anrechenbare österreichische Beiträge an multilaterale (UN- und sonstige-) Organisationen 1994-1996 in Mio öS

	1994	1995	1996
UNDP	162,25	141,64	152,39
FAO-WFP	32,29	41,40	49,61
WHO	26,34	22,55	28,00
UNICEF	21,00	20,16	21,00
UNIDF	18,00	18,12	17,98
CGIAR	17,28	15,14	16,80
FAO	17,37	14,54	16,48
JPO	7,39	15,02	14,50
UNIDO	9,98	9,81	11,97
UN-Budget	10,85	11,60	11,63
UNESCO	1,69	8,03	9,04
UNEP	s. unter	1,20	8,86
UNFPA	sonstige Organisationen		7,42
Sonstige Organisationen	95,59	56,07	39,19
 SUMME	 401,78	 375,28	 404,84

Die Zeile „Sonstige Organisationen“ beinhaltet u.a. Beiträge zu Organisationen und Programmen wie UNHCR, UNRWA, WMO, ILO, Habitat, UNV, UN-Sonderprogramm für besonders benachteiligte Entwicklungsländer, UN-Hilfsexpertenprogramm, UNCDF, IEFR.

Quelle: ÖFSE (geringfügige statistische Differenzen sind die Folge von Rundungen)

UNIDO

Als Sitzstaat hat Österreich an der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) ein besonderes Interesse und versucht auch, die Organisation im Rahmen des Möglichen sowohl auf politischer Ebene als auch im Bereich der Projektkooperation zu unterstützen. Die Jahre 1994 bis 1996 waren in der UNIDO einerseits durch die Einleitung weitreichender Reformmaßnahmen und andererseits durch eine permanente Existenzkrise gekennzeichnet. Ausgangspunkt für Reform und Restrukturierung waren die Beschlüsse der 5. Generalkonferenz, die im Dezember 1993 in Yaundé stattfand.

1995 war die UNIDO heftiger Kritik ausgesetzt. Der im Februar erschienene Bericht der Commission on Global Governance schlug die Schließung der UNIDO vor. In Folge gingen nicht nur die USA, sondern auch einige europäische Länder, wie die Niederlande, Dänemark und Großbritannien auf kritische Distanz zur Organisation. Bei der 6. Generalkonferenz (Wien, Dezember) erklärten die USA ihren Austritt. Der dadurch bewirkte Ausfall eines Viertels der gesamten Beitragszahlungen zum allgemeinen Budget bedingte den Abbau von etwa 230 Mitarbeitern, beschleunigte jedoch auch die Neustrukturierung der Organisation sowie eine engere thematische Prioritätensetzung.

Das Jahr 1996, in dem die UNIDO ihr 30jähriges Bestehen feierte, war von verstärkten Reformbemühungen der Organisation geprägt. Ende 1996 verschärfte sich jedoch die UNIDO-Krise in Folge der Austrittsankündigungen Großbritanniens und Australiens sowie der Austrittsdrohung Deutschlands.

Österreich war im Berichtszeitraum in den Leitungsgremien der UNIDO, dem *Programme and Budget Committee* und dem *Industrial Development Board* als Mitglied vertreten. Neben dem Pflichtbeitrag zum regulären UNIDO-Budget (durchschnittlich 11 Mio. öS pro Jahr) finanzierte Österreich zusätzlich UNIDO-Projekte im Ausmaß von 30 (1994), 27,8 (1995) und 39 Mio. öS (1996) und gehörte somit zu den wichtigsten Geberländern der Organisation. Weiters finanzierte das BMaA den Einsatz von zahlreichen österreichischen Jungakademikern als *Junior Professional Officers* (JPO) für die UNIDO.

UNDP

In den letzten Jahren haben sich die Aufgaben des Entwicklungsprogrammes der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme, UNDP) verändert. Einerseits wurden die Einsatzbereiche ausgeweitet (insbesondere in Richtung Demokratieentwicklung, „Gute Regierungsführung“, Zivile Gesellschaft) und damit ein umfassender inhaltlicher Rahmen für die Entwicklungszusammenarbeit der VN geschaffen. Andererseits wurde mit der Einrichtung und weiteren Stärkung des Systems der „Resident Coordinators“ die institutionelle Rolle des UNDP gestärkt und ihm eine zentrale Koordinationsfunktion innerhalb der VN zugewiesen. Österreich war im Berichtszeitraum nicht Mitglied des Exekutivrates des UNDP, beteiligte sich aber aktiv in seiner Funktion als Beobachter (mit Mitspracherecht) an der Diskussion über die laufenden Reformprozesse der VN, die das UNDP als die Drehscheibe im Entwicklungsprozeß vorsehen.

Die Vor-Ort-Kooperation bei Projekten der Technischen Zusammenarbeit wurde in einigen Schwerpunktländern intensiviert, wobei nach wie vor die Güte der gemeinsamen Arbeit und deren Wirkung sehr stark von der personalen Besetzung des Resident Coordinators abhängt. Für die Schwerpunktländer der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit wurde erstmals 1996 und in erweiterter Form 1997 eine Bestandsaufnahme der Kooperationsmöglichkeiten mit dem UNDP vorgenommen sowie die Rolle der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit bei bilateralen EZA-Aktivitäten aufgezeigt.

Österreich ist weiterhin um eine Zusammenarbeit mit dem UN-Entwicklungsprogramm bemüht und hat sich durch aktive Mitarbeit einen gewissen Einfluß auf die grundsätzliche Politik der Organisation hinsichtlich Mandat und Planung gesichert. Um die Umsetzung entsprechend kohärent zu gestalten, wurden die Koordinatoren der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in den Schwerpunktländern ersucht, den Aktivitäten des UNDP vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken und am Koordinationsprozeß aktiv teilzunehmen.

Großkonferenzen

Im Berichtszeitraum wurde eine Reihe von Großkonferenzen abgehalten, deren Ziel es war, den großen Fragen der internationalen Zusammenarbeit ein Diskussionsforum und weltweite Aufmerksamkeit zu geben sowie die Umsetzung gemeinsamer Maßnahmen anzuregen. Österreich beteiligte sich schon im Vorfeld der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo (1994), des Weltsozialgipfels in Kopenhagen (1995), der Weltfrauenkonferenz in Peking (1995), Habitat II in Istanbul (1996) und des Welternährungsgipfels in Rom (1996) an deren inhaltlicher Gestaltung. Die konkreten Maßnahmen zur Umsetzung der jeweiligen Beschlüsse unterlagen allerdings der Beschränkung begrenzter Mittel in der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Dennoch folgten den Weltkonferenzen Aktivitäten vor allem im Bereich der entwicklungspolitischen Informations-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, z.B. Seminare, Workshops und Publikationen in Aufarbeitung der Ergebnisse der Weltkonferenzen. Ferner wurden Reisekosten von Delegierten aus Entwicklungsländern finanziert.

HABITAT

Ziel der UN-Konferenz über menschliches Siedlungswesen (HABITAT II), die im Juni 1996 in Istanbul stattfand, war die Sicherung entsprechender Unterkünfte für alle und die Entwicklung menschengerechter Siedlungen in einer zur Verstädterung tendierenden Welt. In dem aus Anlaß der Konferenz erstellten österreichischen Nationalbericht sind Entwicklungen im österreichischen Siedlungswesen, Lösungsmodelle für die Zukunft und die internationale Zusammenarbeit Österreichs in diesem Bereich aufgezeigt.

Nahrungsmittelhilfe

Im Rahmen des internationalen Nahrungsmittelhilfeübereinkommens (NMHÜ) von 1995 verpflichten sich die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedsstaaten, jährlich Nahrungsmittelhilfe in der Höhe von mindestens 1,755 Mio. Tonnen Weizen oder Weizenäquivalent zu leisten. Innerhalb dieser Gesamtverpflichtung übernimmt Österreich aus seinem einzelstaatlichen Budget die Finanzierung von 8.900 Tonnen. Der Gegenwert von

5.000 Tonnen davon kommt jährlich (ab 1996) im Rahmen eines bilateralen Abkommens dem Schwerpunktland Kap Verde zugute. Im Abkommen mit Kap Verde ist es gelungen, Nahrungsmittelhilfe und Entwicklungszusammenarbeit sinnvoll aufeinander abzustimmen. Seit 1996 ist die kapverdische Regierung selbst für An- und Verkauf sowie für die Lieferung des - von Österreich finanzierten – Getreides verantwortlich. Der Erlös aus dem Verkauf kommt wiederum Projekten der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit mit Kap Verde zugute. Diese Form der Nahrungsmittelhilfe hat sich nicht nur als kosteneffizienter erwiesen, sondern stärkt – durch das Delegieren von Verantwortung – auch die Verwaltungsstrukturen des Empfängerlandes.

3.2.3 Multilaterale Finanzhilfe

Die internationalen Finanzinstitutionen

Den internationalen Finanzinstitutionen, insbesondere dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbankgruppe aber auch den regionalen Entwicklungsbanken – Afrikanische, Asiatische, Inter-amerikanische und Europäische – kommt im Mitteltransfer an die Entwicklungs- und Reformländer sowie in der Entwicklungspolitik ganz allgemein eine wichtige Rolle zu.

Neben dem Mitteltransfer ist der Umstand, daß an diesen Institutionen Geber- wie Empfängerländer beteiligt sind, von großer Bedeutung. Der daraus entstehende Dialog zwischen Geber- und Empfängerländern erstreckt sich nicht nur auf die Entwicklungsprojekte und -programme, sondern auch auf die von Kreditnehmerländern zur Förderung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung erforderlichen institutionellen und politischen Rahmenbedingungen sowie deren Verbesserung. Dieser politische Dialog erfuhr in den letzten Jahren eine deutliche Weiterentwicklung.

Bei folgenden internationalen Finanzinstitutionen, ist Österreich Mitglied:

- Internationaler Währungsfonds (IWF)
- Weltbankgruppe
 - Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD)
 - Internationale Entwicklungsorganisation (IDA)
 - Internationale Finanzkorporation (IFC)
 - Multilaterale Investitionsgarantie-Agentur (MIGA)
 - Globale Umweltfazilität (GEF)
 - Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)
- Regionale Entwicklungsbanken
 - Afrikanische Entwicklungsbank (AfEB bzw. ADB)
 - Asiatische Entwicklungsbank (AsEB)
 - Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB)
 - Interamerikanische Investitionsgesellschaft (IIC)
 - Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)
 - Bank für Wiederaufbau und Entwicklung im Nahen Osten und Nordafrika (MENA)

Die Maßnahmen der internationalen Finanzorganisationen bleiben auch bei einer allmählichen wirtschaftlichen Gesundung von größter Bedeutung: Zum einen fließen öffentliche Entwicklungshilfegelder aufgrund der fiskalischen Konsolidierung in den meisten Geberstaaten spärlicher, zum anderen wird Privatkapital nur in gewinnversprechende Projekte investiert. Doch – abgesehen vom unmittelbar dominierenden Aspekt der humanitären Hilfe – sind Investitionen in die Bereiche Gesundheit, Bildung, Erziehung und Infrastruktur auch aus wirtschaftspolitischer Hinsicht besonders wichtig, da dadurch die Produktivität des Privatsektors und damit das Wirtschaftswachstum nachhaltig gesteigert werden. Für die Investitionen in die genannten Bereiche werden Kredite zu besonders günstigen Konditionen an die armen und ärmsten Länder vergeben.

a) Internationaler Währungsfonds (IWF)

Österreich ist am Kapital des IWF mit 0,82% bzw. 1,19 Mrd. SZR beteiligt und befindet sich zusammen mit Belgien, Kasachstan, Luxemburg, der Slowakischen Republik, Slowenien, der Tschechischen Republik, der Türkei, Ungarn und Weißrussland in einer Stimmrechtsgruppe. Der internationale Währungsfonds ist keine Entwicklungsorganisation im klassischen Sinne. Seine Hauptaufgaben bestehen in der Förderung der währungspolitischen Zusammenarbeit, eines ausgewogenen Welthandelswachstums, der Stabilisierung der Währungen, eines multilateralen Zahlungssystems für die laufenden Transaktionen zwischen den Mitgliedsstaaten, des Abbaus von Devisenverkehrsbeschränkungen sowie einer befristeten Mittelbereitstellung zur Überbrückung von Zahlungsbilanzdefiziten.

Im Finanzjahr 1996/97 vergab der Fonds bei einer Quotensumme von 145 Mrd. SZR Kredite im Ausmaß von 5,3 Mrd. SZR (7,1 Mrd. US \$) im Vergleich zu 19,7 Mrd. SZR (knapp 27 Mrd. US \$) im Jahr davor. Dieser Rückgang ist darauf zurückzuführen, daß in den beiden Jahren davor aufgrund von Mexikokrise und Russlandfazilität extrem hohe Kreditvergaben erfolgten.

b) Weltbankgruppe

Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD)

Österreich gehört der IBRD seit 1948 an und hielt zum Stichtag 31. Dezember 1994 einen Kapitalanteil im Gegenwert von 1.335 Mio. US \$, das sind 0,76% des gesamten Kapitals. Die IBRD, deren Kapital von ihren Mitgliedsländern gezeichnet wurde, finanziert ihre Kreditvergabe in erster Linie aus eigenen Mittelaufnahmen an den internationalen Kapitalmärkten. Ein wesentlicher Teil der IBRD-Mittel stammt außerdem aus den in den Reserven akkumulierten Gewinnen der Bank. Die IBRD-Darlehen haben im allgemeinen einen tilgungsfreien Zeitraum von fünf Jahren und sind danach innerhalb eines Zeitraumes von 15 Jahren zurückzuzahlen. Oberstes Ziel der Weltbankgruppe ist es, die Armut in ihren Mitgliedsländern zu lindern.

Die Diskussion über mögliche Lösungen der Probleme der stark verschuldeten armen Länder (Heavily Indebted Poor Countries – HIPC) auf multilateraler Ebene begann Mitte 1995, als die Erkenntnis reifte, daß einige der ärmsten Länder international derart hoch verschuldet sind, daß auch bei vernünftigster Wirtschaftspolitik und idealen Rahmenbedingungen eine Rückzahlung ihrer Außenstände auf längere Sicht unmöglich erscheint. Um diese Länder zu entlasten, erarbeiteten IWF und Weltbank einen neuen Schuldenreduktionsansatz, der u.a. darauf abstellt, daß alle Schulden eines Landes (bilaterale, multilaterale, kommerzielle) gesamtheitlich betrachtet und Lösungen unter Einbeziehung aller Gläubiger erreicht werden müssen.

Österreich begrüßt grundsätzlich die Bemühungen, Ländern zu helfen, die aus eigenem nicht in der Lage sind, ihre Wirtschaftspolitik wieder auf einen Weg der "Sustainability" zu führen. Es wird sich daher an Bemühungen zur Unterstützung seiner Größe, Bedeutung

und seinen historischen sowie wirtschaftlichen Bindungen angemessen beteiligen (und hat damit auch bereits begonnen).

Seit 1995 steht die Weltbankgruppe unter neuer Führung. Während dieser neuen Präsidentschaft soll den geänderten Rahmenbedingungen für die Weltbanktätigkeit Rechnung getragen werden, etwa den sprunghaft angestiegenen Privatkapitalflüssen in die Entwicklungsländer, die zum Teil die Weltbankdarlehen substituieren. Es wird eine verstärkter Kooperation mit einem breiten Spektrum von Partnern angestrebt, die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft ausgebaut, und NRO bewußt in die Arbeit der Weltbank einbezogen. So gibt es z.B. in allen Weltbankvertretungen vor Ort auch Personal, das sich ausschließlich mit NRO - Belangen beschäftigt.

Globale Umweltfazilität (GEF)

Die GEF ist eine administrative Dachorganisation (beteiligt sind IBRD, UNDP und UNEP), die über Mittel aus verschiedenen Fonds verfügt und nach einer dreijährigen Pilotphase im Jahr 1994 auf unbestimmte Zeit eingerichtet wurde. Österreich unterstrich durch die Übernahme eines überproportional hohen Anteils an der GEF während der Pilotphase (400 Mio. öS bei 800 Mio. US \$ Grundkapital) sein starkes Interesse an internationalem Umweltmaßnahmen. Bei der Mittelauffüllung mit 2 Mrd. US \$ für die Jahre 1994 - 1997 leistete Österreich einen Beitrag von 20 Mio. US \$ und übernahm somit 1% der Gesamtleistungen.

Konsultativgruppe für Internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)

Die 1971 mit Förderung von Weltbank, FAO und UNDP gegründete CGIAR hat die Unterstützung der internationalen Forschung auf dem Gebiet der Landwirtschaft mit dem Ziel der Ausweitung der Nahrungsmittelproduktion in den Entwicklungsländern zur Aufgabe. Österreich ist seit 1985 Mitglied und trägt gegenwärtig 1,5 Mio. US \$ jährlich zur Finanzierung bei.

Internationale Finanzkorporation (IFC)

Österreich gehört dieser Organisation seit ihrer Gründung im Jahr 1956 an und hält zum 30. Juni 1996 einen Kapitalanteil von 0,87% (18,02 Mio. US-\$). IFC widmet sich der Förderung des Privatsektors der Entwicklungsländer bzw. der ehemaligen Ostblockstaaten. Zu diesem Zweck werden Darlehen gewährt und Beteiligungen eingegangen. Der Trend zu privatwirtschaftlich strukturierten Infrastrukturprojekten beschert der IFC zusätzliches Wachstum, sie wird voraussichtlich auch in den nächsten Jahren der rasch wachsende Arm der Weltbankgruppe sein.

Multilaterale Investitionsgarantieagentur (MIGA)

Die MIGA ist eine internationale Entwicklungsorganisation mit eigener Rechtspersönlichkeit, die trotz finanzieller Unabhängigkeit von der Weltbank mit ihr verflochten bleibt und die Aktivitäten der Weltbankgruppe im Rahmen einer Gesamtstrategie ergänzt, indem sie ausländische Investitionen in Entwicklungsländern durch Gewährung von Garantien gegen nichtkommerzielle Risiken sowie durch sonstige Maßnahmen zur Verbesserung des Investitionsklimas fördert.

c) Regionale Entwicklungsbanken

Afrikanische Entwicklungsbank

Österreich ist seit 30. März 1983 Mitglied der ADB und hielt zum 31. Dezember 1996 einen Kapitalanteil von 0,377% (59,92 Mio. SZR). Wie die meisten anderen Entwicklungsbanken und -fonds fördert die ADB hauptsächlich den öffentlichen Sektor (mit Regierungsgarantien) durch Darlehen und technische Hilfe. Im Jahr 1996 genehmigte die ADB Darlehen für rund 508 Mio US \$ genehmigt (im Jahr zuvor waren es rund 668 Mio. US \$, im Jahr 1991 noch 2,25 Mrd. US\$). Dieses bescheidene operationelle Ausmaß ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß sich die meisten regionalen Aktionäre der ADB Darlehen zu Marktbedingungen, wie sie von der Bank vergeben werden, nicht leisten können.

Die ADB unterhält zur Unterstützung der ärmsten Mitgliedsländer ein "konzessionäres Fenster", den formal-rechtlich selbständigen Afrikanischen Entwicklungsfonds (ADF). Österreich war diesem 1981 beigetreten und hält zum Jahresende 1996 einen Anteil von 1,1% (99,06 Mio. SZR). Der ADF hat im Jahr 1996 nach zwei Jahren erstmals wieder operationelle Zusagen machen können (286 Mio. US \$). Der Grund für die Interimsperiode waren die langwierigen Verhandlungen zur Wiederauffüllung des ADF. Schließlich konnte 1996 ein Abschluß der Verhandlungen erreicht werden. Österreich wird sich mit ca. 1% an der allgemeinen Auffüllung beteiligen.

Asiatische Entwicklungsbank

Die Asiatische Entwicklungsbank wurde 1966 zur Förderung des Wirtschaftswachstums der asiatischen und pazifischen Entwicklungsländer errichtet. Österreich ist Gründungsmitglied. Das Gesamtkapital der Asiatischen Entwicklungsbank betrug zum 31. Dezember 1996 49,3 Mrd. US \$, Österreich hatte 0,35% davon gezeichnet. Das gemeinsame Ausleihvolumen der Bank und des Asiatischen Entwicklungsfonds betrug 1996 5,5 Mrd. US \$.

Mittelfristig verfolgt die Bank folgenden Zielkatalog: Wirtschaftswachstum, Armutsbekämpfung, Verbesserung des Status der Frauen, Unterstützung der menschlichen Entwicklung (einschließlich Bevölkerungsplanung) und Umweltschutz.

Inter-Amerikanische Entwicklungsbank

An der IDB ist Österreich seit 1977 beteiligt und hält zum 31. Dezember 1996 einen Anteil von rund 0,13% (104,4 Mio. US \$). Zum konzessionären Fenster der Bank hat Österreich zum obgenannten Stichtag rund 0,2% (19,93 Mio. US \$) beigetragen. Die IDB widmet sich besonders den Bereichen Armutsbekämpfung, Soziales und Umwelt. Österreich befindet sich in einer Stimmrechtsgruppe mit Frankreich, Spanien und den Nordstaaten.

Inter-Amerikanische Investitionsgesellschaft

1986 wurde die IIC gegründet. Österreich war von Anfang an beteiligt und hält einen Kapitalanteil von 0,5% (1 Mio. US \$). Die IIC genehmigte im abgelaufenen Jahr 72 Mio. US \$ für Operationen und widmet sich vor allem dem kleinen und mittleren Privatsektorbereich in Lateinamerika. Die IIC leidet gegenwärtig unter einer auf US-Politik beruhenden ausbleibenden Kapitalerhöhung.

3.3 Bildungszusammenarbeit

Der Bildungssektor hat im Entwicklungsprozeß eine zentrale Bedeutung. Programme im Bereich Bildungszusammenarbeit

- leisten einen Beitrag zur Überwindung der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, wissenschaftlichen und technologischen Abhängigkeit der Entwicklungsländer
- folgen den regionalen und sektoralen Schwerpunkten der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und unterstützen die Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungsprioritäten der Partnerländer.

Sie sind:

- Kapazitätsorientiert (d.h. vernetzte Maßnahmen tragen zum institutionellen Aufbau bei und schaffen eigenständige Kapazitäten im Entwicklungsland)
- Resultatorientiert/umsetzungsorientiert (d.h. sie weisen einen hohen Qualitätsstandard und ein hohes Problemlösungspotential auf, sind ökologisch und sozial verträglich, innovationsorientiert und leisten einen Beitrag zur Lösung prioritärer entwicklungsrelevanter Probleme)
- Nutzerorientiert/bedürfnisorientiert (d.h. sie sind relevant für ärmere Bevölkerungsgruppen und binden diese ein, schaffen Perspektiven für wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklungen sowie einen direkten Bezug zwischen der wissenschaftlichen Arbeit und der "technischen" Anwendung).

Die Bildungszusammenarbeit konzentriert sich auf die Bereiche:

- Berufsbildung
- wissenschaftliche Berufsvorbildung
- (wissenschaftliche) Fortbildung
- Spezialisierung von Fach- und Führungskräften
- Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklungszusammenarbeit.

Österreichische Vorhaben im Rahmen der Bildungszusammenarbeit orientieren sich an:

- der Entwicklungs-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik des Partnerlandes
- dem vorhandenen Kooperationspotential und der Kooperationsbereitschaft bzw. den nachhaltigen Entwicklungsperspektiven im Partnerland
- der österreichischen Sektorpolitik für Bildungszusammenarbeit und den österreichischen Landesprogrammen für das jeweilige Partnerland
- dem österreichischen Kooperationspotential in Bezug auf das jeweilige Partnerland
- der internationalen Diskussion bei der Koordination mit anderen Geben und multilateralen Organisationen

Maßnahmen werden in Österreich und anderen Industrieländern sowie zunehmend in den Entwicklungsländern selbst gesetzt. Landessektorprogramme im Bildungsbereich, beispielsweise für Burkina Faso und Kap Verde beinhalten etwa

- Auf- und Ausbau des Berufsbildungswesens zur Verbesserung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt (Burkina Faso),
- Lehrerausbildung im Sekundarschulwesen und höhere Bildung (Kap Verde) u. v. a.

In Österreich wird insbesondere der Dialog mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr, der Kommission für Entwicklungsfragen bei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, dem Ausschuß für Entwicklungszusammenarbeit der Österreichischen Rektorenkonferenz, dem Kontaktkomitee Studienförderung Dritte Welt und der Wirtschaftskammer fortgeführt. Zum Zweck der gegenseitigen Abstimmung haben die befaßten Ministerien eine Arbeitsgruppe eingesetzt.

Österreich ist des weiteren Mitglied im Expertenarbeitskreis der EU "education & training". Dies ist eine ständige Arbeitsgruppe, die mindestens zweimal jährlich tagt und versucht, die Bildungspolitik der Mitgliedstaaten abzustimmen. Österreich ist auch Mitglied der Association for the Development of Education in Africa (ADEA), wo es vor allem um Tendenzen und Perspektiven der Entwicklung des Bildungssektors in Afrika (südlich der Sahara) geht. Dieses Gremium ist deshalb auch besonders interessant, weil hier die Geber gleichberechtigt mit den afrikanischen (Erziehungs-)Ministern an der Entwicklung im Sektor mitsprechen und -planen.

Wichtige Einzelprojekte

- Übergabe des Thai-Austrian Technical College (TATC) in Sattahip/Thailand (159km südlich von Bangkok) nach 28jähriger erfolgreicher Kooperation. Aus diesem Anlaß wurde in Form einer Broschüre eine gemeinsame Dokumentation (die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit gestaltete sie zusammen mit den thailändischen Partnern) herausgegeben, die dieses Vorzeigeprojekt auf dem Gebiet der Bildungszusammenarbeit anschaulich präsentiert
- Lehrgang für Menschenrechte/Frauenrechte für afrikanische Expertinnen in Uganda zur Förderung lokaler Strukturen (Demokratieförderung, Gender)
- Aufbau von Kapazitäten zur Verbesserung von Lehre und Forschung an Hochschulen der Entwicklungsländer (Simbabwe u.a.)
- Lehrgänge am Institut für Friedensforschung und Konfliktlösung in Stadtschlaining im Burgenland (jährlich 30 Teilnehmer von Ministerien und NROs der Partnerländer)
- Lehrgang für Limnologie an der Außenstelle der Akademie der Wissenschaften in Mondsee im Rahmen einer Kooperation (zusammen mit den Niederlanden) mit Uganda
- Fremdenverkehrsabsbildung in Klessheim und Krems für angehende Manager und Ausbildner im Hotel- und Tourismusmanagement in Entwicklungsländern
- Lehrgang für Bildungsplaner am IIEP der UNESCO in Paris
- Interdisziplinäre Studien am Asian Institute for Technology/Thailand zu Umwelt- und Energiemanagement für Fachkräfte aus der Region
- Kooperationen auf Universitäts- und Institutsebene mit Einrichtungen in den Schwerpunktländern zum Aufbau und zur Vernetzung von Lehre und Forschung.

3.4 Schuldenerleichterungsmaßnahmen

Die armen und ärmsten Entwicklungsländer schulden aus budgetfinanzierten Entwicklungszusammenarbeitskrediten 1,7 Mrd.öS (Österreich hat insgesamt 2,4 Mrd. öS an öffentlichen Finanzhilfedarlehen an Länder der dritten Welt vergeben), die Fälligkeiten erstrecken sich bis in das Jahr 2043. Anlässlich des Sozialgipfels in Kopenhagen 1995 sagte der Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky Schuldennachlässe in Höhe von 1 Mrd.öS zu. Um solche durchführen zu können, ist der Bundesminister für Finanzen zu ermächtigen, auf die Einnahmen aus den oben genannten Krediten zu verzichten. Eine entsprechende Gesetzesvorlage wurde 1996 ausgearbeitet und 1997, aber in Höhe von 1,7 Mrd.öS, vom Parlament beschlossen. Für ERP-finanzierte Entwicklungszusammenarbeitskredite gibt es unterschiedliche Schulden-erleichterungsverfahren, die von Fall zu Fall entschieden werden.

Es waren vor allem die Nichtregierungsorganisationen (zumeist kirchlicher Provenienz), die mit großem Engagement eine Initiative für Entschuldungsmaßnahmen ins Leben riefen und immer wieder bei den zuständigen Verantwortlichen in den betroffenen Ministerien diesbezüglich intervenierten, sodaß der Erfolg in diesem Bereich nicht zuletzt auf deren Einsatz zurückzuführen ist.

Im multilateralen Bereich entwickelte der Pariser Klub seit 1989 Schuldenerleichterungsmaßnahmen für öffentliche Export- und Entwicklungs-zusammenarbeitskredite, wie die Toronto-Terms mit Schuldenerleichterungen bis zu 30% und die Trinidad/London-Terms mit einer 50prozentigen Schuldenerleichterung. Seit 1995 gelten die sogenannten Naples-Terms, welche eine bis zu 67prozentige Schuldenreduktion vorsehen; die HIPIC-Initiative von Weltbank und Internationalem Währungsfonds hält eine 80prozentige Reduktion für erforderlich, die vom Pariser Klub auch erwogen wird. Österreich nimmt am Pariser Klub teil und hat die dort vereinbarten Schuldenerleichterungsmaßnahmen mitvollzogen, sodaß nunmehr bereits laufende Schuldenerleichterungen zu den Naples-Terms den armen und ärmsten hochverschuldeten Entwicklungsländern für öffentliche Exportkredite eingeräumt wurden. Die Schuldenerleichterungsmaßnahmen für die Entwicklungszusammenarbeitskredite werden wie weiter oben beschrieben umgesetzt.

3.5 Konzessionelle Finanzierungen im Rahmen des österreichischen Ausfuhrförderungsverfahrens

Die im Rahmen des Österreichischen Ausfuhrförderungsverfahrens im Einklang mit den Hesinki-Vereinbarungen und den bestehenden DAC-Richtlinien an Entwicklungsländer vergebenen konzessionellen Kredite werden einem rigorosen Prüf- und Auswahlverfahren unterzogen, das die entwicklungspolitischen Aspekte noch stärker berücksichtigt und in einem "Aid Quality Assessment" dargestellt wird. Dies hat zu einer erheblichen Reduzierung der Meldung solcher Kredite als ODA geführt.

3.6 Evaluierung

Die Hauptaufgaben der Evaluierung liegen traditionell (s. Definition des DAC 1991) im Nachweis über die sinnvolle Verwendung öffentlicher Mittel und der ständigen Verbesserung der Qualität der EZA-Maßnahmen durch Rückkoppelung der Erfahrungen aus eigenen Maßnahmen und jenen der anderen Geber. Es gilt, aus dem Routinegeschehen hinauszutreten und Aktivitäten, Methoden und Abläufe im Hinblick auf ihre Zweckmäßigkeit, Wirksamkeit, Effizienz und Nachhaltigkeit zu analysieren. Die Analyseergebnisse sollen wieder in die weitere Ablaufgestaltung einfließen und zu einer optimalen Gestaltung der im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit gesetzten Maßnahmen beitragen.

Seit Einrichtung der Abteilung für Evaluierung, Inspektion und Kontrolle in der EZA-Verwaltung im Jahre 1989 wurde die prozeßbegleitende und unterstützende Funktion betont. Es kommt vor allem darauf an, institutionelle Lernprozesse zu ermöglichen und nicht "Noten" zu verteilen und Rechtfertigungsmechanismen auszulösen. Ein weiteres Arbeitsprinzip ist es, die Verantwortung an jene Stelle zu delegieren, die sie für den jeweiligen Prozeß zu tragen hat, und klare Indikatoren für Berichterstattung an die nächste Instanz zu schaffen. Das rechtzeitige Steuern (Controlling) ist Sache der nächsthöheren Instanz.

Der allergrößte Teil dieser ständigen Analyse- und Steuerungsarbeit muß von den Projektverantwortlichen übernommen werden. Notwendig sind daher ein klares, gemeinsames Verständnis von Qualität der EZA-Maßnahmen und ein gut abgestimmtes Zusammenwirken von Partnern in Entwicklungsländern, österreichischen Trägerorganisationen, den Sektor- und Länderreferenten sowie der Kontroll- und Evaluierungsabteilung. Die Entwicklung gemeinsamer Qualitätsbegriffe, einfacher Managementwerkzeuge für alle Stadien des Projektzyklus, verbindlicher durchgängiger Indikatoren und Formate ist eine wesentliche Aufgabe, die erst zum Teil gelöst ist. Wesentliche Anstöße liefern hier die eigene Erfahrung und die Kooperation mit anderen Gebern, den Expertengruppen für Evaluierung in der EU und im DAC.

Nur ein geringer Prozentsatz aller EZA-Vorhaben kann durch eine externe Evaluierung erfaßt werden. Diese wird als Ergänzung des projektbegleitenden Managements verstanden, das von den zuständigen Abteilungen und Projekträgern wahrzunehmen ist. In Anbetracht des hohen administrativen (ca. 20 Arbeitstage sektionsintern pro externer Evaluierung) und finanziellen Aufwandes (ca. 300.000 bis 500.000 öS) können nur Evaluierungen durchgeführt werden, an deren Ergebnissen aus strategisch/grundsatzpolitischen Überlegungen besonderes Interesse besteht.

Bei der Auswahl von Experten kommt es vor allem auf deren Unabhängigkeit und soziale Kompetenz an. Meist werden Evaluierungsteams zusammengestellt, die von einer erfahrenen Fachperson (häufig wegen der Enge der "österreichischen Szene" ausländischer Provenienz) geleitet werden und aus österreichischen Experten sowie Experten des Empfangslandes bestehen.

Externe Evaluierungen

Absolventenstudie – Verbleib und Reintegration von Stipendiaten der EZA-Studienförderung

Nach der 1993 durchgeführten externen Evaluierung der Vollstudien/Fachausbildung für Stipendiaten aus Schwerpunktregionen handelte es sich hierbei um eine umfassende Querschnittsanalyse mehrerer Stipendienprogramme mit dem Fokus Reintegration bzw. Verbleib nach Abschluß des Studiums in Österreich. Die Evaluierung wurde methodisch mittels schriftlicher Befragung und Workshops mit Rückkehrern in der VR China, Uganda und der Türkei sowie mit Nichtrückkehrern in Österreich durchgeführt. Für die Evaluierung wurde ein Team der TU Berlin verpflichtet. Ein umfangreicher Evaluierungsbericht wurde Ende Juni 1996 vorgelegt und inzwischen publiziert.

Evaluierung der humanitären Hilfe Österreichs für Afghanistan

Anfang 1994 wurde das humanitäre Hilfsprogramm Österreichs für Afghanistan einer externen Evaluierung unterzogen, wobei dies vor allem die Bereiche Nahrungsmittelhilfe und Gesundheitsversorgung betraf und von zwei Expertinnen in 5 Lagern in Pakistan durchgeführt wurde. Die externe Evaluierung erbrachte unterschiedliche Ergebnisse in den einzelnen Bereichen (so war der Fortgang bei "Primary Health Care" sehr zufriedenstellend, in anderen Bereichen wurden vor allem fehlende Langzeitperspektiven moniert).

Evaluierung eines Kreditprogramms für Kleinunternehmer in Nicaragua

Ein internationales Expertenteam hatte dieses von einer amerikanischen Trägerorganisation im Auftrag der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit durchgeführte Projekt im Jahre 1993 einer externen Evaluierung unterzogen und legte Anfang 1994 einen entsprechenden Bericht vor, der sich sehr kritisch mit den Aktivitäten der Trägerorganisation auseinandersetzte und Empfehlungen für verändernde Maßnahmen aussprach, die im Laufe des Jahres 1994 auch in Angriff genommen wurden.

Evaluierung der entwicklungspolitischen Dokumentation und wissenschaftlichen Informationsarbeit

Es war zu berücksichtigen, daß im Sektor entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit noch keine externe Evaluierung stattgefunden hatte und einem solchen Vorhaben daher mit entsprechenden Vorbehalten und Befürchtungen hinsichtlich Einsparungen und Kontrolle begegnet würde. Deshalb wurde die Evaluierung als Potentialanalyse des Bereichs Dokumentation und wissenschaftliche Informationsarbeit angelegt. Die Evaluierung sollte inhaltlich vor allem Denkanstöße für die Weiterentwicklung des Bereichs liefern und damit zur Entwicklung eines Sektorprogramms beitragen.

Unterstützung der Selbstevaluierung des Programmierungssystems Kap Verde

In Kap Verde wurde 1996 im Zuge der Dezentralisierung und des Ausbaus von Vor-Ort-Strukturen ein neues Programmierungssystem eingeführt. In einem (Eigen)evaluierungs- und Planungsworkshop im Dezember 1996 wurden die Erfahrungen analysiert und eine

Kompetenzabklärung zwischen Koordinationsbüro und Zentrale erarbeitet. Es ging hierbei auch um mögliche Nutzanwendungen für andere Schwerpunktländer durch Vergleich der Voraussetzungen und Erfahrungen in der Diskussion mit anderen Regionalbüros.

Evaluierung von Sur-place-Stipendien CEAP/SAIRR in Südafrika

Komplementär zu den beiden anderen Evaluierungen im Bereich Studienförderung bot sich hier die Gelegenheit, an der internationalen Diskussion über bildungsrelevante "Sur-place-Maßnahmen" teilzunehmen. Angesichts der einschneidenden Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Südafrika seit dem Ende der Apartheid kommt dabei der strategischen Ebene besonderes Gewicht zu. Mit der Durchführung wurde eine Expertin beauftragt. Ein Evaluierungsbericht wurde Ende April 1996 vorgelegt. In ihrer Empfehlung spricht sich die Verfasserin für eine fortgesetzte Beteiligung am CEAP-Stipendienprogramm aus und führt eine Reihe von Vorschlägen zur Hebung des Entwicklungspolitischen Wertes einer solchen Förderung an.

Internationale Kooperation

Die Arbeitsgruppen für Evaluierung bei der OECD/DAC und der EU in Paris bzw. Brüssel wurden je zweimal jährlich beschickt. 1994 wurde ein Workshop dieser Arbeitsgruppe über "Evaluierung von Länderprogrammen" in Wien organisiert. Das jährliche Treffen der Evaluationsdienste von Deutschland, Österreich und der Schweiz (D.A.CH) fand im September 1995 in Rheingau/BRD statt und befaßte sich insbesondere mit standardisierten Indikatoren im Rahmen von Monitoring und Evaluierung. Im September 1996 fand das Treffen in Wien statt und befaßte sich mit dem Thema "Qualitätssicherung und Dezentralisierung". Mit der Vorbereitung und der Moderation dieses Treffens war die Abteilung VII.6 der Sektion Entwicklungszusammenarbeit betraut.

Sonderaufgaben

Eine ab Jänner 1997 gültige Revision der PDE-Regelung (Projektdurchführungsentgelt) von 1995 wurde erarbeitet, die die Erfahrungen der zweijährigen Anwendung berücksichtigt und Lücken vor allem im Bereich der Rahmeneinreichung und der Rechnungslegung über das Gesamtprogramm einer Organisation schließt.

Besonders arbeitsintensiv und zeitaufwendig war die Erarbeitung von Grundlagen und Koordination für die Einrichtung des EZA-Finanzdatenverbundes. Es wurde ein Handbuch mit Standardauswertungen und Arbeitshilfen erstellt. Darüber hinaus wurden Vorbereitungsarbeiten für die Auftragsvergabe einer EZA-Datenbank durchgeführt und die Fachaufsicht über die Datenadministratoren wahrgenommen. Der Weiterbestand der EZA-Finanzdaten auf EXCEL-Sheets in der technischen Betreuung durch das BKA wurde gesichert und Standardauswertungen den verschiedenen Abteilungen zur Verfügung gestellt.

4. Partner der Entwicklungszusammenarbeit

4.1 Projektträgerorganisationen

Tabelle 10

Anteil der NRO an der bilateralen technischen Hilfe Österreichs

	1994 in Mio. öS	1995 in %	1995 in Mio. öS	1995 in %	1996 in Mio. öS	1996 in %
NRO-Projekte/Ausland	468,20	44,81	460,58	47,13	388,87	35,53
NRO-Projekte/Inland	38,70	3,70	91,79	9,39	90,64	8,28
NRO/Studienförderung	93,20	8,92	87,68	8,97	78,17	7,14
NRO Gesamt	600,10	57,43	640,05	65,50	557,68	50,96

Quelle: ÖFSE

Tabelle 11

Durchführungsstruktur der Programm- und Projektförderung 1994 bis 1996

	1994 in Mio. öS	1994 in %	1995 in Mio. öS	1995 in %	1996 in Mio. öS	1996 in %
NRO Österreich Gesamt	600,10	57,43	640,05	65,50	557,68	50,96
Universitäten/Ausbildung	18,10	1,74	27,22	2,78	27,78	2,54
Privatpersonen	0,40	0,04	7,42	0,76	1,82	0,17
Int. Organisationen	89,00	8,51	45,58	4,66	82,24	7,52
Firmen	234,20	22,41	212,47	21,74	203,95	18,64
Öffentl. Stellen Österreich	54,60	5,22	5,47	0,56	115,57	10,56
Öffentl. Stellen Ausland	14,80	1,41	31,48	3,22	103,80	9,48
NRO international	33,60	3,21	18,54	1,90	21,68	1,98
Sonstiges (inkl. Rückzahl.)	0,30	0,02	-11,00	-1,13	-20,14	-1,84
Gesamt	1.045,00	100,00	977,23	100,00	1.094,39	100,00

Quelle: ÖFSE

Tabelle 12**Die zehn größten Projektträger nach Projektzahl und Volumen 1994 – 1996**

Trägername	1994 Projekte	Auszahl. in Mio öS	Trägername	1995 Projekte	Auszahl. in Mio öS	Trägername	1996 Projekte	Auszahl. in Mio öS
ADC	42	102,28	IIZ	85	92,50	Öst.Kontrollb.	1	104,00
IIZ	52	89,96	ADC	73	77,82	ADC	38	61,64
ÖED	20	64,07	ÖED	36	74,48	IIZ.	42	61,01
Austrovieh	22	61,73	ÖNSI	43	58,32	Austroprojekt	33	60,85
ÖAD	17	52,93	Austroprojekt	45	58,02	ÖED	17	58,06
KFS	38	36,88	ÖAD	27	48,76	Uganda Multi.	1	57,00
Sucher&Holzer	11	35,77	KFS	51	38,29	ÖAD	12	47,44
TBW	9	28,32	ARGE Tazara	2	38,01	ÖNSI	23	40,98
ÖJAB	25	28,20	ÖIE	25	32,23	KFS	50	39,86
ÖNSI	24	27,97	ÖJAB	33	28,01	Sucher&Holzer	8	35,86

Tabelle 13**Die größten Projektträger der UN in der österreichischen Programm- und Projekthilfe 1996**

Organisation	1996
UNICEF - United Nations Children's Fund	21.861.995,20
UNIDO - United Nations Industrial Development Organisation	17.113.899,21
UNHCR - United Nations High Commissioner for Refugees	9.900.000,00
UNDCP	5.350.000,00
UNCHR - United Nations Centre for Human Rights	5.000.000,00
UNDP Kampala	4.694.925,00
UNDP Addis Abeba	533.750,00
UNDP - United Nations Development Programme	198.975,00

4.2 Kofinanzierung mit Nichtregierungsorganisationen

4.2.1 Kofinanzierung NRO - EU - BMaA

Vorhaben in Entwicklungsländern, welche auf eine dauerhafte Verbesserung der Lebensbedingungen und der Entwicklungsperspektiven der Bevölkerung in den Entwicklungsländern abzielen, sollen gemeinsam aus Mitteln österreichischer NRO, der bilateralen technischen Zusammenarbeit des Außenministeriums und der Europäischen Union gefördert werden. Die EU will die Arbeit der europäischen NRO durch Mitfinanzierung (Haushaltlinie B7-6000 der Generaldirektion für Entwicklungszusammenarbeit DG-VIII/B.2) unterstützen.

Geförderte Vorhaben entsprechen folgenden Kriterien:

- den Grundbedürfnissen der Betroffenen sowie deren unmittelbaren Bedürfnissen nach wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung;
- der Stärkung der Selbsthilfekapazität der Begünstigten;
- dem Grundsatz der Einbeziehung der Zielgruppe in alle Phasen der Planung, Durchführung, Verwaltung und des Betriebs nach Abschluß des Vorhabens;
- klar definierten Zielen, die innerhalb einer angemessenen Frist verwirklicht werden können;
- der Unterstützung von lokalen Partnern, welche nach einer angemessenen Frist die Verantwortung für die Fortführung übernehmen;
- einem nachhaltigen Entwicklungseffekt, der auch dann anhält, wenn jede ausländische Hilfe entfällt;
- den Entwicklungszielen des betroffenen Landes und den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit der EU.

Die NRO können, wenn ihre Eigenmittelaufbringung unter 50% liegt, um Mitfinanzierung gemäß den speziellen Förderungsrichtlinien des BMaA-VII vom 8.8.1995 ansuchen. Die inhaltliche Bewertung und Durchführung von Projektvorschlägen erfolgt nach Grundsätzen der EU-Förderungspolitik für NRO. Die Finanzierung der Projektkosten wird zwischen der NRO (mindestens 15% Eigenmittelaufbringung), dem BMaA (bis zu 35% auf Ansuchen) und der Europäischen Kommission (bis zu 50%) geteilt. 1995 wurden insgesamt 17 Projekte (12 Auslands- und 5 Inlandsprojekte) und 1996 22 Projekte (18 Auslands- und 4 Inlandsprojekte) genehmigt und durchgeführt. Mehr als die Hälfte der bewilligten Projekte wurde von der Kofinanzierungsstelle für Entwicklungszusammenarbeit (KFS) eingereicht.

Tabelle 14**Kofinanzierung NRO - EU - BMaA 1995/96**

1995				1996			
AUSLANDSPROJEKTE				AUSLANDSPROJEKTE			
	Anzahl	Summe in ECU	EU-Zuschuß/ECU		Anzahl	Summe in ECU	EU-Zuschuß/ECU
EU-Gesamt	579	309.686.523	137.472.164	EU-Gesamt	640	345.925.062	153.780.196
Österreich	12	4.280.168	1.885.866	Österreich	18	8.895.455	4.154.542
Österreich im Detail							
Organisation	EU-Nr.			Organisation	EU-Nr.		
KFS	40	232.290	116.145	KFS	24	200.000	100.000
KFS	245	243.164	121.582	KFS	32	657.942	263.177
KFS	413	219.420	109.710	ÖED	95	255.286	127.643
KFS	526	275.282	137.641	KFS	135	186.730	93.365
KFS	590	264.840	132.420	KFS	189	1.071.152	428.461
KFS	672	270.936	135.468	KFS	190	800.830	400.415
KFS	758	1.221.787	427.625	EH-Klub	222	173.794	86.897
ÖED	823	741.900	300	KFS	223	187.408	93.704
KFS	850	224.500	112.250	IIZ	281	504.036	252.018
ÖNSI	861	78.750	39.375	KFS	342	283.656	141.828
CARE	869	393.832	196.916	IIZ	343	313.127	156.563
HOPE'87	985	113.467	56.734	KFS	390	257.297	128.648
				EWA	535	369.690	184.845
				KFS	547	1.021.347	377.898
				KFS	687	763.914	381.957
				KFS	688	587.926	293.963
				KFS	712	556.780	278.390
				EWA	742	704.540	364.770
Summe		4.280.168	1.885.866	Summe		8.895.455	4.154.542
INLANDSPROJEKTE							
	Anzahl	Summe in ECU	EU-Zuschuß/ECU		Anzahl	Summe in ECU	EU-Zuschuß/ECU
EU-Gesamt	176	37.578.824	16.107.825	EU-Gesamt	179	41.839.268	18.295.381
Österreich	5	669.415	332.790	Österreich	4	1.319.042	569.865
Österreich im Detail							
Organisation	EU-Nr.			Organisation	EU-Nr.		
ÖFSE	58	70.000	35.000	ÖNSI	137	431.834	204.551
I3W	137	106.249	53.124	KFS	139	382.500	191.250
Arge 3.Welt	194	51.682	23.924	VIDC	140	316.008	79.714
KFS	223	394.000	197.000	ÖFSE	174	188.700	94.350
ÖED	230	47.484	23.742				
Summe		669.415	332.790	Summe		1.319.042,00	569.865
GESAMT							
	Anzahl	Summe in ECU	EU-Zuschuß/ECU		Anzahl	Summe in ECU	EU-Zuschuß/ECU
EU-Gesamt	755	347.265.347	153.579.989	EU-Gesamt	819	387.764.330	172.075.577
Österreich	17	4.949.583	2.218.656	Österreich	22	10.214.497	4.724.407

Quelle: ÖFSE/ÖST. EU-Plattform / KFS
Alle Beträge in ECU, 1 ECU = 13,176 öS

4.2.2 Kofinanzierung NRO - BMaA

Vorhaben, die sich direkt an die Ärmsten wenden und auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sind, sollen gemeinsam aus Mitteln österreichischer NRO und der bilateralen technischen Hilfe des Außenministeriums gefördert werden. Spezielle Förderrichtlinien regeln diese Leistungen.

Gegenstand der Kofinanzierung können Vorhaben innerhalb und außerhalb des Kernprogramms der bilateralen technischen Hilfe sein. NRO, die für ihre Vorhaben Eigenmittel aufbringen, können nach Maßgabe verfügbarer Mittel mit einem Zuschuß rechnen. Dieser beträgt bis zu 35% der Projektkosten für Vorhaben in außereuropäischen Entwicklungsländern gemäß Definition des Development Assistance Committee (DAC) der OECD („Globalbereich“). Der Zuschuß kann für Vorhaben in Schwerpunkt- oder Kooperationsländern bis zu 75% der Projektkosten erreichen.

Tabelle 15

Kofinanzierung NRO - BMaA 1996

Nr.	Land	Organisation	Kurztitel	OKosten BMaA
Kofinanzierungsvorhaben im Globalbereich				
1791-00/96	Sri Lanka	One World Foundation	Fortbildung	980.000
1791-01/96	Zaire	World Vision	Landwirtschaft	1.651.000
1791-02/96	Afghanistan	Österr. helfen Afghanen	Rural Development	1.000.000
1791-03/96	Mali	Ges.der Freunde Malis	Geriatriezentrum	100.000
1791-04/96	Diverse	Transfair	laufender Schwerpunkt	1.425.000
1791-06/96	Südafrika	Rettet das Kind	Landwirtschaft	315.000
1791-07/96	Gambia	Öst. WIFI	Fachkurs Metall f. 10 Personen	357.000
Summe				5.177.000
Kofinanzierungsvorhaben im Schwerpunkt- und Kooperationsländerbereich				
1791-05/96	Kenia	Christoffel Blindenmission	Augenmedizin	2.551.784
1791-08/96	Senegal	EWA	Werkstätte Louga	2.925.000
1791-09/96	Tansania	AHP	Frauenhaus	0
1791-11/96	Nicaragua	MIRIAM	Bildungsprogramm Frauen	729.000
1791-13/96	Kap Verde	VIDC/Fluch	CD - Simentera	236.000
1791-14/96	Senegal	CARITAS Innsbruck	Louga	909.265
Summe				7.351.049
GESAMT				12.528.049

4.3 Informations-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Förderung von Maßnahmen der entwicklungspolitischen Informations-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Förderungsvorhaben in diesem Bereich umfaßten insbesondere:

- Bildungs- und Kulturveranstaltungen in Schulen, Hochschulen sowie in der außerschulischen Jugend- und der Erwachsenenbildung (Vorträge, Seminare, Lehrgänge, Symposien, Tagungen etc.);
- Produktion, Vertrieb und Verleih von audio-visuellen Medien und Ausstellungen;
- Herausgabe einschlägiger (Fach-)Publikationen in Zusammenarbeit mit Verlagen;
- Führung von (Fach-)Dokumentationen/-bibliotheken sowie Studienvorhaben;
- Service- und Beratungsstellen in allen Bundesländern;
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Informationskampagnen.

Um diesen Förderbereich wirkungsvoller gestalten zu können, wurde im Berichtszeitraum die Projektstelle „KommEnt“ aufgebaut. KommEnt – Gesellschaft für Kommunikation und Entwicklung – beriet, prüfte, begleitete und koordinierte im Auftrag des Außenministeriums die Projektvorschläge der NRO und trug somit zur Stärkung der Bearbeitungskapazität im Bereich bei.

Projektträger	Projekt	Förderung 1996
AAI-Wien, Afroasiatisches Institut in Wien	Entwicklungspolitisches Begegnungszentrum, Veranstaltungsprogramm, Galerie	4.440.000,00
AAI-Graz, Afroasiatisches Institut in Graz	Entwicklungspolitisches Begegnungszentrum, Veranstaltungsprogramm, Galerie, Koop. Projekte	1.256.000,00
AAI-Salzburg, Afroasiatisches Institut in Salzburg	Entwicklungspolitisches Begegnungszentrum und Veranstaltungsprogramm	400.000
ÖFSE - Österr. Forschungsinstitut für Entwicklungshilfe	Entwicklungspolit. Dokumentation und Bibliothek, Kooperationsprojekte	9.450.000
ÖIE - Österr. Informationsdienst für Entwicklungspolitik	Bundesweite Bildungs- u. Öffentlichkeitsarbeit, Herausgabe „Südwind-Magazin“, Koop. Projekte	17.918.624
ÖLAI - Österreichisches Lateinamerikainstitut	Lateinamerikabezogene Veranstaltungen und Publikationen, Bibliothek	2.200.000
ÖOG/HP-Österr.Orient Gesellschaft - Hammer Purgstall	Veranstaltungen u. Dokumentation zum islamischen Orient	1.150.000
VIDC - Wr Inst. für Entwicklungsfragen u. Zusammenarbeit	Entwicklungspolitische Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit, Festival „Sura za Afrika“	8.672.340

Quelle: KommEnt, Jahresbericht 1996

Die Öffentlichkeitsarbeit der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im BMaA

a) Medienarbeit

Bei den folgenden Maßnahmen der Medienarbeit wurde auch Informationsmaterial der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und (fallweise) der Ausstellungscorner „Eine Welt für alle“ plaziert. Die Originalmedienberichte wurden in einem umfangreichen Pressespiegel erfaßt.

- Jahrespressekonferenz der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit
- Pressegespräche mit Vertretern der Schwerpunktländer (etwa mit dem Außenminister Äthiopiens bzw. Kap Verdes anlässlich der Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens).
- Exklusivgespräche (z.B. führten einzelne Journalisten Gespräche mit dem burkinischen Erziehungsminister Mélégué Traoré anlässlich dessen Arbeitsbesuches bzw. mit dem Vertreter der OECD, Dr. Jürgen Bartsch).
- Hintergrundgespräche (z.B. „Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit im 21. Jahrhundert“ nach dem High Level Meeting des Development Assistance Committee-DAC der OECD)
- Medieninformationsdienst und Projekte des Monats: Im Herbst 1996 wurde der Medieninformationsdienst gestartet - als Aussendung an Journalisten mit ausführlichen Hintergrundinformationen und zur regelmäßigen Präsentation von Projekten der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.
- Presseveranstaltungen mit Kooperationspartnern der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit: z.B. Pressekonferenz anlässlich der Österreich-Präsentation des Berichtes des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), Pressekonferenz anlässlich des 30jährigen UNIDO-Jubiläums, Pressekonferenz mit dem VIDC anlässlich des Festivals „Sura za Afrika“; Pressekonferenz mit dem ÖGB anlässlich des Österreichbesuchs afrikanischer Eisenbahngewerkschafter, Pressefrühstück „Klimaschutz im Betrieb“ und Medienseminar gemeinsam mit Klimabündnis Österreich.
- Journalistenreisen (1995 zu Projekten der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit nach Burkina Faso, Senegal, Ruanda, Uganda, Nicaragua, Bhutan und Nepal; 1996 nach Kap Verde, Thailand und Indien).

Alle diese Aktivitäten stellten Schritte in Richtung einer stärkeren Präsenz der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in den Medien und besseren Plazierung entwicklungs-politischer Themen dar. Das wiederholte Herantreten an Journalisten sowie die regelmäßige Stellungnahme zu entwicklungs-politischen Themen trugen dazu bei, die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit und ihre Repräsentanten als Ansprechpartner für diese Thematik zu etablieren.

b) Informationsmaterialien / Publikationen / Filmproduktionen etc.

Die folgenden Informationsmaterialien wurden herausgegeben und zum Einsatz gebracht:

Printmedien

- Dreijahresprogramme 1995–97, 1996–98 und 1997–99 (jährliche Fortschreibungen)
- Imagefolder „Eine Welt für alle“
- Informationscorner „Eine Welt für alle“
- Überblicksbroschüre zur bilateralen technischen Hilfe: „Handeln mit Perspektive“
- „Informationen zur Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit“ (Hefte zu Schwerpunktländern und Themen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit; neu erstellt bzw. aufgelegt wurden Hefte zu Äthiopien, Burkina Faso, Kap Verde, Mosambik, Uganda, UNIDO)
- Newsletter „Weltnachrichten“; richtet sich an Entscheidungsträger und informiert regelmäßig über aktuelle Entwicklungen, Geschehnisse und Grundsatzfragen der Entwicklungszusammenarbeit
- Folder „Kofinanzierung: NRO - BMaA und EU“ (2 Folder für spezifische Zielgruppen).

Filmkoproduktionen mit ORF / 3SAT: zu den Schwerpunkt- bzw. Kooperationsländern Uganda, Kap Verde, Äthiopien, Simbabwe und Bhutan

Kurzdokumentationen zu Kap Verde, Mosambik, Senegal, Nicaragua, Nepal und Bhutan.

Dokumentation: „Sonnenschein-Schattenkinder“ mit UNICEF sowie Filme zur „Nationalinitiative Wald - Dritte Welt“ (Indigene Völker / Brasilien)

Filmvorspann „Österreichische Entwicklungszusammenarbeit“ als Bestandteil von geförderten Filmen).

Homepage der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium.
Laufende Beantwortung von Anfragen und Rückantwortkarten.

c) „Sura za Afrika“ – Festival – Projektpartnerschaft

Vorrangige Aufgabe des Festivals „Sura za Afrika“ war es, einer breiteren österreichischen Öffentlichkeit ein anderes, farbenfrohes, kulturell vielfältiges Afrika – abseits von Hungersnöten und Katastrophenmeldungen – näherzubringen und einen aktiven Dialog über Afrika herzustellen. Das BMaA unterstützte „Sura za Afrika“ auch deshalb, um im Rahmen des Festivals sowohl die Schwerpunkte der eigenen Arbeit als auch die fünf afrikanischen Schwerpunktländer zu präsentieren.

Die Publikationen des Festivals enthielten Beiträge bzw. Hinweise zur Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, ebenso wurde im Rahmen der Presseveranstaltungen auf die Leistungen der „Branche“ Österreichische Entwicklungszusammenarbeit hingewiesen. Bei allen größeren Veranstaltungen hingen Transparente mit dem Logo der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und waren die mit Imagefoldern bestückten Ausstellungscorner „Eine Welt für alle“ aufgestellt.

Bei der konkreten Durchführung dieses in seiner Breite in Österreich einmaligen Festivals wurde der Projekträger VIDC tatkräftigst unterstützt. Dies reichte von der Beratung bei der Budgeterstellung und der Mitarbeit der Programmgestaltung bzw. der Koordination der Festival-Partner bis zur Unterstützung des Festivalbüros und bei der Öffentlichkeitsarbeit.

Erstmals kam es dabei auch zu einer breiten Zusammenarbeit mit einer Reihe anderer öffentlichen Stellen (BMWV, BMUK, Gemeinde Wien und anderen Gemeinden sowie Länder), der EU sowie privaten Organisationen und Firmen bei der gemeinsamen Finanzierung des Festivals.

Wichtige Programmpunkte des Festivals waren u.a.:

- mehr als 100 Veranstaltungen in allen Bundesländern: in den Bereichen Musik, bildende und darstellende Kunst (darunter die große Ausstellung „Die andere Reise – Afrika und die Diaspora“, die in der Kunsthalle Krems zeitgenössische afrikanische Kunst zeigte), Wissenschaft und Entwicklungspolitik
- Festveranstaltung „Afrika – Partner Österreichs“ in der Wiener Börse als offizielle Auftaktveranstaltung (in Anwesenheit von politischen Entscheidungsträgern, Vertretern des diplomatischen Corps sowie Meinungsführern aus den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens)
- afrikanischer Markt am Rathausplatz (80.000 bis 100.000 Besucher)
- Wiener Memorandum: der von hochrangigen afrikanischen Intellektuellen und Vertretern von Basisorganisationen erarbeitete Text wurde in einer Pressekonferenz und bei einem parlamentarischen Hearing vorgestellt
- Medienprogramm: österreichische Journalisten reisten in diverse afrikanische Länder; afrikanische Journalisten wurden nach Österreich eingeladen und arbeiteten hier zum Teil bei österreichischen Zeitungen mit.

Hervorzuheben sind insbesondere das Schwerpunktprogramm von Ö1 mit über 60 Sendungen und einer zehnteiligen Journal-Panorama-Porträtsérie zu den Schwerpunkt- und Kooperationsländern (auch auf CD erhältlich) sowie über 500 Berichte in Printmedien. Auch die ORF-Fernsehredaktionen 3SAT und Zum Thema setzten Schwerpunkte mit verschiedenen Filmbeiträgen, von anderen Fernsehredaktionen - Zeit im Bild, Seitenblicke, Kreuz und Quer etc. - wurde punktuell berichtet.

Mit dem Festival wurden rund 200.000 Personen direkt erreicht, die zu einem großen Teil auch aktiv an den Veranstaltungen teilnahmen (Schulprogramme, Märkte, Workshops etc.). Das große Medienecho ermöglichte erstmals auch eine differenziertere Berichterstattung über die Schwerpunktländer der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Die Aktivitäten des Festivals wurden in mehreren Untersuchungen methodisch und organisatorisch sowie im Hinblick auf die Medienpräsenz evaluiert und daraus Folgerungen für vergleichbare Nachfolgeaktivitäten gezogen.

Die Auszeichnung mit der Nominierung zum Staatspreis für Public Relations (vergeben vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit dem Public Relations Verband Austria) war schlußendlich der Beleg dafür, daß dieses Festival im Sinne einer professionellen Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt und begleitet wurde.

d) Weitere Projektpartnerschaften der Öffentlichkeitsarbeit

Wichtige Aktivitäten, die im Rahmen des Partnerschaftsprojektes der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit mit „TransFair Österreich“ gesetzt wurden, waren:

- Österreichweiter Einsatz des Informationsbusses (bei Informationsprogrammen in Supermärkten und Großveranstaltungen)
- Organisation von Publikumsmessen „Shopping for a better world“ und „Woche des Fairen Handels“ (mit Kaffeeverkostungen in Kantinen, öffentlichen Stellen etc.)
- Durchführung von Mailings an den Handel und an Entscheidungsträger, Pressekonferenzen etc.

Hauptaktivitäten des Partnerschaftsprojektes der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit mit dem „Klimabündnis Österreich“ waren:

- Gestaltung redaktioneller Beiträge im Klimabündnis-Rundbrief für Entscheidungsträger in Gemeinden
- Durchführung von Seminaren, um Vertreter der Gemeinden Informationen und Anregungen auch zum Bereich Entwicklungszusammenarbeit und internationale Partnerschaften zu geben
- Mitwirkung an der Veranstaltung „Klimaschutz im Betrieb: Kosten senken – Arbeitsplätze sichern – global zusammenarbeiten“ für ca. 200 Betriebs- und Arbeitnehmervertreter
- Durchführung der Österreichtournee von Vertretern der Dachorganisation der indigenen Völker (COICA), anlässlich des ersten europäischen Treffens aller Klimabündnis-Gemeinden in Linz.

Im Rahmen des Partnerschaftsprojektes der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit mit der Initiative „weltumspannend arbeiten“ des ÖGB-OÖ. waren wichtige Aktivitäten:

- Durchführung von Projektpräsentationen und Mailings für die Organisationsbereiche des ÖGB (in Gewerkschaftsschulen, gewerkschaftlichen Medien, Landeskonferenzen, bei Ausstellungen etc.)
- Abhaltung diverser Veranstaltungen, Workshops, Studienzirkel (z.B. Internetkontakte), Werktage und Aktionswochen in Arbeiterkammer und Gewerkschaften etc.

Etablierung von guten Kontakten zu Betriebsräten aus Betrieben wie Siemens AG, VOEST Alpine Stahl, SCA Laakirchen, Nettingsdorfer Papierfabrik, Lenzing AG, AMAG.

In Zusammenhang mit dem Festival „Sura za Afrika“ veranstalteten das Referat für internationale Verbindungen und die Gewerkschaft der Eisenbahner des ÖGB in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit eine Tournee von afrikanischen Eisenbahnergewerkschaftern durch ganz Österreich. Dabei wurden eine Reihe von Informationsveranstaltungen, Gespräche mit Betriebsräten, Seminare für österreichische und afrikanische Eisenbahner und eine begleitende Pressearbeit durchgeführt.

e) Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Ferntourismus

In diesem Bereich stand die Kooperation mit dem Studienkreis für Tourismus und Entwicklung (Ammerland/München) sowie dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn im Vordergrund:

- Mitwirkung bei der inhaltlichen Konzeption neuer Hefte in der Reihe „Sympathiemagazine“ zu: Südafrika, Tunesien, Jordanien, Türkei, Simbabwe, Indien und China. Ziel: Blick hinter die touristische Kulisse, Wecken von Interesse, Verständnis und Sympathie für fremde Länder und Menschen, Förderung eines Reisens mit Respekt;
- Mitgestaltung von interkulturellen und entwicklungsbezogenen Motivationsseminaren für Reiseleiter, die österreichische Touristen in der Türkei betreuen. Ziel: Fortbildung der Reiseleiter als Kulturvermittler und deren Qualifikation als „interkulturelle Lehrer“.
- ToDo-Wettbewerb für sozialverantwortlichen Tourismus. Ziel: Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der ortsansässigen Bevölkerung bei der Gestaltung touristischer Entwicklung sowie seitens der Reisenden. Preisverleihung im Rahmen der internationalen Tourismusbörse;
- Fotowettbewerb „Das Fremde im Urlaubsland“: zur Gewinnung praxisorientierter Erkenntnisse über Wahrnehmungsmuster im Urlaub in islamischen Ländern des Mittelmeerraumes;
- Beobachtung u.a. der Ergebnisse der in Deutschland, Schweiz und Österreich von Studienkreis, Universität Bern und WU Wien durchgeföhrten Delphi-Umfrage zum Reiseverhalten „Fernreisen 2005“. Erarbeitung von Grundlagen für eine längerfristige qualifizierte Tätigkeit in diesem Fachbereich.

4.4 Entwicklungspolitischer Beirat

Im Berichtszeitraum fanden insgesamt 6 Sitzungen des Beirats für Entwicklungshilfe, des wohl wichtigsten beratenden Gremiums der Entwicklungspolitik, statt:

1994/1. Sitzung am 23. März / Thema: Menschenrechte

1994/2. Sitzung am 18. Mai / Thema: 3-Jahres-Programm 1995-97

1995/1. Sitzung am 23. Mai / Themen: Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit wieder im BMaA angesiedelt; 3-Jahresprogramm 1996-98

1995/2. Sitzung am 3. Oktober / Themen: Budget; Weltfrauenkonferenz; UN-Minenräumungstreffen; Schwerpunktspolitik; EZA-Leistungen 1994

1996/1. Sitzung am 17. September / Themen: Funktion des Beirates; 3-Jahresprogramm 1997 - 1999

1196/2. Sitzung am 10. Dezember / Thema: Neugestaltung des Entwicklungshilfebeirates

Dem Beirat gehörten in der Zeit von 1993 bis 1995 54 ständige, persönlich ernannte Mitglieder an, und zwar 20 Vertreter von NRO, je 1 Vertreter von National- und Kontrollbank, 8 Vertreter der verschiedenen Ressorts, 5 Vertreter von Interessensvertretungen, 6 Repräsentanten des universitären Bereichs und 13 Abgeordnete verschiedener politischer Parteien.

1994 fanden (bedingt durch die Terminisierung der NR-Wahlen) nur zwei Sitzungen des Beirates statt. Es wurde dabei die aktuelle budgetäre Situation behandelt. Seitens der Beiratsmitglieder wurde kritisiert, daß keine Ausweitung der Programme, sprich der geplanten Ausgaben für 1994 gegenüber 1993, vorgesehen war. Die Arbeitsgruppe Menschenrechte berichtete über die Situation in Bhutan, Ruanda und Äthiopien, worüber ausführlich diskutiert wurde. Zum 3-Jahres-Programm 1995-97 der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit wurden von der AGEZ und ihren Mitgliedsorganisationen Änderungs- und Ergänzungsvorschläge vorgelegt, denen sich auch die Sprecher fast aller politischen Parteien anschlossen. Entsprechend der großen Bedeutung der NRO bei der Umsetzung des 3-Jahres-Programms, sollte wieder – wie bis 1992 der Fall – ein eigenes NRO-Kapitel eingebracht werden.

1995 fanden beide Sitzungen unter dem Vorsitz von Staatssekretärin Dr. Benita Ferrero-Waldner statt. Im Mittelpunkt der ersten Zusammenkunft standen natürlich die Kompetenzübertragung für den Bereich Entwicklungszusammenarbeit in das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten sowie der Entwurf der Fortschreibung des 3-Jahres-Programms 1996-98. Im Herbst standen die aktuelle Budgesituation und die Schwerpunktspolitik der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Mittelpunkt der Besprechungen. Daneben wurden Umschuldungsmaßnahmen besprochen und Berichte von internationalen Konferenzen (Weltfrauenkonferenz) und Treffen diskutiert.

Im Jahre 1996 wurde eine Reduzierung der Anzahl der Beiratsmitglieder vorgenommen, mit der auch eine Effizienzsteigerung dieses Entwicklungspolitischen Instruments einhergehenden sollte. Eine eigene Arbeitsgruppe zur Umstrukturierung des EH-Beirats unter Leitung von Dr. Michael Obrovsky (ÖFSE) wurde ins Leben gerufen; diese legte im November 1996 einen entsprechenden Bericht vor, der die Defizite in der bisherigen Arbeit des EH-Beirats auflistete und Empfehlungen zu Funktionen und zur Zusammensetzung des Beirats

aussprach. Auch wurde eine Namensänderung in “Entwicklungspolitischer Beirat der Bundesregierung beim Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten” empfohlen.

Dem derzeitigen Beirat gehören nur mehr 25 Mitglieder an. Die neuen Mitglieder wurden mit Wirkung vom 29. August 1996 ernannt. Der Beirat setzt sich nun wie folgt zusammen: 11 Vertreter von NRO, 1 Vertreter der Kontrollbank, 1 Vertreter des BM für Finanzen, je 1 Vertreter von Wirtschaftskammer und ÖGB, 2 Vertreter der Universitäten, 5 Abgeordnete zum Nationalrat, 1 Vertreter der Verbindungsstelle der österreichischen Bundesländer, 1 Medienvertreterin sowie der ehemalige Abg. z. NR Heribert Steinbauer.

4.5 Koordinationskommission für Entwicklungszusammenarbeit

Diese interministerielle Kommission dient der Abstimmung ressortübergreifender Fragen.

4.6 Entwicklungspolitischer Unterausschuß des Nationalrates

Die Einsetzung dieses Unterausschusses des Außenpolitischen Ausschusses erfolgte bei dessen konstituierenden Sitzung am 20. April 1995. Dem Unterausschuß gehörten zu diesem Zeitpunkt 13 Mitglieder an:

SPÖ: Dr. Josef Cap, Dr. Alfred Gusenbauer, Dr. Kurt Heindl, Dr. Irmtraut Karlsson

ÖVP: Werner Amon, Dr. Alfred Brader, Karlheinz Kopf, Ridi Steibl

FPÖ: Dkfm. Holger Bauer, Dr. Martin Graf, Mag. John Gudenus

GRÜNE: Mag. Doris Kammerlander

LiF: Hans Helmut Moser

Der Unterausschuß tagte in dieser Legislaturperiode am 20. April, am 24. Mai und am 5. Oktober 1995. Er war befaßt mit

- der Vorbehandlung des Berichtes des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten betreffend 3-Jahres-Programms der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit 1995–97
- der Vorbehandlung der Anträge der Abgeordneten Mag. Kammerlander u.a. betreffend gesetzlich definierte Verpflichtung über die Höhe der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit
- der Anträge der Abg. Mag. Barmüller u.a. betreffend entwicklungspolitische Maßnahmen
- und den Anträgen der Abg. Mag. Kammerlander und u.a. betreffend Verlängerung der österreichischen Nationalinitiative Regenwaldprogramm.

In der neuen Legislaturperiode tagte der entwicklungspolitische Unterausschuß am 2. Juli (konstituierende Sitzung), am 15. Oktober und am 6. Dezember 1996. Er befaßte sich u.a. mit

- der Vorbehandlung des Berichtes des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten betreffend 3-Jahres-Programm der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit 1996–98

- und der Vorbehandlung des Antrages der Abgeordneten MMag. Dr. Madeleine Petrovich, Hans Helmut Moser u.a. betreffend Bericht des Unterausschusses Entwicklungspolitik zur finanzgesetzlichen Absicherung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit.

Er setzte sich zum Zeitpunkt seiner Konstituierung aus folgenden 13 Mitgliedern zusammen:

SPÖ: Dr. Alfred Gusenbauer (Obmann), Dr. Elisabeth Hlavac, Inge Jäger, Mag. Walter Posch (statt Dr. Wolfgang Riedler)

ÖVP: Werner Amon (Obmannstellvertreter), Edeltraud Gatterer (statt Dr. Alfred Brader), Karlheinz Kopf, Ridi Steibl

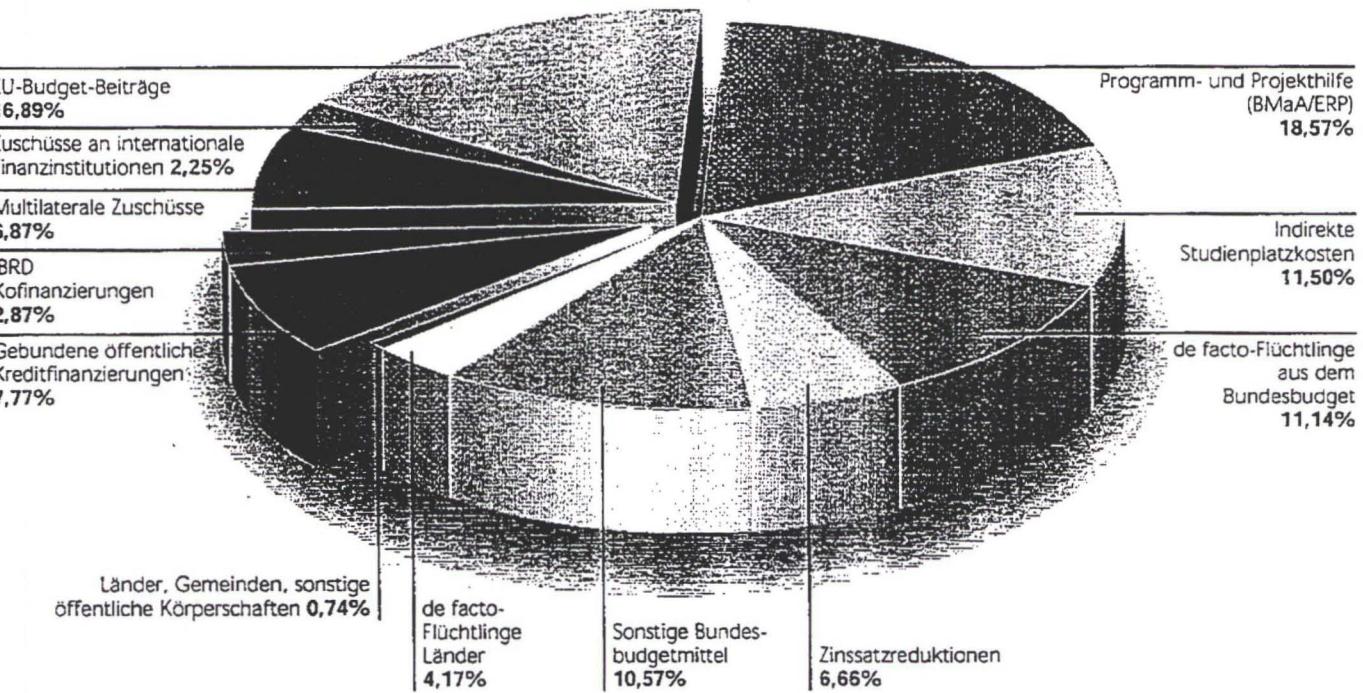
FPÖ: Dr. Martin Graf (statt Franz Lafer), Hermann Mentil (Schriftführer), Dr. Harald Ofner

GRÜNE: Mag. Doris Kammerlander

LiF: Hans Helmut Moser.

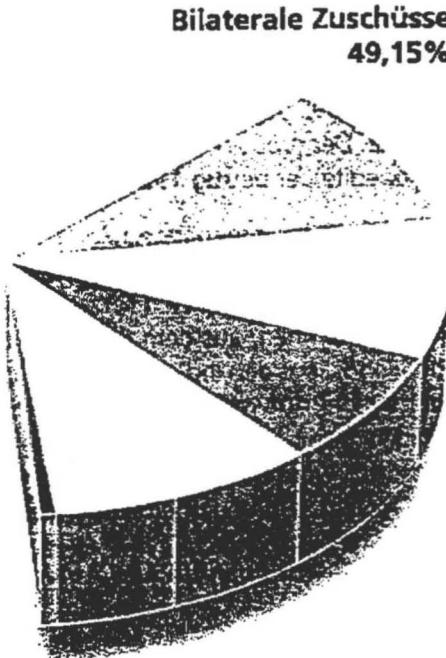
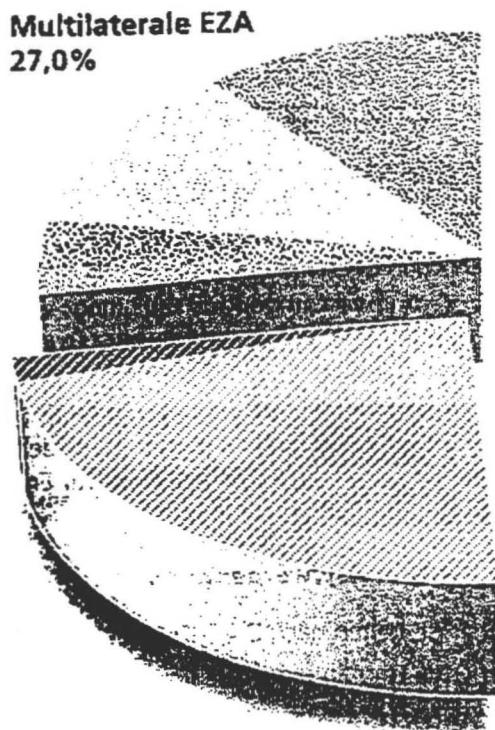
5. Anhang

- a) Österreichische ODA-Leistungen 1994-96 (Quelle: ÖFSE)
- b) Anhang des DAC-Berichtes "Das 21.Jahrhundert gestalten
Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit"
- c) BSP und Bevölkerung der LDC (Quelle: DAC-Bericht 1996)
und "DAC List of Aid Recipients" (Quelle: DAC)

Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit**Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) 1996 in Mio S**

Bilaterale EZA	4.359,90
Zuschüsse	3.732,99
Kredite	626,91
Multilaterale EZA	1.532,73

■ Programm- und Projekthilfe (BMaA/ERP)	1.094,39
■ Indirekte Studienplatzkosten	677,66
■ de facto-Flüchtlinge aus dem Bundesbudget	656,16
■ Zinssatzreduktionen	392,40
■ Sonstige Bundesbudgetmittel	622,99
■ de facto-Flüchtlinge Länder	245,49
■ Länder, Gemeinden, sonstige öffentliche Körperschaften	43,89
■ Gebundene öffentliche Kreditfinanzierungen	457,79
■ IBRD Kofinanzierungen	169,13
■ Multilaterale Zuschüsse	404,84
■ Zuschüsse an internationale Finanzinstitutionen	132,65
■ EU-Budget-Beiträge	995,24

Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) 1995 in Mio öS**Bilaterale Kredite 23,84%****Bilaterale Zuschüsse 3.799,95**

Programm- und Projekthilfe	977,23
De facto-Flüchtlinge, Asylwerber (Bund)	766,86
Indirekte Studienplatzkosten	714,63
Sonstige Budgetmittel	571,50
De facto-Flüchtlinge (Länder)	335,28
Andere nicht bundesbudgetfinanz.Leist.	45,89

Bilaterale Kredite 1.834,35

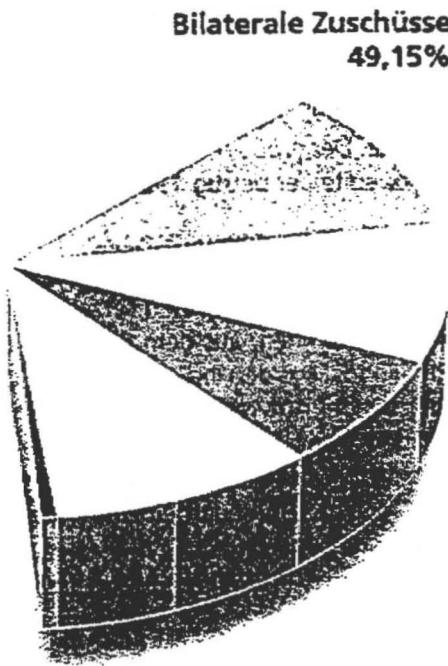
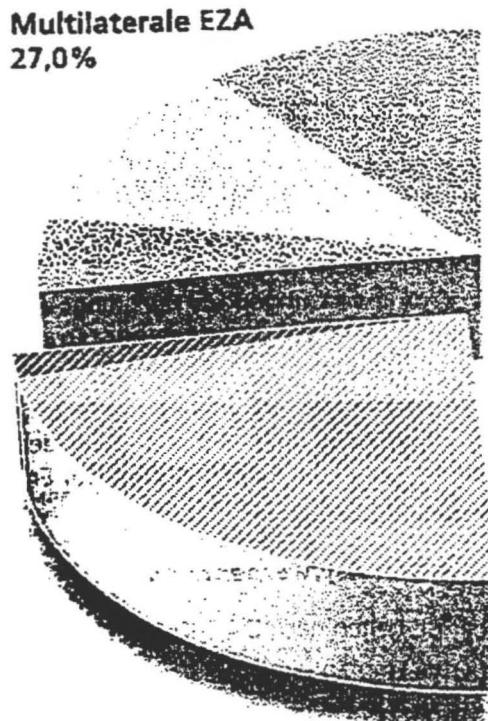
Gebundene Kredite	1.715,35
Andere Kredite	128,00

Multilaterale EZA 2.087,65

UN- u.sonst.Organisationen	375,28
Intern.Finanzinstitutionen	862,66
EU-Budget-Beiträge	849,71

ODA Gesamt 7.730,95

Quelle: ÖFSE

Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) 1994 in Mio öS**Bilaterale Kredite 23,84%****Bilaterale Zuschüsse 4.044,51**

Programm- und Projekthilfe	1.054,21
De facto-Flüchtlinge, Asylwerber (Bund)	972,74
Indirekte Studienplatzkosten	723,06
Sonstige Budgetmittel	801,98
De facto-Flüchtlinge (Länder)	422,65
Andere nicht bundesbudgetfinanz.Leist.	69,87

Bilaterale Kredite 2.073,05

Gebundene Kredite	1.965,97
Andere Kredite	107,08

Multilaterale EZA 1.365,33

UN- u.sonst.Organisationen	401,79
Intern.Finanzinstitutionen	963,54

ODA Gesamt 7.482,89

Quelle: ÖFSE

Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) 1991 bis 1996 in Mio S

	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit	5.075,98	4.620,37	4.776,19	6.117,56	5.643,30	4.359,9
Zuschüsse	2.867,88	3.867,42	3.880,57	4.044,51	3.799,95	3.732,99
Kredite	2.208,10	752,95	895,62	2.073,05	1.843,35	626,91
Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit	1.326,77	1.489,35	1.550,12	1.365,33	2.087,65	1.532,73
Zuschüsse an multilaterale Organisationen	352,23	335,83	408,62	401,79	375,28	404,84
Zuschüsse an Finanzorganisationen	974,52	1153,51	1141,50	963,54	862,66	132,65
EU-Budget-Beiträge	—	—	—	—	849,71	995,24
Bilaterale und Multilaterale EZA gesamt	6.402,75	6.109,72	6.326,31	7.482,89	7.730,95	5.892,63
BNP (in Mrd S zu Marktpreisen, laufend)	1.894,10	2.014,10	2.127,70	2.255,39	2.345,09	2.416,00
Leistungen in % des BNP	0,34	0,30	0,30	0,33	0,33	0,24

Die öffentliche Entwicklungshilfe Österreichs 1990 bis 1996 und ihre Zusammensetzung

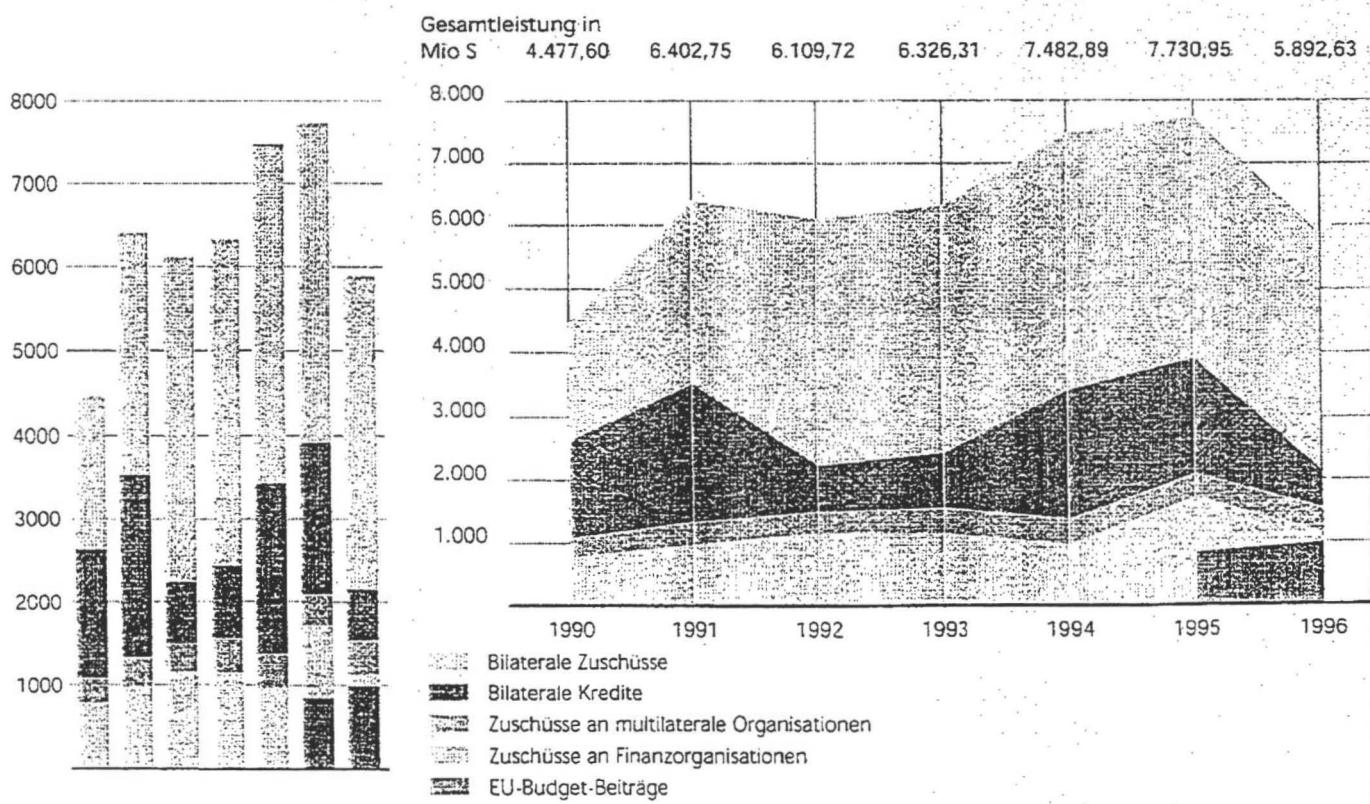


Tabelle 2: Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) 1994-1996 in Mio S und %

	1994		1995		1996	
	Mio S	%	Mio S	%		
Bilaterale EZA	6117,56	81,75%	5643,30	73,00%	4.359,90	73,99
Bilaterale Zuschüsse	4044,51	54,05%	3799,95	49,15%	3.732,99	63,35
Programm- und Projekthilfe (BMaA/ERP)	1054,21	14,09%	977,23	12,64%	1.094,39	18,57
Indirekte Studienplatzkosten	723,06	9,66%	714,63	9,24%	677,66	11,50
Flüchtlingshilfe gesamt	1395,39	18,65%	1102,14	14,26%	901,65	15,30
davon: AsylwerberInnen BMI	116,03	1,55%	96,3	1,25%	118,93	2,02
"de facto"-Flüchtlinge Bund	856,71	11,45%	670,56	8,67%	537,23	9,12
"de facto"-Flüchtlinge Länder	422,65	5,65%	335,28	4,34%	245,49	4,17
Nahrungsmittelhilfe	35,4	0,47%	39,59	0,51%	15,77	0,27
Katastrophenhilfe	42,2	0,56%	3,92	0,05%	54,78	0,93
Verwaltungskosten*	75,94	1,01%	132,39	1,71%	138,28	2,35
Andere Ressorts	648,44	8,67%	784,15	10,14%	806,57	13,69
davon Zinssatzreduktionen			388,55	5,03%	392,40	6,66
Länder, Gemeinden, sonstige öff. Körperschaften	69,87	0,93%	45,89	0,59%	43,89	0,74
Bilaterale Kredite	2073,05	27,70%	1843,35	23,84%	626,91	10,64
Finanzhilfedarlehen des BKA/ERP	-73,74	-0,99%	-8,12	-0,11%	56,057	-0,95
Gebundene öff. Kreditfinanzierungen	1965,97	26,27%	1715,35	22,19%	513,84	8,72
IBRD Kofinanzierungen	180,82	2,42%	136,12	1,76%	169,129	2,87
Multilaterale EZA	1365,33	18,25%	2087,65	27,00%	1.532,73	26,01
Multilaterale Zuschüsse	401,79	5,37%	375,28	4,85%	404,84	6,87
Zuschüsse an Finanzorganisationen	963,54	12,88%	862,66	11,16%	132,65	2,25
EU-Budget-Beiträge			849,71	10,99%	995,24	16,89
Gesamtsumme	7482,89	100,00%	7730,95	100,00%	5892,632	100,00
in % des BNP	0,33		0,33		0,24	

*Bund a. Ress. ohne WKÖ und BMASVII

Quelle: ÖFSE

Anhang des DAC-Berichtes**„Das 21.Jahrhundert gestalten – Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit“****ANHANG****Entwicklungspartnerschaften im neuen globalen Kontext**

Die Mitglieder des Ausschusses für Entwicklungshilfe (DAC) der OECD trafen am 3. und 4. Mai 1995 auf der Ebene der Minister für Entwicklungszusammenarbeit und der Leiter der Entwicklungshilfestellen zusammen.

Sie einigten sich über gemeinsame Orientierungen für ihre Aktivitäten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und für die Vorbereitung auf die wichtigsten Herausforderungen, die es im Hinblick auf eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung an der Wende zum 21. Jahrhundert zu bewältigen gilt.

Die Mitglieder gaben ferner ihrer tiefen Besorgnis darüber Ausdruck, daß binnennationale Probleme und Haushaltschwierigkeiten in einigen Mitgliedsländern die internationale Entwicklungszusammenarbeit zu einem besonders kritischen Zeitpunkt ernsthaft zu gefährden drohen.

Seit drei Jahrzehnten sind es nunmehr Entwicklungsländer, namentlich in Asien und Lateinamerika, die weltweit die höchsten wirtschaftlichen Wachstumsraten erzielen. In vielen ehemals armen Ländern ist der Lebensstandard durch Ausweitung von Handel, Kapitalverkehr und Technologietransfer rapide gestiegen. Die Entwicklungszusammenarbeit muß – wie in der Vergangenheit – weiter dazu beitragen, das Fundament für die erfolgreiche Entwicklung dieser Länder zu legen.

Allerdings haben viele Länder und Menschen bisher noch keinen Anteil an diesem Fortschritt oder sind sogar weiter zurückgefallen. Gleichzeitig führen zahlreiche Länder, vor allem in Afrika, weitreichende wirtschaftliche und politische Reformen ein. Sie sind bestrebt, ihren Bürgern mehr Chancen zu bieten und ihre Länder erfolgreich in eine stark wettbewerbsorientierte, interdependente Welt zu integrieren.

Entwicklung und größere Interdependenz erfordern ganz erhebliche Eigenanstrengungen, hohe Ansprüche an Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht sowie eine starke Bürgergesellschaft. Offene, partizipativ strukturierte wirtschaftliche und politische Systeme werden zu immer wichtigeren Faktoren. Inzwischen wird auch das grundlegende Konzept der Sicherheit in dem Sinne neu definiert, daß sehr viel stärkeres Gewicht auf die Bedürfnisse und Anliegen der Menschen und auf die Qualität ihrer Umwelt gelegt wird.

Nachhaltige Fortschritte auf breiterer Basis setzen heute den Aufbau starker Kapazitäten voraus, mit denen die Ziele einer guten Staatsführung, der Armutslinderung und des Umweltschutzes verwirklicht werden können. Bürgerkriegsähnliche Unruhen, Terrorismus, Bevölkerungs- und Migrationsdruck, Epidemien, Umweltzerstörung sowie internationale Kriminalität und Korruption hemmen die Anstrengungen der Entwicklungsländer und gehen uns alle an.

In diesem neuen Kontext tragen wirtschaftlich florierende Partner der Entwicklungsländer in ihrer jeweiligen Region wie auch weltweit zu mehr Wohlstand und erhöhter Sicherheit bei. Daher befürworten wir die nachstehenden strategischen Orientierungen und plädieren für deren aktive Unterstützung in unseren eigenen Ländern und in der gesamten internationalen Staatengemeinschaft.

1. Entwicklungszusammenarbeit als Investition

Die Unterstützung des Entwicklungsprozesses hat zu außerordentlichen ökonomischen und sozialen Fortschritten beigetragen. Für weit über zwei Milliarden Menschen haben sich Einkommen, Lebenserwartung, Erziehung und Ausbildung sowie der Zugang zu Basisdienstleistungen verbessert. Durch die Entwicklungszusammenarbeit sind auch neue Wirtschaftspartner auf den Plan getreten, die für unsere eigenen Länder eine zunehmend dynamische Rolle als Quelle neuer Handelsströme, Investitionen und Arbeitsplätze spielen und den Anstoß zu notwendigen Anpassungen geben. Seit 1990 haben die Märkte der Entwicklungsländer 50% mehr Ausfuhren aus dem OECD-Raum aufgenommen.

Wir betrachten die Entwicklungszusammenarbeit als wesentliche Zukunftsinvestition

Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten / Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
3-Jahres-Bericht 1994 - 1996

2. Die Bekämpfung der Armut an der Wurzel als zentrale Herausforderung

Die Unterstützung des Entwicklungsprozesses ist Ausdruck unseres beharrlichen Eintritts für die Würde und das Wohlergehen unserer Mitmenschen. Trotz der hoffnungsvoll stimmenden Tendenzen in vielen Entwicklungsländern leben noch über eine Milliarde Menschen in äußerster Armut. Wenn wir uns jedoch die Lehren aus den bisherigen Erfahrungen zunutze machen, bestehen gute Aussichten für einen signifikanten Rückgang der Armut in den kommenden Jahren.

Wir werden gezielt Strategien und Programme unterstützen, die die ärmsten Bevölkerungsgruppen in die Lage versetzen, ihre Chancen zu erweitern und ihre Lebensbedingungen zu verbessern

3. Es gibt mittlerweile erfolgreiche Entwicklungsstrategien

Die Erfahrung hat gezeigt, daß zur Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung und effizienten Zusammenarbeit eine Reihe von Schlüssellementen berücksichtigt werden müssen:

- Gesunde politische Rahmenbedingungen, die das Wachstum stabiler Volkswirtschaften begünstigen, in denen hinreichend Platz für einen starken privatwirtschaftlichen Sektor vorhanden und eine angemessene Lage der öffentlichen Haushalte gegeben ist.
- Investitionen in die soziale Entwicklung, insbesondere Erziehung und Ausbildung, grundlegende Gesundheitsversorgung und Bevölkerungsprogramme.
- Verstärkte Beteiligung aller Bürger und insbesondere der Frauen am wirtschaftlichen und politischen Leben sowie Abbau sozialer Ungleichheiten.
- Gute Staatsführung und öffentliche Verwaltung, demokratische Selbstkontrolle, Schutz der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit.
- Umweltverträgliche Praktiken.
- Abwendung potentieller Konflikte durch Behandlung der Ursachen, Begrenzung der Militärausgaben sowie Ausrichtung der Wiederaufbau- und friedensbildenden Maßnahmen auf längerfristige Aussöhnung und Entwicklung.

Wir werden unsere Zusammenarbeit schwerpunktmäßig darauf ausrichten, unter Berücksichtigung der in unseren Partnerländern bestehenden Gegebenheiten und Verpflichtungen zur Stärkung der Kapazitäten dieser Staaten beizutragen, damit diese die anspruchsvollen, miteinander zusammenhängenden Erfordernisse einer nachhaltigen Entwicklung erfüllen können

4. Entwicklungshilfe als unverzichtbares Element zur Ergänzung sonstiger Ressourcen

Letztlich sind die Entwicklungsländer selbst für ihre Entwicklung verantwortlich. Ihre eigenen Einkommen, Ersparnisse und Steuereinnahmen bilden die wichtigste Quelle für Investitionen in den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt. Die Entwicklung kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Menschen in den betroffenen Ländern die Entwicklungspolitik und -programme selbst "tragen".

Wir sind weiterhin gefordert, bedeutende Ressourcen für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen, um die Länder und Menschen bei ihren Anstrengungen zur Selbsthilfe zu unterstützen

Private Investitionen ließen vorwiegend in die besonders dynamischen unter den Entwicklungsländern und -sektoren, und private Schenkungen dienen in erster Linie zur Befriedigung unmittelbarer humanitärer Bedürfnisse. Daher ist die öffentliche Entwicklungshilfe für viele Schlüsselinvestitionen in Entwicklungsländern, und ganz besonders in den ärmeren dieser Länder, nach wie vor unentbehrlich.

5. Die Politiken in anderen Bereichen müssen mit den Entwicklungszielen vereinbar sein

Die verstärkten Handels- und Investitionsströme wie auch die sonstigen verbindenden Elemente und die wachsende Rolle der Entwicklungsländer im internationalen Wirtschaftssystem (namentlich in der Welthandelsorganisation) führen dazu, daß für die OECD-Länder entsprechend mehr auf dem Spiel steht. Es ist von entscheidender Bedeutung, daß die Politiken in anderen Bereichen den Entwicklungszielen nicht wideraufen.

Wir werden mit den anderen betroffenen Politikverantwortlichen zusammenarbeiten, um sicherzustellen, daß unsere Länder eine konsequente, offene Wirtschaftspolitik gegenüber unseren Entwicklungspartnern verfolgen

Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten / Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
3-Jahres-Bericht 1994 - 1996

6. Notwendigkeit einer effektiven und effizienten Zusammenarbeit

Bei der Abwicklung der bilateralen und multilateralen Entwicklungshilfe muß höchste Effizienz und Effektivität angestrebt werden. Wir vertrauen darauf, daß die bisherigen Erfolge und die bei der Entwicklungszusammenarbeit gewonnenen Erfahrungen klare Hinweise enthalten, wie die derzeitigen Anstrengungen der Entwicklungsländer am sinnvollsten unterstützt werden können.

Die vereinbarten Grundsätze und besten Verfahrensweisen zur Sicherstellung einer wirksamen Hilfe müssen strikt umgesetzt werden. Die Entwicklungshilfekräfte sind einer ständigen kritischen Evaluierung zu unterziehen, um die besten und kostenwirksamsten Ansätze zu definieren. Es kommt wesentlich darauf an, der Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit mit Hilfe von Leistungsindikatoren Genüge zu tun.

7. Der Ausschuß für Entwicklungshilfe wird auf die weitere Verwirklichung dieser Prioritäten hinarbeiten

Zusammenarbeit im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung ist ein grundlegendes Anliegen der OECD. Eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit trägt zur Stärkung des multilateralen Systems sowie zu einem beschleunigsfördernden Wachstum und zum sozialen Zusammenhalt auf internationaler Ebene bei. Die OECD-Mitgliedsländer wenden hierfür beträchtliche Ressourcen auf, darunter über 50 Mrd \$ jährlich an öffentlicher Entwicklungshilfe, was 90% des weltweiten Gesamtbetrags entspricht.

Wir werden unsere Aktivitäten im Bereich der Entwicklungshilfeoordination, der Evaluierung der Entwicklungshilfeeffizienz, der Prüfungen durch gleichrangige Partner und der Umsetzung der besten Verfahrensweisen intensivieren

Wir bekämpfen unser Engagement, im Ausschuß für Entwicklungshilfe gemeinsam darauf hinzuwirken, daß die vorstehend aufgeführten Orientierungen für dieses Jahrzehnt umgesetzt, der Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit mit den übrigen Politikprioritäten der Mitgliedsländer abgestimmt und die Erarbeitung von Strategien für das kommende Jahrhundert gefördert werden

Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten / Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
 3-Jahres-Bericht 1994 - 1996

Tabelle: BSP und Bevölkerung der LLDC (laut DAC)

	1994	1994	1985-1994	BSP 1994 Laufende Preise
	BSP pro Kopf in \$*	Bevölkerung in Millionen	Reales Wachstum in %	
LLDC*				
Afghanistan	300	18.88
Angola	350	10.67	-6.8	..
Bangladesch	220	117.79	2.0	26 140
Benin	370	5.25	-0.8	1 481
Bhutan	400	0.68	4.4	272
Burkina Faso	300	10.05	-0.1	2 908
Burundi	160	6.21	-0.7	898
Kambodscha	..	9.97	..	2 329
Kap Verde	910	0.38	2.0	330
Zentralafrikanische Republik	370	3.24	-2.7	875
Tschad	180	6.18	0.7	897
Komoren	510	0.49	-1.4	211
Dschibuti	..	0.57
Äquatorialguinea	430	0.39	2.2	161
Eritrea	..	3.46
Äthiopien	100	53.44	..	4 677
Gambia	360	1.08	0.5	373
Guinea	520	6.50	1.3	3 277
Guinea-Bissau	240	1.05	2.2	240
Haiti	230	7.03	-5.0	1 611
Kiribati	730	0.08	..	58
Laos	320	4.74	..	1 534
Lesotho	720	2.00	0.6	1 352
Liberia	..	2.94
Madagaskar	200	13.10	-1.7	1 835
Malawi	170	10.84	-0.7	1 257
Malediven	900	0.25	7.7	249
Mali	250	9.52	1.0	1 832
Mauretanien	480	2.22	0.2	973
Mosambik	90	16.61	3.8	1 219
Myanmar	..	45.56	..	73 943
Nepal	200	20.80	2.3	..
Niger	230	8.85	-2.1	1 507
Ruanda	80	7.75	-6.6	579
São Tomé und Príncipe	250	0.13	-2.1	23
Sierra Leone	160	4.59	-0.4	741
Salomonen	800	0.37	2.2	311
Somalia	..	9.08	-2.3	..
Sudan	..	27.36	-0.2	..
Tansania	140	28.85	0.8	..
Togo	2 410	4.01	-2.7	929
Tuvalu	..	0.01
Uganda	190	18.59	2.3	3 941
Vanuatu	1 150	0.16	-0.3	188
Westsamoa	970	0.17	-0.3	177
Jemen	280	13.87	..	3 683
Zaire	..	42.55	-0.1	..
Sambia	350	9.20	-1.4	3 225
LLDC INSGESAMT	..	567.47	..	(146 236)

DAC-Liste der Empfängerländer**DAC List of Aid Recipients**

as at 1 January 1997

Part I: Developing Countries and Territories (Official Development Assistance)					Part II: Countries and Territories in Transition (Official Aid)		
Least Developed Countries	Other Low Income Countries (per capita GNP < \$765 in 1995)	Lower Middle Income Countries (per capita GNP \$766-\$3035 in 1995)	Upper Middle Income Countries (per capita GNP \$3036-\$9385 in 1995)	High Income Countries (per capita GNP > \$9385 in 1995)	Central and Eastern European Countries and New Independent States of the former Soviet Union	More Advanced Developing Countries and Territories	
Afghanistan Angola Bangladesh Benin Bhutan Burkina Faso Burundi Cambodia Cape Verde Central African Republic Chad Comoros Djibouti Equatorial Guinea Eritrea Ethiopia Gambia Guinea Guinea-Bissau Haiti Kiribati Lao Lesotho Liberia Madagascar Malawi Mauritius Mali Mauritania Mozambique Myanmar Nepal Niger Rwanda Sao Tome and Principe Sierra Leone Solomon Islands Somalia Sudan Tanzania Togo Tuvalu Uganda Vanuatu Western Samoa Yemen Zaire Zambia	*Albania *Armenia *Azerbaijan Bosnia and Herzegovina Cameroon China Congo Côte d'Ivoire *Georgia Ghana Guyana Honduras India Kenya *Kyrgyz Rep. Mongolia Nicaragua Nigeria Pakistan Senegal Sri Lanka *Tajikistan Viet Nam Zimbabwe	Algeria Beitze Bolivia Botswana Colombia Costa Rica Cuba Dominica Dominican Republic Ecuador Egypt El Salvador Fiji Grenada Guatemala Indonesia Iran Iraq Jamaica Jordan *Kazakhstan Korea, Democratic Republic of Lebanon Macedonia (former Yugoslav Republic) Marshall Islands Micronesia, Federated States *Moldova Morocco Namibia Niue	Palestinian Administered Areas Panama Papua New Guinea Paraguay Philippines St Vincent & Grenadines Suriname Switzerland Syria Thailand *Timor Tokelau Tonga Tunisia Turkey *Turkmenistan *Uzbekistan Venezuela *Wallis and Futuna Yugoslavia, Federal Republic	Brazil Chile Cook Islands Croatia Gabon Malaysia Mauritius Peru Mexico Nauru South Africa St Lucia Trinidad and Tobago Uruguay	*Aruba ¹ *French Polynesia ¹ *Gibraltar ¹ Korean Rep. of ¹ *Macao ¹ *Mayotte ¹ *Netherlands Antilles ¹ *New Caledonia ¹ Northern Marianas ¹ *Virgin Islands (UK) ¹ Threshold for World Bank Loan Eligibility (\$3295 in 1995)	*Belarus *Bulgaria *Czech Republic *Estonia *Hungary *Latvia *Lithuania *Poland *Romania *Russia *Slovak Republic *Ukraine	Bahamas *Bermuda Brunei *Cayman Islands Chinese Taipei Cyprus *Falkland Islands *Hong Kong Israel Kuwait Qatar Singapore United Arab Emirates

* Central and Eastern European Countries and New Independent States of the former Soviet Union (CEEC/NIS) Territory

1. These countries and territories will progress to Part II on 1 January 2000 unless an exception is agreed.

